



**Gesetzliche Neuregelungen im Vormundschaftsrecht – praktische
Umsetzung beim Jugendamt im Neckar-Odenwald-Kreis**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Stephanie Leist

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: Diplom-Verwaltungswirt (FH) Diethelm Mauthe
Zweitgutachterin: Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Carina Schüßler

Vorwort

Die vorliegende Bachelorarbeit wurde im Rahmen meines Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg verfasst.

Auf geschlechtsneutrale Formulierungen wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit und zur sprachlichen Vereinfachung verzichtet. Es sind immer beiderlei Geschlechter angesprochen. Zudem wird im Folgenden stets der Begriff Vormundschaft gebraucht, in der Regel sind hierbei jedoch auch Pflegschaften gemeint. Ebenso verhält es sich mit den Begriffen Vormund und Mündel: Diese schließen jeweils die Begriffe Pfleger und Pflegling mit ein.

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Herrn Diethelm Mauthe für die Betreuung meiner Bachelorarbeit bedanken. Des Weiteren gilt mein besonderer Dank der Zweitgutachterin Frau Carina Schüßler sowie Frau Astrid Leonhardt vom Sachgebiet Amtsvormundschaften/Beistandschaften des Landratsamtes Neckar-Odenwald-Kreis. Sie haben mich während der Erstellung dieser Arbeit bei Fragen immer freundlich unterstützt und mir vielerlei Informationen und Materialien bereitgestellt.

Ausdrücklich möchte ich mich auch bei meiner Familie für ihre Unterstützung und das Korrekturlesen dieser Arbeit sowie das Verständnis bedanken, das sie mir in den letzten Wochen entgegengebracht hat.

Buchen (Odenwald), im September 2012

Stephanie Leist

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Abkürzungsverzeichnis	V
Anlagenverzeichnis.....	VI
1. Einführung	1
2. Rechtliche Grundlagen der Vormundschaft	3
2.1 Pflege und Erziehung als Grundrechte der Eltern und der Kinder	3
2.2 Voraussetzungen für das Eintreten einer Vormundschaft	4
2.3 Formen von Vormundschaften	5
2.4 Arten der Amtsvormundschaft.....	6
2.5 Auswahl und Bestellung des Vormunds.....	8
2.6 Führung der Vormundschaft	9
2.7 Beendigung der Vormundschaft und Entlassung des Vormunds.....	10
2.8 Pflegerschaft für Minderjährige in Abgrenzung zur Vormundschaft.....	11
3. Die gesetzlichen Änderungen des Vormundschaftsrechts im Überblick.....	12
3.1 Änderungen im BGB	13
3.1.1 Regelmäßiger persönlicher Kontakt zwischen Vormund und Mündel	13
3.1.2 Persönliche Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung.....	16
3.1.3 Erweiterung der Berichtspflicht des Vormunds	17
3.1.4 Aufsicht des Familiengerichts über die Einhaltung der persönlichen Kontakte	18

3.2	Änderungen im SGB VIII.....	19
3.2.1	Anhörung des Mündels vor Übertragung der Vormundschaft.....	19
3.2.2	Gesetzlich festgeschriebene Fallzahlobergrenze.....	21
4.	Strukturen der Vormundschaftsführung im Neckar-Odenwald-Kreis.....	23
5.	Realisierung der neuen gesetzlichen Anforderungen in der Praxis beim Jugendamt Neckar-Odenwald-Kreis	25
5.1	Regelmäßiger persönlicher Kontakt zwischen Vormund und Mündel	26
5.2	Persönliche Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung.....	29
5.3	Erweiterung der Berichtspflicht des Vormunds	31
5.4	Aufsicht des Familiengerichts über die Einhaltung der persönlichen Kontakte	33
5.5	Anhörung des Mündels vor Übertragung der Vormundschaft	34
5.6	Gesetzlich festgeschriebene Fallzahlobergrenze – Maßnahmen zur Vermeidung der Überschreitung	35
6.	Schlussbetrachtung.....	43
	Literaturverzeichnis	46
	Erklärung.....	51

Abkürzungsverzeichnis

ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
DKSB-NOK	Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis e. V.
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
i. V. m.	in Verbindung mit
JAmt	Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
LVR	Landschaftsverband Rheinland
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
PAD	Pflegekinder- und Adoptionsdienst
SGB VIII	Achtes Buch Sozialgesetzbuch
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe

Anlagenverzeichnis

Folgende für die Anfertigung dieser Bachelorarbeit verwendeten Anlagen befinden sich auf der beiliegenden CD:

Anlage 1: Dresdner Erklärung

Anlage 2: Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des
Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –

Anlage 3: Bundestagsdrucksache 17/3617

Anlage 4: Kommunale Orientierungshilfe

Anlage 5: Aufgabenbeschreibung Amtsvormund/Amtspfleger

Anlage 6: Fachliche Standards

Anlage 7: Hinweise zur Kontakthäufigkeit

Anlage 8: Neckar-Odenwald-Kreis – Unser Landkreis – Lage

Anlage 9: Tabelle (Gebiet, Bevölkerung) Landkreis Neckar-Odenwald-
Kreis

Anlage 10: Flyer: Setzen Sie Spuren im Leben eines Kindes – werden Sie
Vormund!

Anlage 11: Standards der Zusammenarbeit

Anlage 12: Zeitungsausschnitt: Ehrenamtliche sollen Lücke schließen

Anlage 13: Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft

1. Einführung

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ So lauten Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes und § 1 Abs. 2 SGB VIII. Kommen die Eltern dieser Pflicht nicht oder nicht zum Wohle der Kinder nach, so muss der Staat den Schutz der Kinder gewährleisten. Diesem Grundsatz hat der Gesetzgeber Rechnung getragen, indem er das Vormundschaftsrecht in unsere Rechtsordnung eingeführt hat.

In der jüngeren Vergangenheit erlangten Fälle von Vernachlässigungen und Kindeswohlgefährdungen in den Medien immer wieder traurige Berühmtheit. Besonders der Fall des kleinen Kevin aus Bremen hat im Jahr 2006 die Republik aufgeschreckt und es wurde ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, der klären sollte, welche Umstände zum Tod des Kindes geführt hatten. In seinem Abschlussbericht legte der Untersuchungsausschuss unter anderem das Fehlverhalten des zuständigen Amtsvormundes dar und brachte die unglaubliche Anzahl von weit mehr als 200 Vormundschaften zu Tage, mit denen der Amtsvormund zur damaligen Zeit belastet war.

Diese Erkenntnisse warfen eine in der Fachwelt schon seit längerer Zeit immer wieder diskutierte Frage auf: Die Frage nach der Notwendigkeit einer Reform des Vormundschaftsrechts.

Schon bei der Fachtagung „Die Zukunft der Amtsvormundschaften im Jugendamt“, die vom 22. bis 24. März 2000 in Dresden stattfand, wurde an den Gesetzgeber appelliert, eine Reform der Minderjährigen-Vormundschaft in Angriff zu nehmen. Die hierzu ausgearbeitete „Dresdner Erklärung“ enthält bereits konkrete Vorstellungen für eine solche Reform.

In einzelnen Thesen der „Dresdner Erklärung“ werden unter anderem die Forderung nach einer persönlichen Beziehung des Amtsvormundes zu seinem Mündel sowie eine Begrenzung der Fallzahl auf nicht mehr als 50 zu betreuende Mündel pro Amtsvormund begründet.¹

Mit dem Beschluss des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29. Juni 2011 hat der Gesetzgeber nun endlich einen ersten Schritt für die von der Praxis schon lange geforderte umfassende Reform des Vormundschaftsrechts getan.

Die vorliegende Arbeit stellt zum einen dar, welche Neuregelungen durch den Beschluss dieses Gesetzes getroffen wurden. Zum anderen soll geklärt werden, wie sich die Umsetzung der daraus entstandenen neuen Anforderungen beim Jugendamt des Landkreises Neckar-Odenwald-Kreis gestaltet. Dabei werden die während der praktischen Ausbildung im Sachgebiet Amtsvormundschaften/Beistandschaften² gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet. Diese Erfahrungen beruhen auf der Einbindung in die tägliche Arbeit und der Teilnahme an Terminen sowie Gesprächen mit Sachbearbeitern und der Sachgebietsleitung. Insbesondere wurde die Autorin bei Terminen der Sachgebietsleitung betreffend die Umsetzung der gesetzlichen Neuerungen hinzugezogen. In der Schlussbetrachtung wird schließlich darauf eingegangen, wie das Sachgebiet AV/B beim Jugendamt des Neckar-Odenwald-Kreises hinsichtlich der praktischen Umsetzung des neuen Rechts aufgestellt ist.

¹ Vgl. Anlage 1: Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.): Dresdner Erklärung.

² Im Folgenden als AV/B bezeichnet.

2. Rechtliche Grundlagen der Vormundschaft

In diesem Kapitel wird das Rechtsinstitut der Vormundschaft betrachtet. Die rechtlichen Rahmenbedingungen einer Vormundschaft sind im Bürgerlichen Gesetzbuch und im SGB VIII geregelt. Es wird die Vormundschaft im Allgemeinen näher betrachtet und ihre Funktion beschrieben. Außerdem wird auf die Pflegschaft Bezug genommen und deren rechtliche Ausrichtung im Unterschied zur Vormundschaft dargestellt.

2.1 Pflege und Erziehung als Grundrechte der Eltern und der Kinder

Nach Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes haben die Eltern das Recht, die Pflege und Erziehung ihrer minderjährigen Kinder nach ihren eigenen Vorstellungen frei zu gestalten. Durch die den Eltern gleichermaßen in Artikel 6 Abs. 2 GG auferlegte Pflicht zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder wird aber auch klargestellt, dass die Kinder nicht als Gegenstand elterlicher Rechtsausübung anzusehen sind, sondern die Eltern ihnen eine Ausübung ihres natürlichen Elternrechts im Sinne des Kindeswohles schulden. Die Kinder sind also Rechtssubjekte und Grundrechtsträger.³

Werden die Eltern ihrem aus Artikel 6 Abs. 2 GG folgenden Erziehungsauftrag nicht gerecht, so greift das „Wächteramt“, welches dem Staat in der gleichen Vorschrift für einen solchen Fall eingeräumt ist. Die Kinder sind auf den Schutz der staatlichen Gemeinschaft angewiesen und haben als Grundrechtsträger auch einen Anspruch hierauf. Der Staat ist zum Eingreifen verpflichtet, wenn das Wohl des Kindes als oberste Richtschnur des natürlichen Elternrechts von diesen nicht oder nicht

³ Vgl. Diwell in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 54.

ausreichend beachtet wird. Bei einem solchen Eingriff in die Grundrechte der Eltern ist stets der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu wahren und zuerst zu versuchen, die elterliche Erziehungsfähigkeit wiederherzustellen.⁴ Gelingt dies jedoch nicht und muss den Eltern die elterliche Sorge entzogen werden, so ist eine mögliche Konstellation für den notwendigen Eintritt einer Vormundschaft gegeben.

2.2 Voraussetzungen für das Eintreten einer Vormundschaft

§ 1773 Abs. 1 BGB regelt, dass ein Minderjähriger einen Vormund erhält, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder die Eltern weder in den persönlichen noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind. Voraussetzung für die Anordnung einer Vormundschaft ist somit entweder, dass der Minderjährige keinen lebenden Elternteil mehr hat, beiden Elternteilen die elterliche Sorge komplett entzogen wurde oder das Sorgerecht der an sich Sorgeberechtigten vollständig ruht. Solange noch ein sorgeberechtigter Elternteil vorhanden ist, wird eine Vormundschaft nicht eingerichtet.

Gemäß § 1773 Abs. 2 BGB erhält ein Minderjähriger auch dann einen Vormund, wenn sein Familienstand nicht zu ermitteln ist. Wird ein Kind also anonym geboren oder handelt es sich um ein Findelkind, ist ebenso eine Vormundschaft anzuordnen.

Eine Vormundschaft tritt grundsätzlich nicht von selbst ein, sondern muss vom Familiengericht von Amts wegen angeordnet werden (§ 1774 BGB). Eine Ausnahme bildet dabei nur die gesetzliche Amtsvormundschaft (siehe 2.4), welche nicht gesondert angeordnet werden muss.

⁴ Vgl. Diwell in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 55.

2.3 Formen von Vormundschaften

Das Bürgerliche Gesetzbuch unterscheidet drei Formen von Vormundschaften: Die Einzelvormundschaft, die Vereinsvormundschaft und die Amtsvormundschaft.

Der Gesetzgeber hat die Vorstellung, dass bei einer Amtsvormundschaft Bedienstete des Jugendamtes, bei einer Vereinsvormundschaft Mitarbeiter eines rechtsfähigen Vereins als Beauftragte der jeweiligen Institution unter deren Verantwortung Vormundschaften führen.⁵

Im Gegensatz dazu versteht er unter einem Einzelvormund prinzipiell eine Person, die die Vormundschaft als Ehrenamtlicher unentgeltlich wahrnimmt.⁶

Eine andere Art der Ausübung der Einzelvormundschaftsführung stellt die Berufsvormundschaft dar. Berufsvormünder sind in der Regel freiberuflich tätig und führen eine größere Anzahl von Vormundschaften – wie das Wort schon sagt – berufsmäßig, sie sind also hierfür speziell qualifiziert. Man spricht daher auch von professionellen Einzelvormündern.⁷

Der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft räumt das Gesetz den Vorrang gegenüber den anderen Vormundschaftsformen ein. Erkennbar wird dies aus dem Wortlaut der §§ 1791 a Abs. 1, 1791 b Abs. 1 BGB, die jeweils die Bestellung eines Vereins bzw. des Jugendamtes zum Vormund ausschließen, wenn eine als ehrenamtlicher Einzelvormund geeignete Person vorhanden ist. Bevorzugt angesehen ist diese Form der Vormundschaft wohl vor allem deshalb, weil sie in den Augen des Gesetzgebers die am besten geeignete Weise der Vormundschaftsführung darstellt. Denn ein ehrenamtlicher Einzelvormund

⁵ Vgl. Oberloskamp in Oberloskamp, Vormundschaft, S.11.

⁶ Vgl. ebenda.

⁷ Vgl. Wöll in Hansbauer, Neue Wege in der Vormundschaft, S. 151.

ist entgegen einem Verein, dem Jugendamt und Berufsvormündern meist nur für einen oder wenige Mündel bestellt und kann daher für seine Mündel in einem ähnlichen Umfang sorgen, wie es Eltern normalerweise für ihre Kinder tun.⁸

Die Idee, regelmäßig einen ehrenamtlichen Einzelvormund zu bestellen, wenn eine Vormundschaft eingerichtet werden muss, kann in der Praxis des Vormundschaftsrechts jedoch selten eingehalten werden. Es ist vielmehr so, dass zahlenmäßig die meisten Vormundschaften beim Jugendamt, nachrangig als Einzelvormundschaften und an letzter Stelle von Vereinen geführt werden.⁹

2.4 Arten der Amtsvormundschaft

In den beim Jugendamt geführten Vormundschaftsfällen ist zwischen der gesetzlichen Amtsvormundschaft und der bestellten Amtsvormundschaft zu differenzieren.

Eine Amtsvormundschaft tritt gemäß § 1791 c BGB kraft Gesetzes mit der Geburt eines Kindes automatisch ein, wenn dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind und es eines Vormundes bedarf. Relevant ist diese Vorschrift hauptsächlich in Fällen, in denen die Mutter des Kindes nicht voll geschäftsfähig, also beispielsweise minderjährig ist, sie mit dem Vater des Kindes nicht verheiratet und dieser auch nicht sorgeberechtigt ist. Wurde allerdings schon vor der Geburt des Kindes ein Vormund bestellt, tritt zum Zeitpunkt der Geburt auch keine gesetzliche Amtsvormundschaft ein.¹⁰

⁸ Vgl. Hansbauer in Hansbauer/Mutke/Oelerich, Vormundschaft in Deutschland, S. 41.

⁹ Vgl. Kauermann-Walter und Schindler in Hansbauer, Neue Wege in der Vormundschaft, S. 140.

¹⁰ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1093.

Darüber hinaus sieht § 1751 Abs. 1 BGB den Eintritt einer gesetzlichen Amtsvormundschaft vor, sobald die Eltern in die Adoption ihres Kindes eingewilligt haben. Eine so begründete Amtsvormundschaft bleibt bis zu dem Zeitpunkt bestehen, in dem die gerichtliche Entscheidung über die Begründung eines neuen Eltern-Kind-Verhältnisses getroffen wird.¹¹

Im Falle einer gesetzlichen Amtsvormundschaft stellt das Familiengericht dem Jugendamt eine Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft aus. Da das Jugendamt jedoch automatisch Vormund wird, sobald die jeweiligen Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Bescheinigung rein deklaratorisch.¹² Im Bedarfsfall dient sie zur Legitimation des Vormunds.

Im Gegensatz zur gesetzlichen steht die bestellte Amtsvormundschaft. Bei einer solchen wird das Jugendamt nicht automatisch zum Vormund, sobald bestimmte Voraussetzungen vorliegen, sondern es bedarf der ausdrücklichen Anordnung der Vormundschaft und Bestellung des Jugendamtes zum Vormund durch das Familiengericht. Eine solche bestellte Amtsvormundschaft kommt nach Gesetzeswortlaut des § 1791 b BGB – wie schon oben unter 2.3 ausgeführt – nur dann in Betracht, wenn keine ehrenamtliche Einzelperson vorhanden ist, die geeignet wäre, zum Vormund bestellt zu werden.

Heutzutage stehen – im Gegensatz zur Situation bis zur Kindschaftsrechtsreform 1998 – die bestellten Amtsvormundschaften mit einem Verhältnis von etwa 80 % gegenüber 20 % gesetzlichen Amtsvormundschaften im Vordergrund. Es handelt sich zumeist um Minderjährige, deren Eltern das Sorgerecht nach § 1666 BGB entzogen wurde. Diese Kinder und Jugendlichen leben nicht mehr bei ihren Eltern, sondern in Heimen und Pflegefamilien, weshalb im Rahmen der

¹¹ Vgl. Gondolf, Vormundschaft und Pflegschaft für Minderjährige, S. 32 f.

¹² Vgl. Diederichsen in Palandt, BGB, S. 2055.

Vormundschaft die Aufenthaltsbestimmung sowie die Erziehungsverantwortung die Kernelemente der Aufgabenerfüllung sind.¹³

2.5 Auswahl und Bestellung des Vormunds

Nach §§ 1776, 1777 BGB haben die Eltern das Recht, durch letztwillige Verfügung einen Vormund für ihr Kind zu benennen. Genauso können sie gemäß § 1782 BGB letztwillig verfügen, dass eine Person von der Übertragung der Vormundschaft ausgeschlossen sein soll. Dieses Benennungsrecht der Eltern greift allerdings nur, wenn die Vormundschaft für ein Kind aufgrund Ausfalls der Eltern erforderlich wird. Ein Benennungsrecht der Eltern für den Eintritt einer Vormundschaft wegen Ruhens der elterlichen Sorge oder eines Sorgerechtsentzuges gibt es nicht.¹⁴

Wenn keine Person berufen ist, der die Vormundschaft zu übertragen ist, so muss das Familiengericht gemäß § 1779 BGB nach Anhörung des Jugendamts den Vormund auswählen. Das Jugendamt hat hierzu dem Familiengericht nach § 53 Abs. 1 SGB VIII Personen und Vereine vorzuschlagen, die sich im Einzelfall als Vormund eignen.

Die Bestellung des Vormunds richtet sich nach § 1789 BGB. Es handelt sich dabei um einen besonderen öffentlich-rechtlichen Rechtsakt, durch den der ausgewählten Person die Stellung eines Vormunds verliehen wird. Als Nachweis über die Bestellung zum Vormund erhält dieser eine Bestallungsurkunde (§ 1791 BGB). Diese Vorgehensweise gilt jedoch nur bei der Vormundschaftsführung durch natürliche Personen. Bei einer Vereins- oder Amtsvormundschaft finden die §§ 1789 und 1791 BGB keine Anwendung; hier erfolgt die Bestellung durch schriftliche Verfügung des Familiengerichts. Der Verein und das Jugendamt haben die Führung

¹³ Vgl. Sünderhauf in JAmt 2010, Aus dem „Fall Kevin“ lernen, S. 407 m. w. N.

¹⁴ Vgl. Hoffmann in Oberloskamp, Vormundschaft, S. 19.

der Vormundschaft auf einzelne Mitglieder bzw. Mitarbeiter zu übertragen (§ 1791 a Abs. 3 BGB, § 55 Abs. 2 SGB VIII).¹⁵

2.6 Führung der Vormundschaft

Das Verhältnis von Vormund und Mündel bestimmt sich nach dem Zivilrecht.¹⁶ Der Vormund handelt grundsätzlich selbständig, d. h. er ist weisungsunabhängig und unterliegt in der Ausübung seiner Tätigkeit als Vormund nur der Aufsicht des Familiengerichts (§ 1837 Abs. 2 BGB). Unterstützt wird der Vormund gemäß § 53 Abs. 2 SGB VIII vom Jugendamt. Bei schuldhaften Pflichtverletzungen ist der Vormund schadenersatzpflichtig. Seitens des Mündels besteht gegenüber einem Einzelvormund die Verpflichtung zur Zahlung von Aufwendungsersatz und evtl. einer Vergütung.¹⁷

Nach § 1793 Abs. 1 BGB hat der Vormund das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen und ihn gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Dabei ist er – unter Einhaltung rechtlicher Vorgaben – ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet, er ist Vertreter des Mündels und nicht Vertreter des Jugendamtes. Die Funktion eines Vormundes besteht somit in der ersatzweisen Wahrnehmung der elterlichen Sorge um zu gewährleisten, dass der Mündel wirksam vertreten werden kann. Sie umfasst grundsätzlich alle Bestandteile der Personen- und der Vermögenssorge für den Mündel.¹⁸ Hierzu zählen insbesondere Entscheidungen in wesentlichen Lebens- und Erziehungsfragen wie die Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrechts und der Erziehungsverantwortung.¹⁹ Gemäß § 27 ff SGB VIII i. V. m. § 7

¹⁵ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1088 ff.

¹⁶ Vgl. Gondolf, Vormundschaft und Pflegschaft für Minderjährige, S. 27 f.

¹⁷ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1095.

¹⁸ Vgl. Hoffmann in Oberloskamp, Vormundschaft, S. 144.

¹⁹ Vgl. Sünderhauf in JAmt 2010, Aus dem „Fall Kevin“ lernen, S. 407.

Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII hat der Vormund beispielsweise auch Anspruch auf Hilfen zur Erziehung.

Oftmals haben die Mündel schwierige biografische Hintergründe durch diverse traumatische Erlebnisse wie Mangel-, Verlust- oder Gewalterfahrungen und benötigen daher besonderer Unterstützung. Zu Beginn einer Vormundschaft bedarf es daher in der Regel einer Neuordnung der Lebensverhältnisse und des Aufbaus neuer stabiler Beziehungen für den Mündel.²⁰

Eingeschränkt werden kann die umfassende Sorge des Vormunds, indem sein Aufgabenkreis beispielsweise durch die Bestellung eines Pflegers für einzelne Tätigkeitsbereiche oder Entscheidungen beschränkt wird oder indem mehrere Vormünder mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen eingesetzt werden.

2.7 Beendigung der Vormundschaft und Entlassung des Vormunds

Eine Vormundschaft endet nach § 1882 BGB dann automatisch, wenn die Voraussetzungen wegfallen, die gemäß § 1773 BGB für die Begründung der Vormundschaft vorlagen. Ein solcher Wegfall liegt vor, wenn der Mündel volljährig wird oder stirbt, mindestens ein Elternteil die elterliche Sorge in vollem Umfang (wieder-)erlangt oder wenn die elterliche Sorge vollumfänglich durch Adoption eintritt.²¹

Des Weiteren kann das Amt des Vormunds auf Entlassung durch das Familiengericht hin enden. Für Einzelvormünder bestimmt sich die Entlassung nach § 1886 BGB. Sie sind zu entlassen, wenn das Mündelinteresse durch die Fortführung des Amts gefährdet würde oder die

²⁰ Vgl. Zitelmann in ZfJ 2002, Das Jugendamt aus der Sicht von Mündeln, S. 375.

²¹ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1168.

Person des Einzelvormunds zur Vormundschaftsführung untauglich nach § 1781 BGB ist. Das Jugendamt oder ein Verein sind gemäß § 1887 BGB als Vormund zu entlassen, wenn damit dem Wohl des Mündels gedient wird und eine andere geeignete Person zur Verfügung steht. Auch können Einzelvormund, Amts- und Vereinsvormund unter bestimmten Bedingungen (§ 1889 BGB) auf eigenen Antrag hin vom Familiengericht entlassen werden. Da bei einer Entlassung die Erforderlichkeit der Vormundschaft bestehen bleibt, muss sofort ein neuer Vormund bestellt werden.²²

2.8 Pflegschaft für Minderjährige in Abgrenzung zur Vormundschaft

Gesetzlich geregelt ist die Pflegschaft in den §§ 1909 bis 1921 BGB. Damit eine solche für einen Minderjährigen notwendig wird, muss es für einzelne Wirkungskreise der elterlichen Sorge für das Kind oder den Jugendlichen einer vormundschaftlichen Fürsorge bedürfen, zu deren sachgemäßer Wahrnehmung der gesetzliche Vertreter nicht in der Lage ist. Die Pflegschaft ist somit strukturell der Vormundschaft nachgebildet, was auch aus der Generalverweisung des § 1915 Abs. 1 BGB hervorgeht, der die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften grundsätzlich zur entsprechenden Anwendung auf die Pflegschaft vorsieht. Sie ist jedoch in ihrer Fürsorgeaufgabe und -zuständigkeit immer nur für bestimmte Teilbereiche eingerichtet.²³ Während eine Vormundschaft sich also grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge erstreckt, umfasst eine Pflegschaft nur die Wahrnehmung bestimmter Teilgebiete derer. Da für einen Entzug der gesamten elterlichen Sorge nach § 1666 BGB sehr hohe Voraussetzungen vorliegen müssen, erfolgt zunächst in vielen Fällen nur ein Entzug bestimmter Wirkungskreise mit anschließender Übertragung auf einen Pfleger. Dies entspricht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

²² Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1169 ff.

²³ Vgl. Oberloskamp in Oberloskamp, Vormundschaft, S. 294.

Die in der Praxis am häufigsten vorkommende Form der Minderjährigenpflegschaft ist die Ergänzungspflegschaft nach § 1909 BGB. Diese Vorschrift regelt, dass ein unter elterlicher Sorge oder Vormundschaft Stehender einen Pfleger für solche Angelegenheiten erhält, an deren Besorgung die Eltern oder der Vormund verhindert sind. Es soll hiermit eine Lücke geschlossen werden, die dann entsteht, wenn der gesetzliche Vertreter des Minderjährigen seine Vertretungsmacht in bestimmten Fällen tatsächlich nicht wahrnehmen kann oder von der Vertretung ausgeschlossen ist.²⁴

3. Die gesetzlichen Änderungen des Vormundschaftsrechts im Überblick

Am 05. Juli 2011 wurde das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts im Bundesgesetzblatt verkündet und damit die *„persönlich geführte Vormundschaft, in Abkehr von der über viele Jahrzehnte praktizierten ‚Schreibtischvormundschaft‘ nun explizit als gesetzliches Leitbild verankert“*.²⁵

Dieser Abschnitt befasst sich eingehend mit den Neuregelungen im Vormundschaftsrecht²⁶, die mit Beschluss des Gesetzes in Kraft getreten sind. Dabei werden die einzelnen Neuerungen zunächst vorgestellt und auf die Bedeutung der jeweiligen Vorschrift für die Praxis eingegangen. Mit Ausnahme der Änderungen in § 1837 BGB und in § 55 SGB VIII, die erst am 05. Juli 2012 in Kraft traten, sind alle die Vormundschaft betreffenden Vorschriften des Gesetzes bereits seit 06. Juli 2011 wirksam.

²⁴ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1238.

²⁵ Siehe Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 3.

²⁶ Auf die mit dem Gesetz gleichzeitig geänderte Vorschrift zum Betreuungsrecht wird in dieser Arbeit nicht eingegangen.

3.1 Änderungen im BGB

Der Gesetzgeber hatte sich, wie aus dem Regierungsentwurf ersichtlich, gewisse Ziele für die Änderungen im BGB gesetzt, die nun mit Beschluss des Gesetzes alle umgesetzt werden konnten. Hauptsächlich waren diese Ziele mit den Worten „ausdrücklich im Gesetz zu verankern“, „im Gesetz stärker hervorzuheben“ und „ausdrücklich einzubeziehen“ umschrieben²⁷. All das deutet darauf hin, dass es sich dem Grunde nach hier nicht um völlig neue Ansätze handelt, sondern bisher schon Anlagen dazu im Gesetz vorhanden waren, die nun deutlich herausgearbeitet bzw. klargestellt werden sollten, um die Rechtsanwender verstärkt darauf aufmerksam zu machen.²⁸ Die Änderungen im BGB gelten grundsätzlich für alle Formen der Vormundschaft, also für die Einzel- und die Vereinsvormundschaft ebenso wie für die Amtsvormundschaft.

3.1.1 Regelmäßiger persönlicher Kontakt zwischen Vormund und Mündel

Wie oben (bei 2.6) bereits beschrieben, regelt § 1793 BGB die grundsätzlichen Aufgaben eines Vormunds. Neu hinzugefügt wurde dem § 1793 BGB der Absatz 1 a. Diese Regelung verlangt vom Vormund, dass er mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten hat. Der Mündel soll vom Vormund in der Regel einmal im Monat in seiner üblichen Umgebung aufgesucht werden. Im Einzelfall können auch kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten sein. Für den Amtsvormund werden diese Grundsätze in § 55 Abs. 3 Satz 3 SGB VIII n. F. wiederholt.

Forschungsberichte aus der Praxis haben in der Vergangenheit dargelegt, dass viele Mündel ihren Vormund – soweit es ein Amtsvormund war – gar

²⁷ Vgl. Anlage 3: BMJ (Hrsg.): Bundestagsdrucksache 17/3617, S. 1 f.

²⁸ Vgl. Willutzki in ZKJ 2012, Die Änderung des Vormundschaftsrechts Teil 2, S. 206.

nicht kannten, da keinerlei persönliche Begegnungen stattfanden. Dies wird vielerorts als Auswirkung von strukturellen Schwierigkeiten gesehen, welche mit einer erhöhten Fallzahlbelastung einhergehen.²⁹ Auch dieser Problematik wurde durch das Gesetz Abhilfe geschaffen (siehe 3.2.2).

Die Ergänzung des § 1793 BGB stellt insoweit das wesentliche Ziel der Reform dar: Der persönliche Kontakt zwischen Vormund und Mündel soll sichergestellt und gefördert werden.³⁰ Zweck dieser Vorschrift ist, dass der Vormund sich über die persönlichen Lebensumstände und Bedürfnisse jedes Mündels in regelmäßigen Abständen selbst einen genauen Eindruck verschafft.³¹ Dabei stellt die Vorschrift eine Konkretisierung der nach § 1800 Satz 2 BGB n. F. geforderten persönlichen Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels dar.³² Denn nur ein solcher Vormund, der regelmäßig mit seinem Mündel Kontakt hat, dadurch dessen Lebensumstände kennt und über seine persönlichen Wünsche und Vorstellungen Bescheid weiß, kann dessen Interessen im Sinne seiner Aufgabenwahrnehmung in die Förderung der Erziehung und Pflege einfließen lassen. Es geht also darum, den Mündel aktiv zu beteiligen und ihm die Möglichkeit zu geben, seine eigene Lebenssituation mitzugestalten.³³ Der Vormund sollte die Bedürfnisse und Sichtweisen des Mündels genau kennen, um darauf eingehen und so ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können. Dies führt zu einer Akzeptanz des Vormunds seitens des Kindes oder Jugendlichen und infolgedessen kann eine Identifikation mit der Hilfe, die ihm durch den Vormund vermittelt wird, besser gelingen.³⁴

²⁹ Vgl. Zitelmann in ZfJ 2002, Das Jugendamt aus der Sicht von Mündeln, S. 378.

³⁰ Vgl. Hoffmann in FamRZ 2011, Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, S. 1185; vgl. auch DIJuF-Rechtsgutachten vom 16.12.2011 in JAmt 2012, S. 36.

³¹ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1096.

³² Vgl. Hoffmann in FamRZ 2011, Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, S. 1186.

³³ Vgl. Anlage 4: KVJS (Hrsg.): Kommunale Orientierungshilfe, S. 12.

³⁴ Vgl. Anlage 5: AG AV/AP BaWü: Aufgabenbeschreibung Amtsvormund/Amtspfleger, S. 13 f.

Für die Häufigkeit der Besuchskontakte zwischen Vormund und Mündel lässt der Gesetzgeber neben der grundsätzlichen Vorstellung von monatlich stattfindenden Kontakten der Praxis Spielraum, diese den Anforderungen des Einzelfalls anzupassen.³⁵ Festgelegt ist allerdings das Erfordernis der Regelmäßigkeit von persönlichen Kontakten. Dies ist allein schon deshalb notwendig, um beurteilen zu können, ob künftig häufigere oder weniger Besuchskontakte erforderlich sind oder die Kontaktdichte so angemessen ist, wie sie praktiziert wird.³⁶ Eine Arbeitshilfe zur Einschätzung der erforderlichen Kontaktdichte hat der Arbeitskreis Vormundschaft Westfalen-Lippe Rheinland erstellt.³⁷ Diese beinhaltet unter anderem die Kriterien „Wirkungskreis (der Vormund-/Pflegschaft)“, „Aufenthaltort“, „Krisen/Besonderheiten des Kindes“, „Einbindung in Hilfen“ und „Kontaktwunsch oder Kontaktablehnung des Mündels“. Für jedes Kriterium werden je nach Beurteilung Punkte vergeben. Anhand der Gesamtpunktzahl lässt sich so die erforderliche Kontakthäufigkeit in etwa abschätzen.

Auch der Ort der persönlichen Kontakte kann im Einzelfall von der gewöhnlichen Umgebung des Mündels abweichen, etwa wenn sich dieser dort nicht frei äußern kann oder will. Der Besuchskontakt kann dann, am Bedarf des Mündels orientiert, etwa im Kindergarten oder der Schule, bei Hilfeplangesprächen oder auch bei Therapiegesprächen stattfinden.³⁸ Gemeinsame Aktivitäten außerhalb des gewöhnlichen Umfelds des Mündels können außerdem die Möglichkeit bieten, die Beziehung zwischen Vormund und Mündel zu stärken.³⁹

Die Planung und Durchführung der Besuchskontakte kann aufgrund verschiedener zu beachtender Aspekte einen erheblichen Zeitaufwand

³⁵ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 3.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 13.

³⁷ Vgl. Anlage 7: LVR (Hrsg.): Hinweise zur Kontakthäufigkeit, S. 2.

³⁸ Vgl. Anlage 6: LVR (Hrsg.): Fachliche Standards, S. 1.

³⁹ Vgl. Anlage 3: BMJ (Hrsg.): Bundestagsdrucksache 17/3617, S. 7.

erfordern. Zum einen sind die Termine mit den Pflegeeltern oder der Heimunterbringungsstelle des Mündels abzustimmen und die Kindergarten-, Schul- oder Ausbildungszeit des Mündels ist zu beachten. Darüber hinaus erfordern die Besuche teilweise erheblich lange Fahrzeiten, je nachdem wo der einzelne Mündel untergebracht ist. Auch müssen die Kontakte vorbereitet werden. Dies gestaltet sich gerade zu Beginn einer Vormundschaft sehr zeitintensiv, da ein gründliches Lesen der über den Mündel bestehenden Akten notwendig ist, um dessen Vorgeschichte und Entwicklungsstand kennenzulernen und sich daraus Vorgehensweisen bei den ersten Kontakten erarbeiten zu können. Aber auch im späteren Verlauf werden immer wieder Gespräche mit den bisherigen und den gegenwärtigen Bezugspersonen und Personen aus dem Lebensumfeld des Mündels vonnöten sein, was sich ebenfalls sehr zeitaufwändig gestalten kann.

Zur Nachbereitung der persönlichen Kontakte zählt einerseits die Dokumentation des Kontaktes zum Mündel, um später den erforderlichen Bericht an das Familiengericht (siehe 3.1.3) hierüber erstellen zu können. Des Weiteren hat der Vormund aber teilweise auch – je nach Gestaltung des Einzelfalls – Tätigkeiten im Rahmen der Förderung von Pflege und/oder Erziehung des Mündels zu unternehmen, wie beispielsweise Hilfen zur Erziehung zu beantragen oder etwa Diagnosestellungen und Therapien zu veranlassen.⁴⁰

3.1.2 Persönliche Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung

Dem § 1800 BGB wurde durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts der Satz 2 angefügt. Dieser stellt klar, dass der Vormund die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich

⁴⁰ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 17.

zu fördern und zu gewährleisten hat. Hiermit soll nicht etwa der Vormund verpflichtet werden, die Pflege und Erziehung des Mündels tatsächlich selbst zu übernehmen. Aber er trägt die Verantwortung, sicherzustellen, dass das Kind oder der Jugendliche versorgt und erzogen wird und dass dessen Erziehung und Pflege auf die Bedürfnisse, den Entwicklungsstand und die oftmals problematischen Vergangenheitserlebnisse des Kindes oder Jugendlichen abgestimmt werden.⁴¹ Diese Vorschrift verdeutlicht also, dass es nicht ausreicht, wenn der Vormund seine Verantwortung zur Gewährleistung von Erziehung und Pflege des Mündels lediglich anderen – beispielsweise dem Sozialen Dienst – überträgt, denn er hat sie höchstpersönlich wahrzunehmen.⁴² Das bedeutet auch, dass es zwingend erforderlich ist, den Vormund dauerhaft in die Hilfeplanung für sein Mündel einzubeziehen, denn er muss die Entscheidung über den Lebensmittelpunkt des Mündels treffen und somit auch die Konzeption der Einrichtung oder die Pflegeeltern kennen, bei denen das Kind oder der Jugendliche untergebracht wird.⁴³

Wiederholt wird auch diese Vorschrift explizit für den Amtsvormund in der Neufassung des § 55 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII. Die beiden eng miteinander verknüpften Elemente – persönlicher Kontakt zum Mündel und persönliche Verantwortung des Vormunds für die Gewährleistung und Förderung von Pflege und Erziehung – charakterisieren ein neues Selbstverständnis und somit auch die gestärkte Rolle vor allem des Amtsvormunds.⁴⁴

3.1.3 Erweiterung der Berichtspflicht des Vormunds

Gemäß der Vorgabe des in § 1840 Abs. 1 BGB neu eingefügten Satzes 2 hat der Bericht über die persönlichen Verhältnisse des Mündels, den der

⁴¹ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 17.

⁴² Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1103 f.; vgl. auch Hoffmann in FamRZ 2011, Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, S. 1186.

⁴³ Vgl. Anlage 6: (Hrsg.): Fachliche Standards, S. 1.

⁴⁴ Vgl. Sünderhauf in JAmt 2011, Fallzahlbingo, S. 294.

Vormund jährlich dem Familiengericht vorzulegen hat, nun auch Angaben zu den nach § 1793 Abs. 1 a BGB geforderten persönlichen Kontakten des Vormunds zum Mündel zu enthalten. Hierdurch soll dem Familiengericht seine Aufsichtspflicht (§ 1837 Abs. 1 Satz 2 BGB, siehe 3.1.4) über die Einhaltung der persönlichen Kontakte ermöglicht werden.⁴⁵ In dem Bericht sollten demnach seit 06. Juli 2011 Angaben über die Anzahl, die Zeitpunkte und jeweilige Dauer der Kontakte, die Orte und die Art und Weise der Kontakte sowie deren Ziele und Ergebnisse und eine Begründung für die Kontakthäufigkeit enthalten sein.⁴⁶

Eine sinnvolle Arbeitsgestaltung zwischen dem Familiengericht und den Vormündern hinsichtlich der Berichts- und der Aufsichtspflicht könnte sich beispielsweise durch einen fachlichen Austausch untereinander aufbauen lassen.⁴⁷

3.1.4 Aufsicht des Familiengerichts über die Einhaltung der persönlichen Kontakte

Auch dem Familiengericht wurde mit der Gesetzesänderung eine neue Aufgabe auferlegt. Es hat im Rahmen seiner Aufsichtspflicht nach dem neu eingefügten § 1837 Abs. 2 Satz 2 BGB insbesondere die Einhaltung der erforderlichen persönlichen Kontakte zwischen Vormund und Mündel zu beaufsichtigen.

Das zeitlich versetzte Inkrafttreten dieser Änderung war notwendig, um vor allem den Jugendämtern eine Vorlaufzeit einzuräumen. Ihnen sollte die Zeit gegeben werden, sich personell auf die neuen Anforderungen einstellen und der Verpflichtung zu regelmäßigem persönlichem Kontakt

⁴⁵ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1160.

⁴⁶ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 20.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 18.

nach § 1793 Abs. 1 a BGB gerecht werden zu können.⁴⁸ Dazu sollten etwaige Verletzungen der schon seit 06. Juli 2011 geltenden Besuchspflicht für ein Jahr sanktionslos sein.⁴⁹ Das Familiengericht hat also bei einem Verstoß gegen die Einhaltung der regelmäßigen persönlichen Kontakte erst seit 05. Juli 2012 vorzugehen. Einschreiten muss es dann, wenn der Vormund seine Verpflichtung zum persönlichen Kontakt mit dem Mündel objektiv pflichtwidrig verletzt; Verschulden oder eine Kindeswohlgefährdung müssen nicht vorliegen.⁵⁰

3.2 Änderungen im SGB VIII

Auch im SGB VIII wurden Änderungen vorgenommen. Diese betreffen die Führung von Amtsvormundschaften und zielen einerseits darauf ab, das Mündelinteresse bei der Auswahl des Amtsvormunds einzubeziehen. Zum anderen werden die Fallzahlen in der Amtsvormundschaft begrenzt. Der neu gefasste Absatz 3 des § 55 SGB VIII stellt auf die Neuerungen in §§ 1793 Abs. 1 a und 1800 BGB ab. Die Pflicht zum persönlichen Kontakt und zur persönlichen Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung wird hierin noch einmal verdeutlicht.

3.2.1 Anhörung des Mündels vor Übertragung der Vormundschaft

Nach den dem § 55 Abs. 2 SGB VIII hinzugefügten Sätzen 2 und 3 soll das Jugendamt vor der Übertragung der Aufgaben des Amtspflegers oder Amtsvormunds das Kind oder den Jugendlichen zur Auswahl des Beamten oder Angestellten mündlich anhören, soweit es das Alter und der Entwicklungsstand des Kindes zulassen. Außerdem wird festgehalten, dass eine vor der Übertragung ausnahmsweise unterbliebene Anhörung

⁴⁸ Vgl. Kemper in Schulz/Hauß, Familienrecht, S. 1159.

⁴⁹ Vgl. Anlage 3: BMJ (Hrsg.): Bundestagsdrucksache 17/3617, S. 9.

⁵⁰ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 18.

des Kindes oder Jugendlichen unverzüglich nachgeholt werden muss. Diese Vorgabe ist seit dem 05. Juli 2012 einzuhalten.

Die Durchführung der Mündelanhörung vor Übertragung der Vormundschaft auf eine Fachkraft des Jugendamtes ist damit für die Fälle verbindlich vorgeschrieben, in denen sich der Mündel nach Alter und Reife zur Auswahl des Amtsvormundes äußern kann.⁵¹ Für ein Kleinkind besteht demnach beispielsweise keine Anhörungspflicht, da dieses sich hierzu keine Meinung bilden kann und auch nicht zu einer entsprechenden Äußerung im Stande ist. Die Anhörung muss seitens des Jugendamts dokumentiert und zu den Akten genommen werden.⁵² Indem seine diesbezüglichen Interessen gehört werden, soll der Einfluss des Mündels auf die Auswahl seines Vormundes gestärkt und die Amtsvormundschaft hierdurch einer für den Mündel möglichst geeigneten Person übertragen werden. Dem Kind oder Jugendlichen sollte hierzu allerdings nicht eine möglichst große Anzahl an Personen vorgestellt, sondern es sollten ihm eher von einer Person die Funktionen und Aufgaben eines Vormundes erklärt werden. Daraufhin könnte er befragt werden, wie er sich seinen künftigen Vormund vorstellt und herausgefunden werden, welche besonderen Probleme oder Interessen auf Mündelseite vorliegen, um es der Fachkraft, die Amtsvormund werden soll, zu ermöglichen, sich darauf einzustellen.⁵³

Die Regelung, dass eine ausnahmsweise unterbliebene Anhörung sofort nachzuholen ist, soll zudem sicherstellen, dass auch in Fällen, in denen schnelles Einschreiten gefragt ist, die Anhörungspflicht des Jugendamtes nicht gänzlich umgangen wird.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 8.

⁵² Vgl. H. Schellhorn in Schellhorn/Fischer/u.a., SGB VIII, S. 464.

⁵³ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 8.

⁵⁴ Vgl. H. Schellhorn in Schellhorn/Fischer/u.a., SGB VIII, S. 464.

3.2.2 Gesetzlich festgeschriebene Fallzahlobergrenze

Des Weiteren wurde in § 55 Abs. 2 Satz 4 SGB VIII eine Fallzahlobergrenze festgelegt. Diese liegt bei höchstens 50 Vormundschaften oder Pflegschaften für jeden vollzeitbeschäftigt Tätigen, der nur mit der Führung von Vormund- oder Pflegschaften betraut ist. Hat der vollzeitbeschäftigte Beamte oder Angestellte gleichzeitig andere Aufgaben wahrzunehmen, so soll er entsprechend weniger Vormundschaften oder Pflegschaften führen. Auch diese Regelung trat erst zum 05. Juli 2012 in Kraft, um den Jugendämtern die Gelegenheit zu geben, ihre personellen Ressourcen den neuen Bedingungen anzupassen.

Dies ist die für die Praxis wohl bedeutungsvollste Neuerung im Rahmen der gesetzlichen Änderungen. Sie dient dem Abbau der teils weit überhöhten Fallzahlen in der Amtsvormundschaft und bildet daher die grundlegende Voraussetzung für die Möglichkeit eines persönlichen Beziehungsaufbaus mit intensiven Kontakten zwischen Amtsvormündern und den einzelnen Mündeln. Das Gesetz unterscheidet hier nicht zwischen Vormundschaften und Pflegschaften, sondern stellt sie bei der Fallzahlermittlung gleich. Der zeitliche Aufwand einer Pflegschaft ist nicht zu unterschätzen, da häufig Abstimmungen mit den Eltern des Pflegelings zu treffen sind, denen weiterhin Teile des Sorgerechts zustehen.⁵⁵ Es werden also alle Vormundschaften und Pflegschaften eines Amtsvormundes, egal welchen zeitlichen Arbeitsumfang sie haben, als ein Fall gewertet und die Gesamtzahl der Fälle eines Vormunds dann mit der Höchstgrenze von 50 Fällen abgeglichen.⁵⁶

⁵⁵ Vgl. Anlage 5: AG AV/AP BaWü: Aufgabenbeschreibung Amtsvormund/Amtspfleger, S. 8.

⁵⁶ Vgl. Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –, S. 6.

Bei vielen Jugendämtern werden Vormundschaften von Personen geführt, die sogenannte Mischarbeitsplätze innehaben, also gleichzeitig Beistandschaften führen, Beratungen durchführen und Beurkundungstätigkeiten wahrnehmen. Zur Bemessung der Fallzahl für solche Arbeitsplätze hat der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg in Abstimmung mit dem Landkreis- und dem Städtetag eine vom Landesjugendamt und verschiedenen Vertretern aus Jugend-, Haupt- und Personalämtern sowie der Gemeindeprüfungsanstalt erarbeitete Orientierungshilfe herausgegeben. Diese „Kommunale Orientierungshilfe zur Personalbedarfsbemessung des Arbeitsbereiches Beistandschaften/Amtsvormundschaften in Baden-Württemberg“ ermöglicht es jedem Kreis- bzw. Stadtjugendamt, anhand der darin erarbeiteten Kennzahlen seinen Personalbedarf unter Berücksichtigung der individuellen Bedingungen vor Ort für die unterschiedlichen Sachbearbeitungsaufgaben Beratung, Beurkundung, Beistandschaft und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft zu bestimmen. Herausgearbeitet wurde hierbei für Baden-Württemberg eine Höchstzahl von 42 bis 45 Fällen, die ein Vollzeit-Sachbearbeiter bei ausschließlicher Bearbeitung von Vormund- und Pflegschaften führen sollte.⁵⁷ Die Orientierungshilfe stellt damit heraus, dass die im Gesetz verankerte Zahl 50 immer noch extrem hoch angesetzt ist. Daher wurde unter konkreterer Arbeitszeitbemessung der *„personelle Aufwand für eine zeitgemäße, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Aufgabenerledigung“*⁵⁸ ermittelt, welcher zu dem genannten geringeren Ergebnis von 42 bis 45 leistbaren Vormundschafts- bzw. Pflegschaftsfällen führt.

In Deutschland werden derzeit etwa 70.000 Vormundschaften und Pflegschaften geführt, davon ca. 60.000 bei Behörden. Gemessen daran müsste nach den neuen Regelungen die Anzahl der Mitarbeiter in den Vormundschaften führenden Ämtern in etwa verdoppelt werden. Es wird

⁵⁷ Vgl. Anlage 4: KVJS (Hrsg.): Kommunale Orientierungshilfe, S. 12.

⁵⁸ Siehe Anlage 4: KVJS (Hrsg.): Kommunale Orientierungshilfe, S. 3.

also ein enormer Personalbedarf ausgelöst.⁵⁹ Diesem haben die Träger der Jugendämter nachzukommen, indem entweder zusätzliches Personal für die Führung von Amtsvormundschaften eingestellt wird oder aber die Suche nach und Zusammenarbeit mit Einzelvormündern vorangetrieben wird.

4. Strukturen der Vormundschaftsführung im Neckar-Odenwald-Kreis

Der Neckar-Odenwald-Kreis liegt im Nordosten des Regierungsbezirks Karlsruhe und grenzt neben den baden-württembergischen Landkreisen Rhein-Neckar, Heilbronn, Hohenlohe und Main-Tauber auch an die Bundesländer Hessen und Bayern an. Flächenmäßig liegt er mit einer Ausdehnung von ca. 1.126 Quadratkilometern an elfter Stelle unter den Landkreisen Baden-Württembergs und ist damit im Regierungsbezirk Karlsruhe der flächengrößte Landkreis. Dem gegenüber steht eine Einwohnerzahl von etwa 146.000, womit der Neckar-Odenwald-Kreis im Land den 31. Rang von 35 Landkreisen einnimmt.⁶⁰

Sitz des Landratsamtes ist die Große Kreisstadt Mosbach, daneben gibt es Außenstellen verschiedener Fachbereiche in der Stadt Buchen (Odenwald). So sind auch diverse Sachgebiete des Jugendamts, wie beispielsweise der Allgemeine Soziale Dienst (ASD), der Pflegekinder- und Adoptionsdienst (PAD) und die Tagespflege sowie die Sozialpädagogische Familienhilfe mit einer Außenstelle in Buchen vertreten. Das Sachgebiet AV/B befindet sich hingegen vollständig am Hauptsitz in Mosbach. Beschäftigt sind in diesem Sachgebiet derzeit

⁵⁹ Vgl. Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (Hrsg.) in bdbaspekte 91/2011, Kinder, Kinder..., S. 4.

⁶⁰ Vgl. Anlage 8: Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (Hrsg.): Unser Landkreis – Lage; vgl. weiter Anlage 9: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Tabelle (Gebiet, Bevölkerung) Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis.

sieben Sachbearbeiter mit einer Gesamtzahl von 5,3 Stellen und vier Mitarbeiterinnen, welche Zuarbeiten für die Sachbearbeiter leisten. Neben der Führung von Vormund- und Pflegschaften sind die Sachbearbeiter auch Urkundspersonen und für Beistandschaften und Beratungen nach §§ 18, 52 a SGB VIII zuständig, sie üben ihre Tätigkeiten also in Form von Mischarbeitsplätzen aus.

Die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergebende Vorrangstellung der Einzelvormundschaft gegenüber anderen Formen der Vormundschaft (siehe 2.3) wurde von der Sachgebietsleiterin AV/B bereits im Jahr 2004 zum Anlass genommen, in Kooperation mit den damaligen Vormundschaftsgerichten nach Berufseinzelvormündern zu suchen und diese einzusetzen. Derzeit besteht eine Gruppe von acht Berufsvormündern im Neckar-Odenwald-Kreis, die regelmäßig als Einzelvormünder eingesetzt werden.⁶¹

Im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Neckar-Odenwald-Kreis leben zahlreiche Kinder und Jugendliche, deren Eltern das Sorgerecht ganz oder teilweise entzogen wurde.⁶² Aufgrund seiner ländlichen Flächennutzungsstruktur bietet der Neckar-Odenwald-Kreis vielen Heimträgern die Möglichkeit, sich hier anzusiedeln. Neben einer hohen Anzahl von über 100 Pflegestellen sind so mittlerweile ca. 430 Heimplätze für Kinder und Jugendliche im Landkreis vorhanden.⁶³

Die Fallzahlen der Vormundschaften und Pflegschaften verteilen sich aktuell (Stand 31.08.2012) wie folgt:

⁶¹ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 05.09.2012.

⁶² Vgl. Anlage 10: DKSB-NOK (Hrsg.): Flyer: Setzen Sie Spuren im Leben eines Kindes – werden Sie Vormund!, S. 2.

⁶³ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

Abbildung: Fallzahlen im Neckar-Odenwald-Kreis

Form der Vormundschaftsführung	Anzahl der Vormundschaftsführenden	Fallzahlen gesamt
Amtsvormundschaft	5,3	56
Berufsvormundschaft	8	127
Ehrenamtliche Einzelvormundschaft	6	8

Quelle: Eigene Darstellung

5. Realisierung der neuen gesetzlichen Anforderungen in der Praxis beim Jugendamt Neckar-Odenwald-Kreis

Der nun folgende Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem Sachgebiet Amtsvormundschaften/Beistandschaften des Landratsamtes Neckar-Odenwald-Kreis. Es wird ausgeführt, wie die vom Gesetzgeber geforderten Neuerungen beim Kreisjugendamt umgesetzt werden. Einerseits wird dabei auf Beobachtungen und praktische Erfahrungen zurückgegriffen, die während der abgeleisteten Ausbildungseinheit im Sachgebiet AV/B gewonnen werden konnten. Zum anderen werden auch Informationen aus der Teilnahme an Terminen der Leiterin des Sachgebietes AV/B und Gesprächen mit dieser verwertet. Darüber hinaus fließen in die Ausführungen Inhalte aus Gesprächen mit der Vorsitzenden des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis e. V. sowie einer Berufsvormünderin und aus Veranstaltungen betreffend die Zusammenarbeit des Sachgebietes AV/B mit Einzelvormündern ein.

5.1 Regelmäßiger persönlicher Kontakt zwischen Vormund und Mündel

Vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts wurden die Amtsvormundschaften im Kreisjugendamt überwiegend als „Schreibtischvormundschaften“ geführt. Die Angelegenheiten des Mündels wurden also hauptsächlich vom Büro aus erledigt, ohne dass es regelmäßigen persönlichen Kontakt zu den betreffenden Kindern und Jugendlichen gab. Die Vormünder nahmen zwar in jedem Fall an den Hilfeplangesprächen teil und trugen so die hierbei getroffenen Entscheidungen mit. Zusätzlich wurden die Mündel aber nur dann von den Amtsvormündern aufgesucht, wenn es in Ausnahmefällen etwas zu regeln gab, beispielsweise bei akuten Problemen in der Schule oder im Kindergarten, bei Schwierigkeiten im Heim oder der Pflegefamilie, eben wenn Krisenintervention gefragt war.

Die monatliche Besuchspflicht bedeutet daher für das Sachgebiet AV/B eine große Herausforderung. Der Landkreis ist (wie schon unter 4. beschrieben) räumlich sehr groß. Daher sind oft lange Wegstrecken zu den Wohnorten der Mündel zurückzulegen. Vor allem der Zeitfaktor spielt dabei eine wesentliche Rolle: Aufgrund der langen Fahrzeiten von bisweilen weit über einer halben Stunde pro einfacher Fahrt, aber auch für die Besuchszeiten an sich und die Vor- und Nachbereitung der Kontakte wird nun ein enormes zusätzliches Arbeitszeitpotenzial verbraucht. Zudem gelangt der kurze Zeitabstand zwischen den Mündelbesuchen ins Bewusstsein der Amtsvormünder, denn kaum hat man alle seine Mündel in ihrer gewöhnlichen Umgebung besucht, beginnt schon der nächste Monat und es stehen wieder Treffen mit jedem einzelnen Mündel an. Darüber hinaus sind auch finanzielle Gesichtspunkte näher ins Blickfeld gerückt, da die turnusmäßigen Mündelbesuche beim Sachgebiet AV/B selbstverständlich auch um ein Vielfaches höhere Reisekosten verursachen, als dies zuvor der Fall war.

Die gesetzliche Vorgabe der regelmäßigen persönlichen Kontaktpflicht war seit Inkrafttreten der Vorschrift am 05. Juli 2011 direkt umzusetzen. Bewältigt werden musste diese Aufgabe mit gleichem Personal wie bisher bei dauerhaft hohen Fallzahlen. Das bedeutete zwangsläufig, dass in der übrigen Sachbearbeitung Abstriche gemacht werden mussten. So erhielten die Amtsvormundschaftsfälle seitdem höchste Priorität und die Bearbeitung von Beistandschaftsangelegenheiten, Beurkundungen und Beratungen musste demgegenüber zurückstehen. Diese Vorgehensweise ordnete die Sachgebietsleiterin an, nachdem festgestellt wurde, dass die Umsetzung der Forderung nach regelmäßigen Kontakten zwischen Vormund und Mündel ansonsten nicht durchführbar gewesen wäre.⁶⁴

Hinzu kommt, dass sich seit Mitte Juli 2011 – etwa zwei Wochen nach der Verkündung der Änderungen im Bundesgesetzblatt – bei vielen Jugendämtern anscheinend ein Automatismus in Gang gesetzt hat, nach dem die Amtsvormünder ihre Vormundschaftsfälle so weit als möglich dorthin abgegeben haben, wo die Mündel untergebracht sind.⁶⁵ Damit ist allem voran wohl das Ziel verbunden, die ansonsten in hohem Maße anfallenden Reisekosten für die Besuchskontakte einzudämmen.

Dass eine solche Verfahrensweise gegebenenfalls dem Mündelinteresse entgegensteht, liegt auf der Hand: Hat man zu einem schwierig strukturierten Kind oder Jugendlichen einmal ein gutes Verhältnis aufgebaut, sollte dem Vormund besonders daran gelegen sein, diesen Kontakt zu wahren und er sollte nicht darauf pochen, den Fall wegen nicht mehr gegebener Zuständigkeit so schnell wie möglich loszuwerden. Der Vormund ist im Leben vieler Mündel oft die erste Person, zu der eine dauerhafte Vertrauensbeziehung besteht. Erkennt ein Vormund also, dass ein erneuter Beziehungsabbruch seinem Mündel nicht gut täte, so müsste

⁶⁴ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

⁶⁵ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

dies für ihn Priorität haben und er sollte imstande sein, diese Sichtweise auch gegenüber seinen Vorgesetzten zu vertreten.⁶⁶

Sehr viele Jugendämter waren aber auch gezwungen, zusätzliche Amtsvormünder einzustellen, allein schon um der mit § 55 Abs. 2 SGB VIII n. F. eingeführten Fallzahlbegrenzung nachkommen zu können. Diese neuen Vormünder beginnen nun ebenfalls mit dem „Aufräumen“ ihrer Sachgebiete, woraus weitere Übernahmeanfragen an die Jugendämter der Unterbringungsorte von Mündeln resultieren.

In der speziellen Lage, in der sich der Neckar-Odenwald-Kreis mit seiner enormen Vielzahl an Heimplätzen und Pflegestellen befindet, bekommt das Sachgebiet AV/B die Welle der Übernahmeanträge deutlich zu spüren. Denn es ist natürlich so, dass hier viele Kinder und Jugendliche aus anderen Stadt- und Landkreisen und auch anderen Bundesländern untergebracht sind, von deren ehemals zuständigen Amtsvormündern am Herkunftsort das Kreisjugendamt seither mit Übernahmeanfragen überhäuft wird. Ein Ende dieser Anfragen ist derzeit auch noch nicht abzusehen.

Im Zuge der zahlreichen Übernahmeanfragen ergab sich ferner auch die Erkenntnis, dass bisher in doch sehr vielen Jugendämtern Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften im sozialpädagogischen Bereich, also beispielsweise beim Allgemeinen Sozialen Dienst oder beim Pflegekinderdienst, geführt wurden. Eine solche Konstellation ist wegen der entstehenden Interessenskollisionen rechtlich nicht zulässig. Zu genau dieser Problematik haben nach der Gesetzesänderung auch schon vielerlei Rechtsgutachten in Fachzeitschriften Stellung bezogen. So stellt z. B. ein Rechtsgutachten des DIJuF heraus, dass die vor der Reform vielfach angewandte Praxis, einen Teil der Aufgaben des Amtsvormundes durch Fachkräfte des ASD wahrnehmen zu lassen, in dieser Weise nicht

⁶⁶ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

zulässig ist.⁶⁷ Ein weiteres DIJuF-Rechtsgutachten verdeutlicht dies noch einmal, indem es klarstellt, dass bei einer Wahrnehmung der Aufgaben des Amtsvormundes und denen des ASD oder Pflegekinderdienstes in Personalunion das unabhängige Erkennen der Mündelinteressen noch gefährdeter ist, als bei einer teilweisen Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgaben durch Mitarbeiter des ASD.⁶⁸ Denn zwischen Fachkräften des Pflegekinderdienstes bzw. des ASD, die ihre Aufgaben in einem komplexen Beziehungsgefüge wahrzunehmen haben und solchen, die Vormundschaften führen und damit einem Mündel parteilich zur Seite gestellt sind, wird es immer Meinungsverschiedenheiten geben.

5.2 Persönliche Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung

Vor allem der Passus des neu eingefügten § 1800 Satz 2 BGB wird in der praktischen Umsetzung beim Neckar-Odenwald-Kreis begrüßt.⁶⁹ Die klare Vorgabe, dass der Vormund die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten hat, stellt aus Sicht der Sachgebietsleiterin und der Sachbearbeiter eine deutliche Verbesserung der Situation eines Vormundes dar.

Die Regelung begründet die Verpflichtung eines jeden Vormundes, sich in Belangen, die die Pflege und Erziehung des Mündels betreffen, in dessen Sinne „einzumischen“. Jeder Vormund hat durch die nun vorgeschriebenen regelmäßigen Besuchskontakte die Möglichkeit und die Pflicht, das Kind oder den Jugendlichen persönlich (besser) kennen zu lernen und ein stabiles Vertrauensverhältnis zu diesem aufzubauen. Daraus folgend erlangt er aus seinem Blickwinkel eigene Kenntnisse über die Bedürfnisse des Mündels, die Dritten vielleicht fremd sind und kann

⁶⁷ Vgl. DIJuF-Rechtsgutachten vom 09.01.2012 in JAmt 2012, S. 94.

⁶⁸ Vgl. DIJuF-Rechtsgutachten vom 16.12.2011 in JAmt 2012, S. 36.

⁶⁹ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

auf dieser Grundlage auch zwischen realisierbaren und völlig illusorischen Wünschen und Ansichten des Mündels unterscheiden. Aus dem starken Ausdruck, den das Gesetz dieser höchstpersönlichen Aufgabe des Vormundes verleiht, ergibt sich für ihn die Chance, im Interesse des Mündels gerade auch in Erziehungs- und Pflegefragen einzugreifen.

Ein solches Vorhaben war vor Inkrafttreten der Änderungen im hiesigen Jugendamt nur selten erfolgreich, da es besonders auf Seiten der Heimerzieher und der Pflegeeltern, aber auch auf Seiten der sozialen Dienste – seien es der ASD oder der PAD – auf Widerstand stieß. Den Amtsvormündern und auch den Berufseinzelvormündern im Neckar-Odenwald-Kreis wurde seitens der Sachgebietsleiterin verdeutlicht, wie sehr das neue Recht ihre Rolle stärkt und dass sie das damit einhergehende neue Aufgabenverständnis zum Wohle des Mündels auch allen anderen Beteiligten gegenüber aufzeigen und ausüben müssen.⁷⁰

Dabei ist jedoch sehr viel Feinfühligkeit gefragt, besonders wenn ein Kind oder Jugendlicher in einer Pflegefamilie untergebracht ist. Konfliktsituationen, die sich auch belastend auf das Kind oder den Jugendlichen auswirken, können vermieden werden, wenn von vorneherein deutlich abgegrenzt und den Pflegeeltern aufgezeigt wird, welche Verpflichtungen der Vormund im Rahmen der persönlichen Gewährleistung und Förderung der Pflege und Erziehung trägt.

Beim Jugendamt Neckar-Odenwald-Kreis wurden im April 2011 in Anbetracht der gesetzlichen Neuerungen daher „Standards zur Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsbereichen Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften und dem Allgemeinen Sozialen Dienst“ erarbeitet. Diese Vereinbarungen beinhalten eine klare Rollenabgrenzung der Bereiche Soziale Dienste und AV/B. Des Weiteren wird hierin die Vorgehensweise der Zusammenarbeit dieser beiden

⁷⁰ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

Bereiche auch während eines familiengerichtlichen Verfahrens erläutert und festgelegt. Auch beim Einsatz von Hilfen zur Erziehung ist eine enge Kooperation vorgesehen. Darüber hinaus gibt es einen Anhang zu dieser Vereinbarung, in dem auf den Ablauf bei Einrichtung einer Einzelvormundschaft eingegangen wird.⁷¹

Zur besseren Verständlichkeit wurde im letzten Jahr außerdem eine Informationsveranstaltung mit den Sozialen Diensten durchgeführt, wobei die Sachgebietsleiterin des Bereiches AV/B das neue Recht vorstellte. Bei dieser Gelegenheit konnten viele aufkommende Fragen gleich geklärt und den sozialpädagogischen Mitarbeitern die Unterschiede des neuen Rechts zur bisherigen Aufgabenwahrnehmung durch das Sachgebiet AV/B erläutert werden.⁷²

5.3 Erweiterung der Berichtspflicht des Vormunds

Auch vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Vormundschaftsrechts gab es schon die jährliche Berichtspflicht des Vormunds an das Familiengericht. Dieser Pflicht wurde seitens der Amtsvormünder des Neckar-Odenwald-Kreises auch immer Rechnung getragen. Ein vom Familiengericht erstellter Vordruck wurde hier als Arbeitshilfe eingeführt. Dieser ist im EDV-Programm des Sachgebietes AV/B als Word-Dokument eingestellt und kann von den einzelnen Sachbearbeitern für jeden Mündel individuell ausgefüllt werden. Mit der Reform des Vormundschaftsrechts wurde der Berichtsvordruck um Angaben zu den Besuchskontakten mit dem Mündel erweitert.

Zusätzlich wurden auf Bitten der Sachgebietsleiterin hin in diesen Vordruck auch Angaben über Kontakte des Vormunds zu anderen Bezugspersonen des Mündels aufgenommen. Solche Kontakte des

⁷¹ Vgl. Anlage 11: Standards der Zusammenarbeit, S. 1 bis 3.

⁷² Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

Vormunds – etwa zu den leiblichen Eltern, der Herkunftsfamilie – können dann wichtig und notwendig sein, wenn dem Vormund ansonsten keine oder nur ungenügende Informationen zur Person und den früheren Lebensumständen des Mündels gegeben sind.

Es ist immer wichtig, dass ein Vormund weiß, wie es um die Vergangenheit seines Mündels bestellt ist und sich ein eigenes Bild davon macht, um die bisherige Lebensgeschichte des Mündels verstehen und mit ihr umgehen zu können. Dies gelingt in den meisten Fällen, indem sich der Vormund über die Biografie und Herkunft des Kindes oder Jugendlichen aus den Berichten des Sozialen Dienstes und aus eventuell vorliegenden Gutachten, die über den Mündel angefertigt wurden, gut informiert. Ist dies jedoch nicht möglich, muss der Vormund unter Umständen auch einmal weite Wege auf sich nehmen, um Informationen zu erhalten, wenn ein Kind oder ein Jugendlicher aus einem anderen Landkreis oder einem anderen Bundesland im Neckar-Odenwald-Kreis untergebracht ist und die Herkunftsfamilie weit entfernt wohnt.⁷³

Das Sachgebiet AV/B pflegt seit annähernd 20 Jahren einen sehr engen Kontakt mit dem Familiengericht. Daher fand auch direkt im Juni 2011 ein Zusammentreffen der Amts- und der Berufseinzelvormünder mit dem zuständigen Rechtspfleger des Familiengerichts Mosbach statt, bei welchem dieser eine Einführung zu allen mit dem Gesetz einhergehenden Neuerungen erteilte. Außerdem wurden die neuen Berichtsbestandteile erläutert, die es seit Inkrafttreten des Gesetzes in den jährlichen Bericht an das Familiengericht aufzunehmen galt.

⁷³ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

5.4 Aufsicht des Familiengerichts über die Einhaltung der persönlichen Kontakte

Die Beaufsichtigung durch das Familiengericht erfolgt im Neckar-Odenwald-Kreis sehr strikt, die Berichte werden vom Gericht pünktlich erwartet und umgehend eingefordert.

In Bezug auf die in Ausnahmefällen angebrachte Reduzierung der Besuchskontakte verläuft die Zusammenarbeit ebenso gut. Bei einem Ausnahmefall, der in der Praxis so vorliegt, handelt es sich um ein Kind, das bei den Großeltern lebt und dort bestens versorgt wird. Im Rahmen der Umgangskontakte mit der Mutter, die mindestens zweimal monatlich in den Räumen des Jugendamtes stattfinden, hat der Vormund Kontakt mit dem Mündel. Ist er der Ansicht, die Besuchskontakte zu seinem Mündel könnten dann ausnahmsweise auch in größeren als den monatlichen Abständen ausreichend sein, spricht der Vormund dies im Vorfeld mit dem Familiengericht ab. Dazu ist die Absicht der reduzierten persönlichen Besuche dem Familiengericht vorzutragen und in jedem Einzelfall zu begründen. Es wurde zwischen dem Sachgebiet AV/B und dem Gericht vereinbart, dass diese grundsätzlich schriftlich vorzutragenden Entscheidungen auf dem „kurzen Dienstweg“ per E-Mail durchgeführt werden können und das Gericht sein Einverständnis ebenfalls per E-Mail bestätigt. Ausdrücke dieses Schriftverkehrs dokumentieren anschließend die Absprache mit dem Familiengericht in der Akte des betreffenden Mündels.⁷⁴

Ferner wurde vereinbart, dass von Seiten des Familiengerichts vor der Übertragung einer Vormund- oder Pflegschaft auf das Jugendamt dieses nicht explizit angehört werden muss. Wenn es um die Abgabe einer Amtsvormundschaft an einen Einzelvormund geht, akzeptiert das Gericht im Gegenzug die Vorschläge des Sachgebietes AV/B, da es im Hinblick

⁷⁴ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

auf die bisherige Zusammenarbeit auf das Urteil des Jugendamtes vertraut und sichergehen kann, dass das Jugendamt im Vorfeld die Abgabe sowie die Kompatibilität des Einzelvormunds und des Mündels genau geprüft hat.

5.5 Anhörung des Mündels vor Übertragung der Vormundschaft

Die gesetzlichen Änderungen sehen vor, dass vor der Übertragung der Vormundschaft das Kind oder der Jugendliche zur Auswahl der Fachkraft vom Jugendamt angehört wird. Die Umsetzung dieser Vorschrift in der Praxis des Jugendamtes Neckar-Odenwald-Kreis gestaltet sich so, dass weiterhin die grundsätzliche Aufteilung nach Buchstabenbereichen beibehalten wird, denn es soll kein „Wunschkonzert“ veranstaltet werden. Es wird als Illusion angesehen, sich „in Reih und Glied“ vor einem Kind oder Jugendlichen aufstellen und verlangen zu können, dass der Mündel sich einen Vormund aussucht. Dies würde nicht nur einen Eingriff in die Organisationshoheit bedeuten. Auch wäre es in vielen Fällen zudem nicht zielführend, wenn ein Mündel in der Situation der Vormundschaftsübertragung beispielsweise jede Person als Träger dieser Aufgabe ablehnt.⁷⁵

Vielmehr muss der einzelne Sachbearbeiter sich an einen Vormundschafts- oder Pflegschaftsfall immer herantasten, die Persönlichkeit des Kindes oder Jugendlichen vorab einschätzen können. Zudem sollte er die Fähigkeiten und auch eventuell vorhandene Einschränkungen des Kindes oder Jugendlichen kennen, um sich auf den ersten Kontakt einstellen zu können und dabei Fehler im Umgang mit dem Mündel zu vermeiden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn der künftige Vormund diese Dinge vorab für sich einzuordnen weiß.⁷⁶

⁷⁵ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

⁷⁶ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

5.6 Gesetzlich festgeschriebene Fallzahlobergrenze – Maßnahmen zur Vermeidung der Überschreitung

Die personelle Situation im Sachgebiet AV/B sieht derzeit so aus, dass die Sachbearbeiter im Bereich AV/B neben der Aufgabenwahrnehmung als Beistände und Urkundspersonen sowie ihrer Beratertätigkeit mit Vormundschafts- und Pflegschaftsfällen ausgelastet sind.⁷⁷ Zwar konnte seit Inkrafttreten der monatlichen Besuchspflicht bereits eine zusätzliche Teilzeitarbeitskraft eingesetzt werden, weitere Stellen mussten aber erst geschaffen werden und neu hinzukommendes Personal bedarf dann auch einer gewissen Einarbeitungszeit. Aufgrund der dringenden Erforderlichkeit zusätzlicher Arbeitskräfte erfolgte aktuell im September 2012 die interne Ausschreibung einer Vollzeitstelle als Sachbearbeiter für den Bereich AV/B.

Darüber hinaus wurden die Suche nach Einzelvormündern sowie die Zusammenarbeit mit diesen intensiv vorangetrieben. Das Kreisjugendamt kommt hiermit seiner prinzipiellen Verpflichtung gemäß § 53 Abs. 1 SGB VIII nach, dem Familiengericht im Einzelfall geeignete Personen als Vormund vorzuschlagen. Dabei wird auch immer darauf geachtet, ob es geeignete Verwandte der Mündel gibt, die die Vormundschaft übernehmen könnten. Denn neben dem Familiengericht, das nach § 1779 Abs. 2 BGB verpflichtet ist, die Geeignetheit etwa vorhandener Verwandter des Mündels als Vormund zu prüfen, fällt diese Aufgabe auch dem Jugendamt zu. Dies wird auch aus einem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichts – BVerfG 08.03.2012, 1 BvR 206/12 – deutlich. Ein in der Fachzeitschrift „Das Jugendamt“ veröffentlichter Praxishinweis zu diesem Urteil stellt heraus, dass das Jugendamt im Rahmen seiner Vorschlagspflicht die Geeignetheit vorhandener

⁷⁷ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 27.08.2012.

Verwandter des Mündels nach den gleichen Kriterien wie das Familiengericht zu prüfen hat.⁷⁸

Verwandte des Mündels sind allerdings nur in den seltensten Fällen verfügbar, weshalb die Sachgebietsleiterin AV/B das Konzept des Einsatzes von Einzelvormündern weiter ausgebaut hat, um den Pool an Einsatzkräften zu erweitern.

Neben der seit Jahren erfolgreich verlaufenden Zusammenarbeit mit Berufsvormündern sollte nunmehr auch explizit nach zusätzlichen Ehrenamtlichen gesucht werden, die es sich vorstellen können, Vormundschaften für Minderjährige zu übernehmen. Ein auf einer Vormundschaftstagung der Leiterin des Sachgebietes AV/B bekannt gewordenes Projekt, das in einer anderen Kommune zu diesem Zweck durchgeführt wurde, gab den Anstoß, eine ähnliche Vorgehensweise auch im Neckar-Odenwald-Kreis zu initiieren: Dort wurde für die Gewinnung ehrenamtlicher Vormünder mit dem Deutschen Kinderschutzbund zusammengearbeitet.⁷⁹

Von der Sachgebietsleiterin AV/B wurde die Thematik der Suche nach ehrenamtlichen Vormündern an die Vorsitzende des örtlichen Kreisverbandes des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB-NOK) herangetragen und über eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet beratschlagt. Nachdem auch dem Vorstand des DKSB-NOK die aktuelle Situation nach der Änderung des Vormundschaftsgesetzes und der generelle Bedarf an verfügbaren Einzelvormündern erläutert worden war, gab dieser seine Zustimmung zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Suche nach geeigneten Personen. So wurde eine Kooperation zwischen dem Sachgebiet AV/B und dem DKSB-NOK ins Leben gerufen.

⁷⁸ Vgl. Hoffmann in JAmt 2012, Hinweise für die Praxis, S. 344.

⁷⁹ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B und der Vorsitzenden des DKSB-NOK am 21.06.2012.

Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft war es zunächst, die Öffentlichkeit auf das Thema Vormundschaften aufmerksam zu machen und die Möglichkeit aufzuzeigen, eine solche Aufgabe als ehrenamtlich Tätiger wahrzunehmen. Hierzu wurde vom DKSB-NOK eine Medienkampagne gestartet und die interessierte Bevölkerung zu ersten Informationsveranstaltungen eingeladen, um unverbindlich über die Materie zu informieren. Die Presse hat auf diese Angelegenheit mit großem Interesse reagiert.⁸⁰

An zwei Informationsabenden – einer in Mosbach, der andere in Buchen – im März und April 2012 fand für die Interessierten eine Vorstellung des Themas statt, geleitet von der Vorsitzenden des DKSB-NOK und der Sachgebietsleiterin AV/B. Hierbei wurden ihnen zunächst die Notwendigkeit und Ideen der Kooperation näher gebracht und der weitere Ablauf der folgenden Schulungsveranstaltungen aufgezeigt. Zudem erstellte der DKSB-NOK einen Flyer, der alle wichtigen Informationen zum Thema enthält: Einerseits werden hier die Anforderungen zusammengefasst, die ein ehrenamtlicher Vormund mitbringen muss, zum anderen enthält er knapp dargestellt auch die Aufgaben eines Vormundes, zeigt das Zusammenwirken mit den Fachkräften des Bereiches AV/B auf und beschreibt, was Kinder und Jugendliche von Ihrem Vormund erwarten.⁸¹

Die Resonanz auf die angebotenen Informationsabende wurde von den beiden Kooperationspartnern als durchweg positiv empfunden. Es konnte festgestellt werden, dass der Presseaufruf genau richtig gelungen war. Darin wurde Folgendes betont:

„Sich als Vormund für ein Kind oder einen Jugendlichen einzusetzen, ist [...] ein ganz besonderes Ehrenamt. Es erfordert einen

⁸⁰ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B und der Vorsitzenden des DKSB-NOK am 21.06.2012.

⁸¹ Vgl. Anlage 10: DKSB-NOK (Hrsg.): Flyer: Setzen Sie Spuren im Leben eines Kindes – werden Sie Vormund!, S. 1 und 2.

herausragenden persönlichen Einsatz, schließlich geht es darum, sich für Kinder stark zu machen, deren Eltern [...] diese Aufgabe nicht selbst übernehmen können.

Von ehrenamtlichen Vormündern wird u. a. erwartet, dass sie einen Teil ihrer Freizeit den Belangen eines Kindes zur Verfügung stellen, sich mit der schwierigen Lebenslage und oftmals bewegten Vergangenheit eines Kindes auseinandersetzen und bereit sind, zum Wohle des Kindes mit Fachkräften, Behörden und evtl. mit der Herkunftsfamilie zu kooperieren. [...]

Lebenserfahrene Menschen mit Einfühlungs- und Durchsetzungsvermögen, die sich vorstellen können, die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen, sind zur Teilnahme an der ersten Informationsveranstaltung für ehrenamtliche Vormünder [...] eingeladen.⁸²

Von dieser Einladung fühlten sich folglich nur solche Personen angesprochen, die sich im Vorfeld sichtlich Gedanken zum Thema gemacht hatten und sich bewusst waren, dass die Übernahme einer Vormundschaft für einen Minderjährigen ein Ehrenamt ist, das sich von vielen anderen Ehrenämtern durch die hohe Verantwortlichkeit, die erwartet wird, unterscheidet. Ebenso als äußerst positiv wurde es empfunden, dass fast alle Interessenten, die einen der beiden einführenden Informationsabende besucht hatten, auch an den folgenden Schulungsterminen teilnahmen.⁸³ Es fanden sich aber auch Personen zu den weiterführenden Terminen ein, die die Informationsabende selbst nicht besucht hatten, aber anderweitig darauf aufmerksam geworden waren.

Den nächsten Schritt – die Schulung der Ehrenamtlichen – stellte eine Reihe von vier Abendveranstaltungen dar, zu denen sich die Interessierten bei den ersten Informationsabenden hatten anmelden können.⁸⁴ Die erste dieser Veranstaltungen wurde von der Leiterin des Sachgebietes AV/B geführt. Hierbei wurden den Teilnehmenden die Voraussetzungen aufgezeigt, die zur Übernahme einer Vormundschaft

⁸² Vgl. Anlage 12: Zeitungsausschnitt: Ehrenamtliche sollen Lücke schließen, Rhein-Neckar-Zeitung – Mosbacher Nachrichten vom 05.03.2012.

⁸³ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B und der Vorsitzenden des DKSB-NOK am 21.06.2012.

⁸⁴ Vgl. Anlage 13: DKSB-NOK: Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft.

notwendig sind und sie erhielten einen Überblick über die Aufgabeninhalte, die ein Vormund für sein Mündel zu erfüllen hat.

Für den zweiten Abend konnte der Rechtspfleger des hiesigen Familiengerichts als Referent gewonnen werden. Er verschaffte den Teilnehmenden gemeinsam mit der Sachgebietsleiterin AV/B einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen einer Vormundschaft und erteilte Auskunft darüber, was das Familiengericht vom Vormund als gesetzlichem Vertreter eines Minderjährigen erwartet. Zu einem weiteren Teil der Schulungsreihe referierte eine Kommunikations- und Kompetenztrainerin über „Feinfühlige Kommunikation“ und der vorerst letzte Abend der Schulungsveranstaltungen wurde schließlich von einer Referentin zum Bereich „Wie kann die Kommunikation mit Institutionen gelingen?“ durchgeführt. Alle Veranstaltungen waren dabei von den künftigen ehrenamtlichen Vormündern rege frequentiert.

Die „Bewerber“ bringen die verschiedensten beruflichen Hintergründe mit. Es sind vielerlei Berufsbilder aus dem sozialen Bereich vertreten, beispielsweise eine Pflegedienstleiterin, eine Krankenschwester, eine Altenpflegerin und ein Heilerziehungspfleger. Aber auch Verwaltungsangestellte, Hausfrauen und selbständig Tätige befinden sich unter den Interessenten.

Auch die persönlichen Motivationen, ein solches Ehrenamt übernehmen zu wollen, sind sehr unterschiedlich. Einige der Bewerber sind schon über Jahre hinweg als Betreuer für Volljährige tätig und wollen ihr Einsatzgebiet nun auch auf Minderjährige ausdehnen, andere handeln aus dem Interesse heraus, sich für Kinder und Jugendliche persönlich einsetzen und diesen auf ihrem Lebensweg ein Begleiter sein zu wollen. Wieder andere suchen einfach den Kontakt zu jungen Menschen und wollen etwas über den Umgang mit solchen (wieder-)erlernen oder fehlende

verantwortliche Beziehungen zu Kindern oder Jugendlichen aufbauen und pflegen.⁸⁵

Voraussetzung zur Übernahme einer ehrenamtlichen Einzelvormundschaft ist in besonderem Maße die persönliche Eignung. Zusätzlich wird die Vorlage eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses verlangt, wie es auch von Mitarbeitern des Jugendamtes bei der Einstellung gefordert wird. Ob eine Person sich eignet, als Ehrenamtlicher eine Vormundschaft zu übernehmen, wurde für jeden Bewerber durch ein Einzelgespräch mit der Leiterin des Bereiches AV/B von dieser eruiert. Zugleich wurde aber auch von den Bewerbern erwartet, für sich selbst vor der Übernahme dieser verantwortungsvollen Aufgabe zu beurteilen, ob sie sich den Einsatz für einen zunächst fremden Minderjährigen im vorgesehenen Umfang zutrauen.

Bisher konnten zwei der ehrenamtlichen Einzelvormünder eingesetzt werden. Von den derzeit im Sachgebiet AV/B geführten laufenden Vormund- und Pflegschaften ist aufgrund der schwierigen Fallkonstellationen keine weitere geeignet, an einen Ehrenamtlichen abgegeben zu werden.

Die Berufsvormünder stellen in Ergänzung hierzu eine enorme Entlastung der Sachbearbeiter des Bereichs AV/B dar. Das Sachgebiet AV/B ist daher zusätzlich kontinuierlich auf der Suche nach Personen, die Vormundschaften berufsmäßig führen wollen und eventuell aufgrund ihres beruflichen Kontextes in der Lage sind, auch mit problematisch gelagerten Fällen umgehen zu können. In der Gruppe der Berufsvormünder im Neckar-Odenwald-Kreis sind schon einige entsprechend befähigte Personen vorhanden, beispielsweise zwei Diplom-Sozialpädagoginnen, eine Familienhelferin und eine in der Psychiatrie tätige Krankenschwester. Darüber hinaus befindet sich in dieser Gruppe sogar eine Person, die

⁸⁵ Quelle: Teilnahme an Schulungsveranstaltungen für ehrenamtliche Vormünder.

derzeit ein Projekt-Kompetenz-Studium „Betreuung und Vormundschaft“ mit Bachelorabschluss absolviert.

Von den Berufsvormündern wird grundsätzlich keine spezielle berufliche Vorbildung zur Führung von Vormundschaften verlangt, sondern nur viel Menschlichkeit, Einfühlungsvermögen und die Bereitschaft, sich für diese Tätigkeit fortzubilden. Viele der mittlerweile Eingesetzten nutzen hierzu Angebote wie beispielsweise Zertifizierungskurse des Weinsberger Forums, um sich professionell mit ihren Aufgaben als Vormund auseinanderzusetzen.⁸⁶

Der Ablauf des Einsatzes von Einzelvormündern – seien es berufliche oder ehrenamtliche – gestaltet sich folgendermaßen: Tritt eine Vormundschaft ein und das Jugendamt wird als Amtsvormund bestellt, so erhält den Fall der zuständige Sachbearbeiter und entscheidet, ob dieser beim Jugendamt verbleiben muss oder evtl. an einen Einzelvormund abgegeben werden kann. Eine Vormundschaft im Rahmen einer einstweiligen Anordnung wird nicht abgegeben, in der Regel wird die Entscheidung in der Hauptsache abgewartet. In jedem Fall wird die Einzelsituation geprüft und ermittelt, welcher in Frage kommende Einzelvormund vom Mündel und dessen Umfeld wohl am ehesten akzeptiert werden wird. Diese Einschätzung wird sodann mit der Sachgebietsleiterin abgestimmt und gemeinsam entschieden, ob eine Übertragung an den entsprechenden Einzelvormund erfolgen kann.

Die Sachgebietsleiterin führt zentral eine Kartei der einsetzbaren Berufs- und ehrenamtlichen Vormünder und hat daher einen Überblick darüber, welcher Einzelvormund noch „Kapazitäten“ zur Verfügung hat. Außerdem werden von ihr neben der Sachbearbeitung im Rahmen des Mischarbeitsplatzes auch die Übernahmefälle von außerhalb des Landkreises, die nicht unbedingt einer Amtsvormundschaft bedürfen,

⁸⁶ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 05.09.2012.

sondern von einem Einzelvormund geführt werden können, verteilt. Des Weiteren fallen in ihre Tätigkeit als Leiterin des Sachgebietes auch Beratungen und die Unterstützung der Einzelvormünder sowie deren Schulung.

Steht eine Vormundschaft bzw. Pflegschaft zur Übertragung auf einen Einzelvormund an, wird der jeweilige Fall dem betreffenden Vormund zunächst anonymisiert vorgestellt und angefragt, ob er sich vorstellen kann, in diesen Fall „einzusteigen“. Signalisiert dieser seine Bereitschaft hierzu, findet weiter ein Erstgespräch zwischen Amtsvormund oder Sachgebietsleiterin und dem Einzelvormund statt, in dem der Fall anhand der vorliegenden Akten genauer vorgestellt wird. Hier hat der Einzelvormund dann nochmals die Möglichkeit, sich über die Problemlagen und die Unterbringungsart des Mündels zu informieren. Ist er daraufhin einverstanden, die Vormundschaft zu übernehmen, erfolgt der entsprechende Vorschlag an das Familiengericht. Daneben wird meist ein gemeinsamer Besuchstermin beim Mündel vereinbart und der neue Vormund vorgestellt. Dem Mündel wird die geplante Übertragung in jedem Fall vorab schon angekündigt, meist im Rahmen des letzten Besuchskontaktes mit dem bisherigen Vormund.

Über das Zusammenwirken bei der Übergabe einer Vormundschaft hinaus haben die Einzelvormünder einen Anspruch darauf, vom Jugendamt gemäß § 53 Abs. 2 SGB VIII beraten und unterstützt zu werden. Neben der Tatsache, dass sich die Einzelvormünder bei Fragen und Unsicherheiten in ihrem Handeln als Vertreter ihrer Mündel jederzeit an die Sachgebietsleiterin AV/B oder die Sachbearbeiter wenden können, sind sie zudem auch in einer Mailingliste der Sachgebietsleiterin verknüpft. So erhalten sie wichtige Informationen, aktuelle Rechtsprechung sowie Fachliteratur zum Vormundschaftsrecht zeitnah und werden so ebenfalls regelmäßig im Rahmen der Beratung und Unterstützung auf dem Laufenden gehalten.

Treten Gesetzesänderungen in Kraft oder gibt es aktuellen Klärungsbedarf aufgrund praxisrelevanter Neuerungen hinsichtlich der Führung von Vormundschaften, so führt die Sachgebietsleiterin auch Schulungen für die Einzelvormünder durch.

Ferner finden in regelmäßigen Abständen Zusammentreffen der Berufsvormünder mit der Sachgebietsleiterin AV/B und dem Familiengericht statt. Diese dienen dem Austausch der unterschiedlichen Professionen. Künftig sind diese Treffen zweimal jährlich geplant, wobei auch die neu eingesetzten ehrenamtlichen Einzelvormünder einbezogen werden.

Einige Berufs- und auch Amtsvormünder sind nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung bezüglich der Umsetzung des § 1800 Abs. 2 BGB, was ihre stärkere Rolle als Erziehungsverantwortlicher betrifft, in Heimen und auch Pflegefamilien vielerlei auf Gegenwehr gestoßen. Es wurde daher für Mitte Oktober 2012 ein gemeinsamer Termin des Sachgebiets AV/B mit dem Familiengericht, den Berufs- und den eingesetzten ehrenamtlichen Vormündern sowie den Erziehungsleitungen zweier Heime anberaumt, um miteinander auf diese bestehenden Probleme einzugehen.⁸⁷ Die Zusammenarbeit soll künftig auch in diesem Bereich fortgeführt werden.

6. Schlussbetrachtung

In dieser Arbeit konnten die Neuerungen aufgezeigt werden, die das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts mit sich bringt und mit welchen daraus resultierenden Auswirkungen sich die

⁸⁷ Quelle: Gespräch mit der Sachgebietsleiterin AV/B am 05.09.2012.

Rechtsanwender in den Jugendämtern spätestens seit Inkrafttreten der ersten Vorschriften im Juli 2011 intensiv auseinandersetzen müssen.

Vom Sachgebiet AV/B des Jugendamtes Neckar-Odenwald-Kreis werden die Gesetzesänderungen sehr begrüßt, schließlich waren sie in Übereinstimmung mit einer großen Mehrheit der Fachwelt von hier schon seit langen Jahren begründet gefordert. Besonders die gestärkte Rolle des Vormunds, die es ihm seither ermöglicht, sich durch den regelmäßigen Kontakt und die gesteigerte persönliche Verantwortung in Erziehungs- und Pflegefragen für seinen Mündel gezielter einzusetzen, stellt dabei aus Sicht der Sachgebietsleiterin und der Sachbearbeiter eine entscheidende Verbesserung dar.

Die für Mitte Oktober geplante Zusammenkunft von Familiengericht, Einzelvormündern, dem Sachgebiet AV/B und den Heimleitungen dient dem Zweck, eine bessere Akzeptanz der erforderlichen Handlungsweisen der Vormünder in den Heimen zu erreichen und so auch den Vormündern mehr Sicherheit im Umgang mit diesen zu verschaffen. Konflikte, die aufgrund der gesetzlichen Neuerungen aufgetreten sind und sich auf Dauer auch beeinträchtigend auf die Wahrnehmung der Mündelinteressen auswirken würden, können so an der Basis relativ frühzeitig ausgeräumt werden. Dazu sollen alle beteiligten Stellen über die künftige Arbeitsweise betreffend der Umsetzung der gesetzlichen Änderungen einen einheitlichen Kenntnisstand erlangen. Wertvoll ist es in diesem Zusammenhang auch, den Beteiligten ein Forum zu bieten, das ein gegenseitiges Kennenlernen und darauf folgenden regelmäßigen und dauerhaften Erfahrungsaustausch ermöglicht. So werden eventuell vorhandene Hemmschwellen abgebaut, die Beteiligten können sich jederzeit vertrauensvoll an die anderen Teilnehmer wenden und sich sachkundigen Rat einholen.

Mithilfe der in Kapitel 5 beschriebenen Maßnahmen des Sachgebietes AV/B soll die Kooperation aller Beteiligten zum Wohle der Mündel optimiert werden. Sicherlich erfordern all diese Konzepte und Engagements einen großen Aufwand. Aber der Erfolg der bisherigen Zusammenarbeit bestätigt, dass sich der Einsatz lohnt und so die gesetzlichen Änderungen auf einem soliden Wege umgesetzt werden können.

Literaturverzeichnis

Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (Hrsg.): BdB entwickelt Strategie zur Übernahme von Vormundschaften – Kinder, Kinder..., in: Verbandszeitschrift für Betreuungsmanagement (bdbaspekte), 91/2011, S. 4 bis 7
(zitiert als Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (Hrsg.) in bdbaspekte 91/2011, Kinder, Kinder...)

Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis eV (Hrsg.): Flyer: Setzen Sie Spuren im Leben eines Kindes – werden Sie Vormund!;
URL: http://kinderschutzbund-nok.de/img/2012%20C%20Endfassung%20flyer_kinderschutzbund_12-03.pdf [09.09.2012]
(zitiert als Anlage 10: DKSB-NOK (Hrsg.): Flyer: Setzen Sie Spuren im Leben eines Kindes – werden Sie Vormund!)

Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis eV (Hrsg.): Zeitungsausschnitt: Ehrenamtliche sollen Lücke schließen; <http://kinderschutzbund-nok.de/img/2012%20C%20Vormünder%20gesucht%20RNZ%20MOS%205.pdf> [26.08.2012]
(zitiert als Anlage 12: Zeitungsausschnitt: Ehrenamtliche sollen Lücke schließen, Rhein-Neckar-Zeitung – Mosbacher Nachrichten vom 05.03.2012)

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (Hrsg.): DIJuF-Rechtsgutachten 09.01.2012, V 1.200/V 2.400/V 2.500 Ho, in: Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (JAmt), 2012, S. 94 bis 98
(zitiert als DIJuF-Rechtsgutachten vom 09.01.2012 in JAmt 2012)

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (Hrsg.): DIJuF-Rechtsgutachten 16.12.2011, V 6.100 Ho, in: Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (JAmt), 2012, S. 35 bis 37
(zitiert als DIJuF-Rechtsgutachten vom 16.12.2011 in JAmt 2012)

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –;
URL: http://www.dijuf.de/tl_files/downloads/2011/DIJuF-Hinweise_zur_Umsetzung_des_VormG_vom_14.10.2011.pdf [05.09.2012]
(zitiert als Anlage 2: DIJuF (Hrsg.): Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – erste Hinweise –)

Gondolf, Yvonne: Die Vormundschaft und Pflegschaft für Minderjährige – Ist eine Reform notwendig und wie sollte sie aussehen?, 2008
(zitiert als Gondolf, Vormundschaft und Pflegschaft für Minderjährige)

Hansbauer, Peter (Hrsg.): Neue Wege in der Vormundschaft? – Diskurse zu Geschichte, Struktur und Perspektiven der Vormundschaft, 2002
(zitiert als *Bearbeiter* in Hansbauer, Neue Wege in der Vormundschaft)

Hansbauer, Peter/Mutke, Barbara/Oelerich, Gertrud: Vormundschaft in Deutschland – Trends und Perspektiven, 2004
(zitiert als *Bearbeiter* in Hansbauer/Mutke/Oelerich, Vormundschaft in Deutschland)

Hoffmann, Birgit: Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts – Neuerungen für gesetzliche Vertreter, Gerichte und Jugendämter –, in: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ), 58. Jahrgang, 2011, S. 1185 – 1188
(zitiert als Hoffmann in FamRZ 2011, Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts)

Hoffmann, Birgit: Hinweise für die Praxis zu: Rechtsprechung – Vormundschaftsrecht – Vorrangige Auswahl von Verwandten – § 1779 Abs. 2 BGB – BVerfG 08.03.2012, 1 BvR 206/12, in: Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (JAmt), 2012, S. 344
(zitiert als Hoffmann in JAmt 2012, Hinweise für die Praxis)

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Hrsg.): Kommunale Orientierungshilfe zur Personalbedarfsbemessung des Arbeitsbereiches Beistandschaften/Amtsvormundschaften in Baden-Württemberg;
URL: http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/jugend/rundschreiben_formulare_arbeitshilfen/rundschreiben/rundschreiben_2012/Kommunale_Orientierungshilfe.pdf [06.09.2012]
(zitiert als Anlage 4: KVJS (Hrsg.): Kommunale Orientierungshilfe)

Landesarbeitsgruppe Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften Baden-Württemberg (AG AV/AP BaWü): Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften – Eine Aufgabenbeschreibung zur Entwicklung von neuen Perspektiven der Aufgabenwahrnehmung durch den Amtsvormund/ die Amtsvormundin bzw. den Amtspfleger/die Amtspflegerin (zitiert als Anlage 5: AG AV/AP BaWü: Aufgabenbeschreibung Amtsvormund/Amtspfleger)

Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.): Dresdner Erklärung;
URL: http://www.netzwerk-dresden.de/media/files/dresdner_erklaerung_vormundschaft_2000.pdf [22.08.2012]
(zitiert als Anlage 1: Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.): Dresdner Erklärung)

Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (Hrsg.): Der Landkreis - Unser Landkreis – Lage;
URL: <http://www.neckar-odenwald-kreis.de/Der+Landkreis/Unser+Landkreis/Lage.html> [09.09.2012]
(zitiert als Anlage 8: Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (Hrsg.): Unser Landkreis – Lage)

Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis: Standards der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsbereichen Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften und dem Allgemeinen Sozialen Dienst im Neckar-Odenwald-Kreis (zitiert als Anlage 11: Standards der Zusammenarbeit)

Landschaftsverband Rheinland (Hrsg.): Fachliche Standards zum gesetzlichen Auftrag nach § 1800 S. 2 BGB nF, § 55 Absatz 3 SGB VIII nF;
URL: http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/arbeitshilfen/dokumente_94/jugend_mter_1/amtsvormundschaft/FoerderungMuendel_tabellarisch.pdf [08.09.2012]
(zitiert als Anlage 6: LVR (Hrsg.): Fachliche Standards)

Landschaftsverband Rheinland (Hrsg.): Hinweise zur Arbeits- und Orientierungshilfe „Beteiligung des Mündels“ mit Blick auf § 1793 BGB – Kontakthäufigkeit;
URL: http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/arbeitshilfen/dokumente_94/jugend_mter_1/amtsvormundschaft/Hinweise_Par_1793_BGB.pdf [08.09.2012]
(zitiert als Anlage 7: LVR (Hrsg.): Hinweise zur Kontakthäufigkeit)

Oberloskamp, Helga (Hrsg.): Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 3. Auflage, 2010
(zitiert als *Bearbeiter* in Oberloskamp, Vormundschaft)

Palandt, Otto (Hrsg.): Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 71. Auflage, 2012
(zitiert als *Bearbeiter* in Palandt, BGB)

Schellhorn, Walter/Fischer, Lothar/u.a. (Hrsg.): SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe Kommentar, 4. Auflage, 2012
(zitiert als *Bearbeiter* in Schellhorn/Fischer/u.a., SGB VIII)

Schulz, Werner/Hauß, Jörn (Hrsg.): Familienrecht Handkommentar, 2. Auflage, 2012
(zitiert als *Bearbeiter* in Schulz/Hauß, Familienrecht)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Fläche, Bevölkerung – Regionaldaten – Tabelle Übersichts- und Vergleichsdaten I (Gebiet, Bevölkerung) – Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis;
URL: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=99&T=99025010&E=KR&R=KR225> [09.09.2012]
(zitiert als Anlage 9: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Tabelle (Gebiet, Bevölkerung) Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis)

Sünderhauf, Hildegund: Aus dem „Fall Kevin“ lernen: Aktuelle Änderungen im Recht der Amtsvormundschaft – Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 25.08.2010 zur Änderung des Vormundschaftsrechts, in: Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (JAmt), 2010, S. 405 bis 414
(zitiert als Sünderhauf in JAmt 2010, Aus dem „Fall Kevin“ lernen)

Sünderhauf, Hildegund: Fallzahlbingo: 30, 40 oder 50? Für wie viele Mündel kann eine Amtsvormundin in persönlicher Verantwortung die Pflege und Erziehung fördern und gewährleisten? – Rechnerische Anmerkung zur Fallzahlobergrenze für Amtsvormundschaften in § 55 Abs. 2 S. 4 SGB VIII nF, in: Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (JAmt), 2011, S. 293 bis 299
(zitiert als Sünderhauf in JAmt 2011, Fallzahlbingo)

Willutzki, Siegfried: Die Änderung des Vormundschaftsrechts – Teil 2: Darstellung und kritische Würdigung, in: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe (ZKJ), 2012, S. 206 bis 211
(zitiert als Willutzki in ZKJ 2012, Die Änderung des Vormundschaftsrechts Teil 2)

Zitelmann, Maud: „Ich wusste halt, der hat zu bestimmen“ – Das Jugendamt aus der Sicht von Mündeln, in: Zentralblatt für Jugendrecht (ZfJ), 2002, S. 375 bis 380
(zitiert als Zitelmann in ZfJ 2002, Das Jugendamt aus der Sicht von Mündeln)

Erklärung

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Datum, Unterschrift

Anlage 1: Dresdner Erklärung

Dresdner Erklärung

Vom 22. bis 24. März 2000 hat in Dresden eine Fachtagung zum Thema

„Die Zukunft der Amtsvormundschaften“

stattgefunden. Die Zielstellung der Tagung beinhaltete folgende Punkte:

1. Diskussion und Austausch über die aktuelle Situation von Mündeln und Amtsvormündern in Deutschland.
2. Austausch zur Qualitätsentwicklung und Sicherung der Arbeit der Amtsvormünder aus der Sicht der Gerichte, Jugendämter und Betroffenen.
3. Entwicklung von Thesen zur Zukunft der Amtsvormundschaften.

Es waren Vertreter der Justiz, der Wissenschaft, der Jugendhilfe und Betroffene anwesend. Es wurden 79 Teilnehmer aus 14 Bundesländern begrüßt.

Nach einem regen Fachaustausch der Teilnehmer in Arbeitsgruppen wurden vom Plenum folgende Thesen verabschiedet. Die Sicht der Betroffenen wird in den Thesen 1 bis 5 widerspiegelt, die Thesen 6 bis 8 beinhalten Aussagen zur Arbeit des Amtsvormundes und die Thesen 9 bis 13 beziehen sich auf die Zusammenarbeit und Abgrenzung von Jugendamt und Gericht.

Grundsatz:

Der Gesetzgeber wird gebeten, die beabsichtigte Reform der Minderjährigen-Vormundschaft beschleunigt in Angriff zu nehmen.

These 1:

Ich will von meinem Vormund, alles (regelmäßige persönliche Kontakte; Zeit zum Reden und für Unternehmungen; Zuwendung, Fürsprache und Schutz).

These 2:

Ich will, dass mein Vormund alles weiß und kann.

These 3:

Ich will mein Vormund immer behalten (wenn ich ihn mag).

These 4:

Ich will, dass mein Vormund seine Entscheidungen mit mir bespricht (vorher oder nachher).

These 5:

Ich erwarte, dass mein Vormund sich in mich einfühlt und danach sein Handeln für mich ausrichtet.

These 6:

Zur Wahrung dieser Rechte der Mündel sind zwingend erforderlich:

- Fachlichkeit nach § 72 SGB VIII

(siehe zurzeit vorliegende Leistungsprofile und Arbeitsorientierungen für den Amtsvormund einiger Landesjugendämter z. B. Sachsen, Brandenburg, Rheinland und Westfalen-Lippe in NW, Thüringen)

- fachliche Qualifikationen
- Aus- und Fortbildungen
- Kenntnisse und Erfahrungen (insbesondere: Recht, Verwaltung, Pädagogik, Psychologie, Soziologie)
- persönliche Praxiserfahrungen und Fähigkeiten
- persönliche Grundeinstellungen / Selbstverständnis als Interessenvertreter des Mündels

These 7:

Persönliche Beziehungen zum Mündel

- die persönliche Beziehung zum Mündel ist unverzichtbar
- der Amtsvormund hat das Mündel am Entscheidungsprozess zu beteiligen
- die Arbeit des Amtsvormundes ist geprägt vom Respekt vor dem Mündel und seiner Geschichte
- der Amtsvormund trifft die Entscheidungen auf der Basis eigener Kenntnisse der Lebensverhältnisse des Mündels

These 8:

Struktur im Jugendamt

- Der Amtsvormund soll i. d. R. ausschließlich Vormundschaften und Pflegschaften führen
- Eine Interessenkollision durch die Wahrnehmung anderer Aufgaben ist auszuschließen
- Der Amtsvormund muss mindestens 3 Arbeitstage (24 Stunden) im Jahr für sein Mündel da sein und darf deshalb nicht mehr als 50 Mündel betreuen
- Trennung der Verantwortungsbereiche, klare Rollen und Aufgabenabgrenzung zwischen ASD und Amtsvormund unter zentraler Aufgabenwahrnehmung durch den Amtsvormund
(Kooperationsvereinbarung durch die Kommunalen Jugendämter)

Fazit:

Die Verantwortlichkeit des Amtsvormundes für sein Mündel ist unteilbar. Der Amtsvormund im Jugendamt ist unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Jugendhilfe.

These 9:

Das Kindeswohl erfordert eine Zusammenarbeit aller am familien- und vormundschaftsgerichtlichen Verfahren professionell Beteiligten, wobei eine Kooperation aller Beteiligten unter Wahrung der Rolle der einzelnen Verfahrensbeteiligten angestrebt ist.

Wünschenswert ist hier die Initiierung und Gründung von regionalen Arbeitsgemeinschaften/Runder Tisch.

These 10:

Die Präsidien der Gerichte werden gebeten, bei der personellen Besetzung des Familiengerichts auf Lebenserfahrungen und interdisziplinäre Aufgeschlossenheit zu achten und zur Sicherung der Kontinuität Richterwechsel nur aus zwingenden Gründen vorzunehmen.

These 11:

Die für das Trennungs- und Scheidungsverfahren notwendige Vermittlerrolle der Familienrichter/innen hat im Sorgerechtsverfahren nach § 1666 BGB ein deutlich geringeres Gewicht.

These 12:

Dem Recht des Kindes auf Anhörung korrespondiert das Recht des Kindes auf kindgerechte Mitteilung der Entscheidung.

These 13:

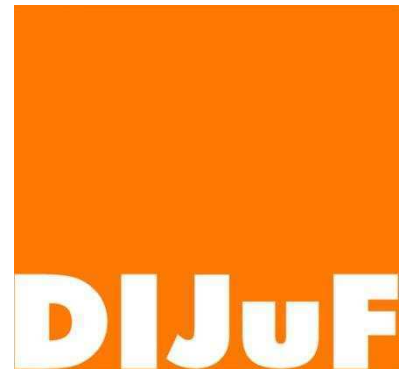
Im Sorgerechtsentzugsverfahren sind unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit in der Entscheidung alle Maßnahmen zu treffen, die zur Wahrung des Kindeswohls erforderlich sind. Der bloße Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts reicht in der Regel nicht aus. Die Anregung des Jugendamtes zu den Maßnahmen nach § 1666 BGB sollte den notwendigen Regelungsbedarf aufzeigen; die Amtsermittlungspflicht des Gerichtes bleibt davon unberührt.

„... es sollte nicht vom „Glück“ abhängig sein, wer welche Hilfen bekommt. Ein jedes Kind hat ein Recht auf beste fachliche Betreuung durch das Jugendamt. Hier muss unser Staat in die Pflicht genommen werden.“

(mit Genehmigung von Claudia L. – vom 7. bis zum 18. Lebensjahr Mündel)

**Anlage 2: Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung
des Vormundschafts- und Betreuungsrechts**
– erste Hinweise –

DEUTSCHES INSTITUT
FÜR JUGENDHILFE UND
FAMILIENRECHT e. V.



FORUM FÜR FACHFRAGEN

Postfach 10 20 20
D-69010 Heidelberg

Fon 0 62 21/98 18-0
Fax 0 62 21/98 18-28

institut@dijuf.de
www.dijuf.de

Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

– erste Hinweise –

vom 14. Oktober 2011

Vorbemerkung

Seit und auch schon vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts am 6. Juli 2011 gehen im DIJuF zahlreiche und vielfältige Anfragen zu Problemstellungen bei der Umsetzung der neuen Vorschriften ein. Ausgehend von den uns bekannt gewordenen Fragen wurden die folgenden Hinweise als erste Hilfestellung und Anstoß für die weitere Diskussion der Fachpraxis erarbeitet. Auf die mit dem Gesetz gleichzeitig geänderte Vorschrift zum Betreuungsrecht wird hierbei nicht Bezug genommen.

Inhalt

1. Inhalt und Ziele des Gesetzes	3
2. Einzelfragen.....	4
2.1. Zeitlich versetztes Inkrafttreten der Vorschriften des Gesetzes.....	4
2.2. Fallzahl 50: Ermittlung von Fallzahlen, Personalbedarf	5
Die Fallzahl 50 markiert eine Obergrenze	5
Gleiche Gewichtung von Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften bei der Fallzahlermittlung	5
Mischarbeitsplätze.....	6
Kritik an Mischarbeitsplätzen	6
Trennung von Arbeitszeiten bei Mischarbeitsplätzen	7
Fallzahlbemessung bei Mischarbeitsplätzen	7
Vormundschaften/Pflegschaften außerhalb des Jugendamts	7
2.3. Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Übertragung der Vormundschaft/Pflegschaft auf eine Fachkraft im Jugendamt	8
Zur Durchführung von Anhörungen	9
Anhörung in Fällen von Vereins- und ehrenamtlichen Vormundschaften	10
2.4. Kontaktgestaltung zwischen Vormund und Mündel: Ziele, Anwendungsbereich, Kriterien	10
Anwendbarkeit der Kontaktpflichten auf Ergänzungspflegschaften	10
Sinn und Ziele persönlicher Kontakte.....	12
Kontakte nach den „Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt“	13
Kriterienkatalog für die Beurteilung der Kontaktgestaltung und -häufigkeit im Einzelfall.....	13
Kontaktgestaltung und alternative Wege zum Besuchskontakt (Telefon, Skype, Facebook, E-Mail, Briefkontakt)	16
Zeitbedarf und Zeitplanung für Kontakte	16
2.5. Kooperation mit dem Familiengericht: Gestaltung Aufsicht, Aufsichtsmaßnahmen	17
Familiengerichtliche Aufsicht und selbstständige Amtsführung des Vormunds/ der Pflegerin	17
Aufsichtsmaßnahmen des Familiengerichts.....	18
Berichtspflichten des Vormunds/der Pflegerin an das Familiengericht.....	19
2.6. Persönlich geführte Vormundschaft, strafrechtliche Verantwortung und Haftung ...	20
Voraussetzungen der Strafbarkeit bei „Unterlassen“	21
Haftungsfragen	22
Haftung des Jugendamts, nicht der Fachkraft	23
2.7. Qualifikation und Qualifizierung von (Amts)vormündern und -pfleger/innen	23
Weiterbildung ist unerlässlich.....	26
3. Schluss	26

1. Inhalt und Ziele des Gesetzes

Durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts wird die persönlich geführte Vormundschaft, in Abkehr von der über viele Jahrzehnte praktizierten „Schreibtischvormundschaft“ nun explizit als gesetzliches Leitbild verankert: § 1800 BGB gibt dem Vormund verbindlich vor, „**die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten**“. In der Formulierung kommt zum Ausdruck, dass Vormund bzw. Pfleger/in die Pflege und Erziehung nicht (wie meist die Eltern) selbst übernehmen, jedoch eine persönliche Verantwortung für die Lebenssituation, Pflege und Erziehung des Kindes/Jugendlichen tragen. Vormund und Pfleger/in haben zum einen sicher zu stellen, **dass** das Kind/der/die Jugendliche versorgt und erzogen wird. Zum anderen ist es ihre Aufgabe, Erziehung und Pflege zu fördern. Ziel sind förderliche Entwicklungsbedingungen für die Kinder/Jugendlichen, jeweils abgestimmt auf deren Entwicklungsstand, Ressourcen und (belastenden) Vorerfahrungen.

In diesem Sinne gibt das Gesetz **regelmäßige Kontakte** zwischen Vormündern/Pfleger/inne/n und Kindern/Jugendlichen vor (§ 1793 Abs. 1a BGB). Die gesetzliche Formulierung geht dabei von monatlichen Kontakten aus, lässt aber Spielraum dafür, die Häufigkeit der Besuche im Einzelfall den Erfordernissen der Situation der Kinder/Jugendlichen anzupassen.

Die neuen Vorschriften des BGB finden grundsätzlich auf alle Vormundschaften und Pflegschaften Anwendung, also auf Einzel-, Vereins- und Amtsvormundschaften und unter letzteren auf gesetzliche Vormundschaften ebenso wie auf bestellte Vormundschaften.

Als grundlegende Bedingung für die persönlich geführte Amtsvormundschaft/-pflegschaft im Jugendamt wird eine **maximale Fallzahl von 50 Vormundschaften/Pflegschaften** pro Vollzeitstelle verankert (§ 55 Abs. 2 SGB VIII). Eine Anhörung des Kindes/Jugendlichen idR vor Übertragung der Vormundschaft auf eine Fachkraft im Jugendamt ist künftig verpflichtend (§ 55 Abs. 2 SGB VIII).

2. Einzelfragen

2.1. Zeitlich versetztes Inkrafttreten der Vorschriften des Gesetzes

Das Gesetz tritt zu zwei zeitlich versetzten Zeitpunkten in Kraft. Ein Teil der Vorschriften ist schon seit dem **6. Juli 2011** wirksam, ein weiterer Teil, darunter die Neuregelung im SGB VIII zur Senkung der Fallzahlen wird am **5. Juli 2012** in Kraft treten.

Die Vorschriften, die zum 6. Juli 2011 in Kraft getreten sind, beinhalten

- die Verpflichtung zu kontinuierlichem Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem (§ 1793 BGB Abs. 1a BGB nF);
- das Gebot, die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten (§ 1800 S. 2 BGB nF);
- Berichtspflichten an das Familiengericht im Hinblick auf die persönlichen Kontakte (§ 1840 S. 2 BGB nF).

Die Vorschriften des Gesetzes, die ein Jahr später, am **5. Juli 2012** in Kraft treten, betreffen

- die familiengerichtliche Aufsicht über die Vormünder/Pfleger/innen (§ 1837 Abs. 2 S. 2 BGB nF);
- die Neuregelungen des § 55 Abs. 2 und 3 SGB VIII, nämlich
 - die Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Auswahl der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkraft im Jugendamt;
 - die Begrenzung der Fallzahl auf 50 pro Vollzeitkraft;
 - die Maßgabe, dass der Kontakt zum Kind/Jugendlichen durch den Amtsvormund/die Pflegerin persönlich wahrzunehmen ist (§ 55 Abs. 2 und 3 SGB VIII).

Mit dem versetzten Inkrafttreten will der Gesetzgeber „den Jugendämtern und deren Trägern ausreichend Zeit geben, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen (BT-Drucks. 17/3617, 9).“ Das betrifft insbesondere die ggf notwendige Aufstockung der personellen Ressourcen.

Trotz dieses Aufschubs sind die gesteigerten Anforderungen an den Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem bereits wirksam. Der Gesetzgeber entlastet die Jugendämter und Fachkräfte hier dadurch, dass Verstöße gegen die Pflicht, das Kind/den Jugendlichen idR einmal im Monat zu treffen, für ein Jahr „sanktionslos bleiben“ sollen (BT-Drucks. 17/3617, 9).

Angaben über persönliche Kontakte nach § 1837 Abs.1 S. 2 BGB haben die Familiengerichte daher erst ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens am 5. Juli 2012 zu prüfen. Bei einem im Oktober 2012 eingereichten Bericht werden also die Kontakte zwischen Juli und Oktober 2012 bereits beachtlich sein, nicht notwendigerweise diejenigen zwischen Oktober 2011 und Juni 2012. Der Zeitraum bis zum Juli 2012 ist empfehlenswerter

Weise für Absprachen zwischen Vormundschaft/Pflegschaft und Familiengerichten zu nutzen. Für eine sinnvolle familiengerichtliche Aufsicht im Hinblick auf die persönlichen Kontakte wird es zum einen notwendig sein, dass die Rechtspfleger/innen über fachliche Kriterien persönliche Kontakte informiert sind. Zum anderen sind Absprachen über eine sinnvolle und nachvollziehbare Dokumentation der Kontakte notwendig (vgl 2.4., 12f).

Trotz Aussetzen der familiengerichtlichen Kontrolle bis zum Juli 2012 führen die gesetzlich schon ab Juli 2011 wirksamen gesteigerten Kontaktpflichten in der Praxis bei hoher Fallbelastung teilweise zu Unruhe. In Fällen, in denen die Fallzahl bisher erheblich über 50 pro Vollzeitkraft lag, erscheint eine zügige oder ggf schrittweise Entlastung der Fachkräfte von Vorteil.

2.2. Fallzahl 50: Ermittlung von Fallzahlen, Personalbedarf

Die Fallzahl 50 markiert eine Obergrenze

Das Gesetz schreibt vor, dass eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft im Jugendamt **höchstens** 50 Vormundschaften/Pflegschaften führen soll. Es ist darauf hingewiesen worden, dass diese Vorgabe eine Obergrenze darstellt, die in keinem Fall zu überschreiten ist, jedoch ggf unterschritten werden sollte (vgl DIJuF-Hinweise vom 15.03.2010 zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechts vom 04.12.2009, 8, zu finden unter www.dijuf.de ► Rechtsberatung/Rechtspolitik ► Fachliche Hinweise/Stellungnahmen; Sünderhauf JAmt 2011, 293, 294). Die Zahl 50 geht auf die Dresdner Erklärung von vor zehn Jahren zurück, als die Forderung, dass der Amtsvormund Kontakt zu den Kindern/Jugendlichen haben sollte, gänzlich neu und von einem regelmäßigen monatlichem Kontakt noch nicht die Rede war (Dresdner Erklärung JAmt 2000, 437).

Bei 50 Fällen und konsequenter Befolgung der Regelpflicht zum monatlichem Kontakt würden sich 600 jährliche Kontakte bei durchschnittlich 220 Arbeitstagen ergeben (vgl Stellungnahme der Kinderrechtekommission zum RegE, 5, zu finden unter www.dfgt.de ► Stellungnahmen). Eine durchschnittliche Fallbelastung von 50 kann durch wechselnde Zu- und Abgangszahlen zum einzelnen Zeitpunkt, außerdem eine höhere Belastung von etwa 60 bis 65 Fällen bedeuten (Beinkinstadt, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, zu finden unter www.bundestag.de ► Ausschüsse ► Recht ► Öffentliche Anhörungen).

Gleiche Gewichtung von Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften bei der Fallzahlermittlung

Die gesetzliche Regelung sieht in Bezug auf die Fallzahl keine Differenzierung zwischen Amtsvormundschaften und -pflegschaften vor. Danach sind bei der Fallzahlbemessung alle Amtsvormundschaften und -pflegschaften, die eine Fachkraft führt, einzubeziehen.

Das erscheint auch sinnvoll, da die Arbeitsbelastung der Fachkräfte sich nicht danach unterscheidet, ob Amtsvormundschaften oder -pflegschaften geführt werden, sondern bspw. danach, ob eine Vormundschaft/Pflegschaft neu aufgenommen wird oder schon lange läuft, die Eltern kooperieren oder gegen den Vormund/die Pflegerin arbeiten, geeignete Hilfen zur Verfügung stehen oder nicht, eine besonders schwierige Konstellation oder eine Krise vorliegt usw.

Pflegschaften im Kontext familiengerichtlicher Verfahren bspw. bei Anfechtung oder Klärung der Vaterschaft nach § 1598a BGB unterscheiden sich von dauerhaften Pflegschaften mit Wirkungskreisen wie etwa dem Aufenthaltsbestimmungsrecht und dem Recht, Hilfen zur Erziehung zu beantragen. Sie beanspruchen während des kürzeren Zeitraums, innerhalb dessen sie wahrgenommen werden, jedoch häufig ein erhebliches Zeitkontingent. Bei der Fallzahlermittlung sind sie wie alle anderen Fälle zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die Anwendbarkeit des § 1793 Abs. 1a BGB nF, der Vorschrift zum persönlichen Kontakt, erscheint es dagegen sinnvoll, Differenzierungen vorzunehmen (vgl. 2.4 Anwendbarkeit der Kontaktpflichten auf Ergänzungspflegschaften).

Bei der Fallzahlermittlung zählen alle Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften, gleich mit welchem Aufgabenkreis.

Mischarbeitsplätze

Bei gleichzeitiger Wahrnehmung anderer Aufgaben soll eine Fachkraft, der Vormundschaften/Pflegschaften übertragen sind, entsprechend weniger Vormundschaften/Pflegschaften führen (§ 55 Abs. 2 S. 4 SGB VIII nF).

Mit dieser Formulierung nimmt der Gesetzgeber Bezug auf Mischarbeitsplätze, bei denen Fachkräfte im Jugendamt, die Vormundschaften/Pflegschaften führen, häufig gleichzeitig als Beistände tätig sind, in Unterhaltsfragen nach §§ 18 und 52a SGB VIII beraten sowie als Urkundspersonen im Jugendamt fungieren. Diese Konstellation ist noch in vielen Jugendämtern verbreitet.

Kritik an Mischarbeitsplätzen

Mischarbeitsplätze bergen Probleme für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften (LWL/LVR, Qualitätsstandards für Vormünder: Arbeits- und Orientierungshilfe „Aufgabenteilung“, 2010, 1; Jugend- und Familienministerkonferenz [JFMK] JAmt 2011, 323; *Justin* JAmt 2011, 305, 306 f., *Schindler*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 9; *Veit*, Stellungnahme der Kinderrechtekommission zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 9, beide zu finden unter www.bundestag.de ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen).

Die vormundschaftlichen Aufgaben und die gleichzeitige Beratung/Fallbearbeitung in der Beistandschaft sowie die Aufgabe der Beurkundung geraten in der Praxis in Konflikt: In der Beratung/Beistandschaft ist eine zügige Fallbearbeitung erforderlich und

wird von den betreuenden Elternteilen, meist Müttern, auch eingefordert. Kinder/Jugendliche fordern Aktivitäten des Vormunds/der Pflegerin idR nicht offensiv ein. Daher sind die die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkräfte gehalten, den Kontakt zu den ihnen anvertrauten Kindern/Jugendlichen aktiv zu gestalten und sich von sich aus darum zu bemühen, Vertrauen zu erwerben und Lebenssituation, Bedarf und Wünsche der Kinder/Jugendlichen kennenzulernen.

Vor diesem Hintergrund ist in der Praxis bereits ein Trend dazu zu verzeichnen, die Fachkräfte des Jugendamts, die Vormundschaften/Pflegschaften führen, von weiteren Aufgaben freizustellen. Diese Entwicklung kann aus fachlich-organisatorischer Sicht nur unterstützt werden.

Trennung von Arbeitszeiten bei Mischarbeitsplätzen

Soweit Mischarbeitsplätze aus organisatorischen Gründen dennoch beibehalten werden, erscheint es nicht ausreichend, Fallzahlen für Vormundschaften/Beistandschaften/Beratungen und Beurkundungen vorzugeben. Darüber hinaus ist angezeigt, die Arbeitszeit, die für vormundschaftliche Aufgaben zur Verfügung stehen muss, festzulegen. So wird es nicht den einzelnen Fachkräften überlassen, zwischen den Beistandschaften und Vormundschaften zu „jonglieren“.

Fallzahlbemessung bei Mischarbeitsplätzen

Für die verbleibende Zeit neben der für die vormundschaftlichen Tätigkeiten vorgesehenen Arbeitszeit stellt sich bei Mischarbeitsplätzen dennoch die Frage nach einer Bemessung der Fallzahlen auch für Beistandschaften, Beratungen nach §§ 18, 52a SGB VIII und Beurkundungen. Aktuelle Empfehlungen, die sich auf empirische Untersuchungen stützen können und die Weiterentwicklung des Aufgabengebiets in den letzten Jahren berücksichtigen (vgl. DIJuF eV [Hrsg], Qualitätskriterien, Ziele und Kennzahlen in der Beratung/Unterstützung/Beistandschaft, 2009, zu finden unter www.dijuf.de ▶ Publikationen ▶ Bücher/Broschüren) liegen nicht vor. Anhaltspunkte finden sich in der Kommunalen Orientierungshilfe für Baden Württemberg, deren Ergebnisse auf eine empirische Untersuchung aus den Jahren 1999 bis 2003 zurückgehen (Landeswohlfahrtsverband Baden ua, Kommunale Orientierungshilfe zur Personalbedarfsbemessung des Arbeitsbereiches Beistandschaften/Amtsvormundschaften in Baden-Württemberg, 2004). Hier werden folgende Fallzahlen pro Vollzeitstelle genannt:

- 4.375 Beratungsfälle pro Jahr und Vollzeitkraft;
- 230-270 Beistandschaften pro Vollzeitkraft;
- 2.188 Beurkundungen pro Jahr und Vollzeitkraft.

Vormundschaften/Pflegschaften außerhalb des Jugendamts

Die gesetzliche Fallzahlbegrenzung führt in den Jugendämtern zu einer Belebung der Diskussion darüber, ob überhaupt und ggf welche, wie viele und durch welche Personen/Institutionen Vormundschaften/Pflegschaften außerhalb des Jugendamts geführt

werden sollten und könnten. In der Praxis stellt sich dabei meist die Frage, ob überhaupt geeignete ehrenamtliche Einzelvormünder, Berufsvormünder oder Vormundschaftsvereine vorhanden sind, die eine Alternative zur Bestellung des Jugendamts darstellen könnten.

Bei der Diskussion dieser Fragen im Jugendamt ist zunächst zu überlegen, in welchen Konstellationen eine Vormundschaft/Pflegschaft aus fachlicher Perspektive – etwa wegen der Gefahr von Interessenkonflikten – **nicht** durch das Jugendamt geführt werden sollte. Im Rahmen der Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren ist ggf dann fachlich zu begründen, warum nicht das Jugendamt, sondern eine andere Person/Institution das Amt führen und daher bestellt werden sollte.

Das Jugendamt kann seine Bestellung allerdings nur dann mit Erfolg abwenden bzw seine Entlassung bewirken, wenn es darlegen kann, dass eine geeignete Einzelperson vorhanden ist (vgl §§ 1887, 1889 Abs. 2 BGB). Um konkrete, andere Personen/Institutionen vorschlagen zu können (§ 53 Abs.1 SGB VIII), ist ein Jugendamt aufgerufen zu prüfen, wie es selbst oder über Vormundschaftsvereine (ehrenamtliche) Einzelvormünder gewinnen, beraten und unterstützen kann und/oder ob es den Aus- bzw Aufbau von Vormundschaftsvereinen fördert (vgl dazu ausf. DIJuF-Rechtsgutachten 13.09. 2011, zur Veröffentlichung in JAmt 2011, H. 10 vorgesehen). Beim Vorschlag eines Vereins ist zu prüfen, ob der Verein die Voraussetzungen für eine Bestellung durch das Familiengericht erfüllt, insbesondere, ob ihm eine Erlaubnis durch das jeweilige Landesjugendamt erteilt wurde.

Ob und in welchem Umfang sich auf diese Weise zugleich Fallzahlen und Kosten verringern lassen, hängt von den Gegebenheiten vor Ort ab. Allerdings besitzt nach der Entscheidung des BGH vom 25.05.2011 (XII ZB 625/10) ein zum Vormund oder Pfleger bestellter Verein keinen Vergütungsanspruch gegenüber der Landesjustizkasse.

2.3. Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Übertragung der Vormundschaft/Pflegschaft auf eine Fachkraft im Jugendamt

Der § 55 SGB Abs. 2 S. 2 VIII nF schreibt die **Anhörung des Kindes/Jugendlichen** vor Übertragung der Vormundschaft/Pflegschaft auf eine Fachkraft des Jugendamts **verbindlich** vor, insoweit das nach Alter und Entwicklungsstand des Kindes möglich ist. Die Anhörung dient der Beteiligung des Kindes/Jugendlichen, wenn möglich verbunden mit dem Ziel der Übertragung der Amtsvormundschaft/-pflegschaft an eine für dieses bestimmte Kind möglichst geeignete Person. Eine Verteilung der Vormundschaft/Pflegschaft nach Buchstaben oder Regionalprinzip verträgt sich mit diesen Zielen nicht.

In der Gesetzesbegründung wird verdeutlicht, dass die Anhörung auch erfolgen soll, „wenn die Auswahlmöglichkeiten hinsichtlich der personellen Ressourcen im Jugendamt begrenzt oder nicht vorhanden sind“, um die Stellung des Kindes/Jugendlichen „als Subjekt des Verfahrens zu verdeutlichen“ (BT-Drucks. 17/3617, 8). Das Gesetz ermöglicht es, eine „ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung [...]“

unverzüglich nachzuholen“ (§ 55 Abs. 3 S. 3 SGB VIII nF). Dies sollte der Ausnahmefall bleiben, wenn im Einzelfall tatsächlich zB keine Möglichkeit besteht, das Kind/den Jugendlichen rechtzeitig zu kontaktieren.

In der Praxis stößt die Neuregelung des § 55 Abs. 2 S. 2 SGB VIII auf eine gewisse Skepsis. Zum einen sind praktikable Wege einer Anhörung zur Auswahl der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkraft nicht erprobt. Zum anderen trifft die Neuregelung auf Befürchtungen, wie sie üblicherweise entstehen, wenn ein Auswahlverfahren oder eine personbezogene Bewertung eingeführt wird. Überspitzt ließe sich die Skepsis einzelner Fachkräfte in folgende Fragen übersetzen: Darf das Kind seine/n Vormund/Pflegerin nach Sympathie auswählen, nachdem sich die infrage kommenden Personen zB hinter einer Einwegscheibe zeigen müssen? Und wenn eine Auswahl durch das Kind nicht möglich ist, ist die Anhörung dann nicht eine Farce?

Die Bedenken betreffen sowohl das vermeintlich bessere oder schlechtere Abschneiden der eigenen Person/der Kolleg/inn/en bei den Kindern/Jugendlichen als auch die Frage der Steuerung, wenn es um die Verteilung der Kinder/Jugendlichen auf die Fachkräfte geht.

Zur Durchführung von Anhörungen

Bei näherer Betrachtung lassen sich diese Fragen jedoch beantworten und die Neuregelung erscheint als sinnvolles Instrument zur Begründung einer persönlich geführten Vormundschaft von Beginn an. In einer Anhörung kann dem Kind/Jugendlichen erstmalig die Funktion und Aufgaben seines neuen Vormunds/seiner Pflegerin verdeutlicht werden. Gleichzeitig kann die jeweilige Person oder können die infrage kommenden Personen vorgestellt werden.

Es erscheint dabei sicherlich nicht sinnvoll, dem Kind/Jugendlichen eine möglichst große Auswahl von Personen zu präsentieren. Vielmehr bietet es sich an, eine oder wenige Personen vorzustellen und das Kind/den Jugendlichen daraufhin zu befragen, was ihm/ihr wichtig erscheint: Ist es zB wichtig, ob ein Mann oder eine Frau die Vormundschaft/Pflegschaft führt? Was erwartet das Kind/der Jugendliche von seinem Vormund/seiner Pflegerin? Gibt es besondere Problemlagen oder Interessen, Wünsche, an denen eine Person vielleicht besser anknüpfen kann als eine andere (bspw sportliche Aktivitäten wie Fußball) oder auf die sich die entsprechende Fachkraft einstellen kann usw?

Es stellt sich die Frage, auf welche Weise eine Anhörung durchgeführt werden könnte. Aus der Praxis ist bspw schon vorgeschlagen worden, kurze, jeweils altersgerechte Personenbeschreibungen (mit Bild) der Vormünder/Pfleger/innen zu entwickeln (ein Muster-Vorschlag eines Jugendamts kann auf Nachfrage bei Dr. Nadja Wrede beim DIJuF bezogen werden, wrede@dijuf.de). Anhand dieser Portraits kann das Kind/der Jugendliche sich von seinem zukünftigen Vormund/seiner Pflegerin ein erstes Bild machen.

In Fällen, in denen das möglich ist, bietet sich an, dass die Anhörung von einer Person im Jugendamt durchgeführt wird, die das Kind/den Jugendlichen schon kennt. Für andere Fälle wird die Praxis Lösungen entwickeln müssen.

Anhörung in Fällen von Vereins- und ehrenamtlichen Vormundschaften

Vereine, die Vormundschaften führen, sind von der Vorschrift des § 55 Abs. 2 S. 1 SGB VIII zur Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Auswahl der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Person nicht erfasst. Es bietet sich jedoch an, dass Vereine sich an der Regelung orientieren, insofern nicht von Seiten des Gerichts eine bestimmte Person als Vereinsvormund bestellt worden ist. Auch im Hinblick auf ehrenamtliche Vormundschaften erscheint eine Einbeziehung des Kindes/Jugendlichen vor der Bestellung sinnvoll.

2.4. Kontaktgestaltung zwischen Vormund und Mündel: Ziele, Anwendungsbereich, Kriterien

Die Vorschrift des § 1793 Abs. 1a BGB nF, die idR einen monatlichen Kontakt des Vormunds zum Mündel in dessen üblicher Umgebung vorsieht, hat während des Gesetzgebungsverfahrens Kritik auf sich gezogen und sorgt in der Praxis für Unruhe. Von Expert/inn/en und Praktiker/inne/n wird darauf hingewiesen, dass die konsequente Einhaltung dieser Regelvorgabe bei 50 Mündeln pro Vollzeitkraft unrealistisch ist (*Beinkinstadt*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 2 f; *Mix*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 2, beide zu finden unter www.bundestag.de ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen; *Justin JAmt* 2011, 305; *Hoffmann FamRZ* 2011, 249,250 f; *Katzenstein JAmt* 2010, 414, 415 f; *Sünderhauf JAmt* 2011, 293). Es wären jährlich 600, täglich zwei bis drei Kontakte zu Kindern/Jugendlichen erforderlich. Das regelmäßige „Durchhalten“ einer solchen Kontaktpflicht würde zu einem „Abarbeiten“ der Kontakte und damit zu „Alibi-Besuchen“ (vgl. BT-Drucks. 537/10, 5) führen.

Aus der Praxis wird deshalb danach gefragt, auf welche Formen von Ergänzungspflegschaften die Kontaktpflichten anwendbar sind und welche Kriterien für die Häufigkeit und Gestaltung von Kontakten zwischen Vormund und Kind/Jugendlichem in Einzelfällen genannt werden können.

Anwendbarkeit der Kontaktpflichten auf Ergänzungspflegschaften

In der Gesetzesbegründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Neuregelungen zur Vormundschaft über die Generalverweisung des § 1915 BGB auch für den Fall der Ergänzungspflegschaft gelten (BT-Drucks. 17/3617, 6). Mit Recht wird jedoch danach gefragt, ob sich das Erfordernis der persönlichen Förderung der Erziehung (§ 1800 S. 2 BGB nF) und die damit verbundenen Anforderungen an den persönlichen Kontakt nach § 1793 Abs. 1a BGB auf **alle** Formen von Pflegschaften beziehen – unabhängig von ihrem Anlass und Kontext. Denn eine sinnvolle Übertragbarkeit der Vor-

schriften der §§ 1793 und 1800 BGB zur persönlichen Förderung und zum Kontakt zwischen Vormund und Kind/Jugendlichem auf Ergänzungspflegschaften ist nicht immer in vollem Umfang gegeben. Das gilt bspw bei einer im Kontext eines familiengerichtlichen Verfahrens eingerichteten Pflegschaft in einem Vaterschaftsanfechtungsverfahren wegen Interessenkollision zwischen Eltern und Kind. Spielraum für eine sinnvolle Auslegung der Vorschriften in Bezug auf Ergänzungspflegschaften gewährt insofern § 1915 Abs 1 S. 1 BGB, der vorgibt, dass die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften „**entsprechende** Anwendung“ auf Pflegschaften finden (Meysen, in: Coester-Waltjen ua, Neue Perspektiven im Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht, 2010, 65). Die Vorschriften zur Vormundschaft müssen entsprechend und ihrem Sinn nach auf Ergänzungspflegschaften und ihre jeweiligen Wirkungskreise bezogen werden.

Es kann zwischen folgenden Fallgruppen von Pflegschaften unterschieden werden:

- Ergänzungspflegschaften nach Entzug von Teilen der elterlichen Sorge (§ 1666 BGB), bei denen **bestimmte Wirkungskreise der elterlichen Sorge auf eine/n Pfleger/in übertragen werden**. Diese Pflegschaften, bei denen typischerweise vor allem das Aufenthaltsbestimmungsrecht, das Recht zur Beantragung erzieherischer Hilfen und häufig auch weitere Aufgaben auf eine/n Pfleger/in übertragen werden, betreffen idR zentrale Aufgaben im Bereich der Personensorge und entsprechen bestellten Vormundschaften. Die Neuregelungen der §§ 1793 und 1800 BGB nF finden hier im vollem Umfang sinnvolle Anwendung.
- Pflegschaften, die **vor dem Hintergrund eines Klärungsbedürfnisses für einen absehbar begrenzten Zeitraum** bestellt werden, etwa wenn ein/e Pfleger/in mit dem Wirkungskreis Entbindung der Schweigepflicht gegenüber einem Kinderarzt bestellt wird (§ 1796 BGB iVm § 1909).
In diesen Fällen erscheint eine Übertragung des Gebots der Förderung der Erziehung (§ 1800 BGB) jedenfalls nicht anwendbar. Kontakte zum Kind dürften idR erforderlich und der notwendige Umfang im Einzelfall zu prüfen sein. Die Anforderung regelhaft monatlicher Kontakte passt nicht zur konkreten Aufgabe und ist daher nicht entsprechend anzuwenden.
- Ergänzungspflegschaften, die **wegen Interessenkollisionen zwischen Eltern und Kind** eingerichtet werden, bspw
 - im Kontext von Vaterschaftsanfechtungs-, Abstammungsklarungsverfahren nach § 1598a BGB, Verfahren in Bezug auf die Ausschlagung von Erbschaften oder anderen familiengerichtlichen Verfahren;
 - im Kontext von Strafverfahren für die Vertretung bei der Wahrnehmung des Zeugnisverweigerungsrechts bei Strafverfahren gegen sorgeberechtigte Eltern (§ 52 Abs. 2 S. 2 StPO iVm § 1909 Abs. 1 S. 1 BGB);

- bei sogenannten „In-sich-Geschäften“ (§ 181 iVm § 1795 Abs. 2 BGB), bei denen der ansonsten vertretungsberechtigte Elternteil sozusagen „auf beiden Seiten“ stünde.

Bei allen Formen von Pflegschaften im Kontext von Interessenkollisionen erscheint eine Anwendung des Gebots der Förderung der Erziehung nach § 1800 BGB nF ebenso wenig sinnvoll wie ein monatliches Kontaktgebot. Im Kontext von Verfahren zur Vaterschaftsanfechtung oder -klärung ebenso wie im Kontext von Strafverfahren wird die Prüfung des erforderlichen Umfangs von Kontakten zwischen Ergänzungspfleger/in und Kind/Jugendlichem regelmäßig geboten sein. Im Kontext von Verfahren, die etwa die Ausschlagung einer Erbschaft betreffen oder bei „In-sich-Geschäften“ wird hingegen idR eine Prüfung der Interessen des Kindes anhand der Akten ausreichend sein.

Schon die Anwendbarkeit der Vorschrift des § 1793 Abs. 1a BGB ist also zwar bei vielen, aber nicht allen Ergänzungspflegschaften gegeben.

Die Frage der Kontaktgestaltung und Häufigkeit bei verschiedenen Vormundschaften/Pflegschaften wird im Folgenden behandelt. Den Ausgangspunkt dabei bildet die Frage nach Sinn und Ziel der persönlichen Kontakte.

Sinn und Ziele persönlicher Kontakte

Der persönliche Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem ist nicht Selbstzweck, sondern dient der Wahrnehmung der elterlichen Sorge (vgl. BT-Drucks 17/3617, 8). Der Kontakt zum Kind/Jugendlichen bildet für Vormünder und Pfleger/innen die Grundlage dafür, „Wohl und Willen des Minderjährigen zu beachten“ und dessen Pflege und Erziehung entsprechend zu fördern und zu gewährleisten (Arbeitsgruppe familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, Abschlussbericht, Anlage 5, 2, zu finden unter <http://www.jugendhilfeportal.de> ▶ db2 ▶ materialien).

Wenn Vormünder/Pfleger/innen regelmäßig Kontakt halten, geht es wesentlich darum, zu ermöglichen, dass **das Kind/der Jugendliche sich beteiligt und seine Lebenssituation aktiv mit gestaltet**. Das leitet sich für die Vormundschaft auch aus § 1793 Abs. 1 S. 2 iVm § 1626 Abs. 2 BGB ab: „Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern [hier also entsprechend Vormund/Pflegerin, Anm. d. Verf.] die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an“ (§ 1626 Abs. 2 BGB). Mit dieser Vorschrift korrespondiert auch das in § 1 SGB VIII vorgegebene Ziel, Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen.

Einbeziehung und Beteiligung des Kindes/Jugendlichen setzen voraus, dass der Vormund/die Pflegerin Interesse an den Sichtweisen, Bedürfnissen und Nöten des Kindes/Jugendlichen zeigt und sich darum bemüht, ein Vertrauensverhältnis entstehen zu

lassen. Ein gewachsenes Vertrauensverhältnis ermöglicht Kindern und Jugendlichen, sich auch mit Sorgen und Belastungen an den Vormund/die Pflegerin zu wenden. Es ermöglicht aber auch dem Vormund/der Pflegerin, sich mit Wünschen und Kritik des Kindes/Jugendlichen auseinanderzusetzen und ggf eigene, anders gelagerte Sichtweisen bzw Entscheidungen zu vermitteln.

Die Vorschrift des § 1793 Abs. 1a BGB nF, die persönlichen und regelmäßigen Kontakt zwischen Vormünder/Pfleger/inne/n und Kindern/Jugendlichen vorsieht, ist diesen Zielen verpflichtet.

Kontakte nach den „Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt“

Zu § 1793 Abs. 1a BGB nF erläutert der Gesetzgeber in der Begründung: „Umfang und Häufigkeit des Kontakts richten sich **nach den Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt**. Im Regelfall hält der Gesetzgeber einen persönlichen Kontakt einmal im Monat für erforderlich; im Einzelfall kann es notwendig sein, den Mündel auch häufiger zu treffen. Wenn nach den besonderen Umständen des Einzelfalls ein weniger häufiger Kontakt angezeigt sein sollte, kann der Vormund/die Pflegerin den Mündel – in dem erforderlichen Umfang – auch seltener treffen“ (BT-Drucks. 17/3617, 7).

In dieser Begründung wird deutlich, dass die Beurteilung des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt ausschlaggebend für die Kontaktdichte und -gestaltung zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem zu sein hat. Je nachdem, was die Situation des Kindes/Jugendlichen erfordert, kommen häufigere oder seltenere als monatliche Kontakte in Betracht. Der Vormund/die Pfleger/in ist jedoch gehalten, „sich in regelmäßigen Abständen ein genaues Bild von den persönlichen Lebensumständen des Mündels [zu] verschaffen“ (BT-Drucks. aaO). Regelmäßige Kontakte, nicht etwa nur in Krisensituationen, sind schon deswegen nötig, weil sie eine Grundlage für die Beurteilung bieten, ob die bisherige Kontaktdichte angemessen ist oder die Kontakte in der Zukunft häufiger oder seltener stattfinden sollten. In Anbetracht der Intention des Gesetzgebers, dass eine persönliche Beziehung zum Kind/Jugendlichen die Grundlage für die Vormundschaft/Pflegschaft bilden soll, erscheint es jedenfalls nicht angemessen, weniger als drei bis vier jährliche Kontakte zum Kind/Jugendlichen zu suchen.

Kriterienkatalog für die Beurteilung der Kontaktgestaltung und -häufigkeit im Einzelfall

Seltenere als monatliche Kontakte sind ausweislich der Gesetzesbegründung „beispielsweise“ geboten, „wenn der Mündel in stabilen Verhältnissen lebt und nach seinem Alter und seiner Persönlichkeitsstruktur in der Lage ist, auf eventuelle Missstände oder Anliegen in geeigneter Weise selbst hinzuweisen“. Kontakte in der gewöhnlichen Umgebung des Kindes/Jugendlichen könnten „kontraproduktiv sein, wenn der Mündel in Anwesenheit der unmittelbaren Pflegepersonen nicht frei reden kann oder will“. „Treffen [...] im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten außerhalb der Wohnung des Mündels können ein Vertrauensverhältnis entstehen lassen oder vertiefen“ (BT-Drucks. aaO).

Abweichungen von der Vorgabe monatlicher Kontakte in der üblichen Umgebung sind danach zulässig und werden häufig auch geboten sein. Vom monatlichen Rhythmus in der üblichen Umgebung des Kindes/Jugendlichen abweichende Kontaktmuster hat der Vormund/die Pflegerin ausgehend vom Einzelfall zu begründen und diese Begründung auch zu dokumentieren.

Über die oben genannten Beispiele des Gesetzgebers hinaus erscheint daher angezeigt, anhand der Erfahrungen aus der Praxis einen Kriterien- bzw Fragenkatalog zu entwickeln, der den Fachkräften Orientierung dabei gibt, angemessene Einzelfallentscheidungen über die Kontaktgestaltung zu treffen (vgl DIJuF-Rechtsgutachten 13.09.2011, aaO). Ein solcher Kriterienkatalog sollte fachlich begründete Hinweise dazu geben, welche Fragen für die jeweilige Beurteilung der notwendigen Kontakte beantwortet werden sollen. Die im Folgenden aufgelisteten Punkte mögen Hinweise geben, was bei der Erarbeitung solcher Kriterienkataloge Beachtung finden sollte.

Seltenere als monatliche Kontakte sind ggf angezeigt, wenn

- sich das Kind/der Jugendliche schon seit langem an seinem Lebensort aufhält und dort gut integriert ist;
- bereits ein stabiles Vertrauensverhältnis zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem besteht und – auch angesichts von Alter und Entwicklungsstand – damit gerechnet werden kann, dass das Kind/der Jugendliche sich im Zweifelsfall auch unaufgefordert bei dem Vormund/der Pflegerin meldet;
- dafür gesorgt ist, dass der Vormund/die Pflegerin regelmäßig über die Entwicklung und verlässlich über Problemanzeigen aus dem Umfeld des Kindes/Jugendlichen informiert wird (durch Kindertagesstätte, Ärzt/inn/e/n, Pflegekinderdienst, Adoptionsvermittlungsstelle usw);
- in diesem Zusammenhang einheitlich berichtet wird, dass die Entwicklung des Kindes/Jugendlichen (relativ) stabil und positiv verläuft und es keine Anzeichen für (deutliche) Verschlechterungen oder auf einen Verlauf mit sich wiederholenden Krisen gibt;
- der Vormund/die Pflegerin und andere fallbeteiligte Fachkräfte den Lebensort und Lebenssituation des Kindes/Jugendlichen als stabil und förderlich für seine Entwicklung einschätzen. Bei der Einschätzung ist auch darauf zu achten, ob es Anzeichen für Belastungen und Krisen gibt, die aus seiner Umgebung auf das Kind/den Jugendlichen einwirken;
- eine Adoptionsvormundschaft besteht und keine Anzeichen dafür vorliegen, dass es Gründe geben könnte, die Einwilligung zur Adoption als Vormund nicht zu erteilen.

Häufigere oder zeitnahe Kontakte sind ggf angezeigt,

- bei der Übernahme einer Vormundschaft/Pflegschaft und
- wenn es beim Wechsel von der Herkunftsfamilie zur Pflegefamilie/Einrichtung zu erheblichen Konflikten oder einem Kontaktabbruch der Eltern gekommen ist;
- wenn erhebliche Konflikte über Fragen des Umgangs mit den Eltern oder anderen Verwandten bestehen und darüber entschieden werden muss;
- wenn wichtige Entscheidungen anstehen, etwa über einen Wechsel des Aufenthaltsorts, über Ausbildungsfragen (Schule und weiterführende Ausbildung), über Hilfen und Therapien, Operationen aber auch bei Entscheidungen, die für das Kind/den Jugendlichen subjektiv große Bedeutung haben (Piercing, Verreisen mit dem Freund/der Freundin);
- bei besonderen Problemlagen des Kindes/Jugendlichen, die aus der Vergangenheit bekannt sind und erwarten lassen, dass eine engmaschige Begleitung und jeweilige Anpassung der Hilfen erforderlich sein wird;
- wenn Wechsel der Lebenssituation und Erziehungspersonen stattgefunden haben oder stattfinden, zB wenn sich die Frage stellt, ob ein Wechsel der Pflegefamilie oder des Heims infrage kommt, aber auch etwa bei Trennung/Scheidung der Pflegeeltern;
- wenn es Problemanzeigen seitens der Erziehungspersonen, aus dem Umfeld des Kindes/Jugendlichen oder durch das Kind/den Jugendlichen selbst gibt, die auf (sich wiederholende) Krisen oder einen deutlich negativen Verlauf hindeuten. Der persönliche Kontakt zum Kind erübrigt sich in solchen Fällen nicht durch möglicherweise plausibel erscheinende Begründungen beteiligter Erwachsener;
- in der Ausnahmesituation, in der ein Kind/Jugendlicher unter Vormundschaft/Pflegschaft in seiner/ihrer Herkunftsfamilie lebt.

Die Prüfung solcher Kriterien bei der Beurteilung der erforderlichen Kontaktgestaltung kann den Vormündern/Pfleger/innen/n in einem Jugendamt im Sinne einheitlicher Qualitätsstandards vorgegeben werden, nicht aber die Wertung und Inhalte der Entscheidung (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 27.07.2011, zur Veröffentlichung in JAmt 2011, H. 10 vorgesehen). Die individuelle Entscheidungsbefugnis der Fachkraft entspricht ihrer individuellen Verantwortung für das Wohl des ihr anvertrauten Kindes/Jugendlichen (vgl. ausf. Hoffmann ZKJ 2007, 389). Insoweit ist auch bspw. eine Dienstanweisung, die nach bestimmten Kriterien, etwa nach dem Alter, schematisch eine bestimmte Häufigkeit des Kontakts vorschreibt, rechtlich nicht zulässig (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 15.06.2011, zur Veröffentlichung in JAmt 2011, H. 10 vorgesehen).

Kontaktgestaltung und alternative Wege zum Besuchskontakt (Telefon, Skype, Facebook, E-Mail, Briefkontakt)

Ob die Kontakte in der üblichen Umgebung stattfinden sollten, das Kind/der Jugendliche ggf dort abgeholt oder wieder dorthin gebracht werden sollte und wie Besuche zu gestalten sind, sind weitere Themen, für die anhand praktischer Erfahrungen und fachlicher Kriterien Orientierungen zu erarbeiten sind. Bei der Frage nach der Gestaltung der Kontakte sollte auf jeden Fall das Kind/der Jugendliche beteiligt werden, sowie im erforderlichen Umfang auch die Erziehungspersonen. Selbstverständlich werden auch das Alter des Kindes, die Integration in seine Umgebung, die Frage, ob es sich um einen Erstkontakt oder eine lange bestehende Vormundschaft/Pflegschaft handelt und weitere Gesichtspunkte die Gestaltung der Kontakte bedingen.

Häufig bieten sich ergänzend zu Besuchskontakten, die seltener als monatlich stattfinden, **alternative Kontaktwege** an, etwa über E-Mail, Skype, Facebook oder Telefon. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn das Kind/der Jugendliche diese im Alltag auch sonst zur Kommunikation nutzt und freien und ungehinderten Zugang dazu hat. Für den einen oder anderen Vormund/Pfleger/in wird es uU eine Herausforderung darstellen, sich auf einen Kontakt bspw über Skype oder Facebook einzulassen. Die Bereitschaft dazu kann jedoch lohnenswert sein. Auch ein Brief, obwohl heute nicht mehr übliches Kommunikationsmittel unter Jugendlichen, könnte im Einzelfall geeignet sein, um bspw eine wichtige Entscheidung vorzubereiten. Entscheidend wird sein, dass der jeweilig gewählte Kontaktweg den Themen, Anliegen bzw Entscheidungen, die anstehen, angemessen ist.

Zeitbedarf und Zeitplanung für Kontakte

Zu beachten ist hinsichtlich des Zeitbedarfs für Kontakte selbstverständlich, dass die Besuche teilweise erhebliche Fahrtzeiten erfordern und in der Terminierung auch von Kindergarten-, Schul-, Ausbildungszeiten und ggf auch Berufstätigkeit der Pflegeeltern abhängig sind.

Die Kontakte zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind müssen idR vorbereitet werden. Besonders am Beginn einer Vormundschaft/Pflegschaft ist ein sorgfältiges Aktenstudium erforderlich, um die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung auch vor dem Hintergrund von Informationen aus der Vorgeschichte beurteilen zu können. Gespräche mit den Personen aus dem Umfeld des Kindes/Jugendlichen sind erforderlich, schon um sicher zu stellen, dass der Vormund/die Pflegerin über die Entwicklung und auftretende Schwierigkeiten informiert wird – ganz besonders bei kleinen Kindern und in den Fällen, in denen Kinder/Jugendliche ausnahmsweise (auch im Zusammenhang mit Rückführungen) in ihrer Herkunftsfamilie leben.

Ebenso ist eine Nachbereitung der Kontakte erforderlich. In manchen Fällen wird die Dokumentation ausreichen, in anderen Fällen werden die Kontakte in Aktivitäten der Vormünder/Pfleger/innen zur Förderung der Pflege und Erziehung münden, zB indem

eine Vereinsmitgliedschaft angeregt, eine Diagnosestellung oder Therapie initiiert oder etwa eine Hilfe zur Erziehung beantragt wird.

2.5. Kooperation mit dem Familiengericht: Gestaltung Aufsicht, Aufsichtsmaßnahmen

Im Rahmen der in § 1837 BGB bereits bisher verankerten Aufsichtspflicht über „die gesamte Tätigkeit des Vormunds“ hat das Familiengericht ab dem 5. Juli 2012 (vgl. 2.1, 4f) „insbesondere die Einhaltung der erforderlichen persönlichen Kontakte [...] zu dem Mündel zu beaufsichtigen“ (§ 1837 Abs. 2 S. 2 BGB nF).

Damit die Rechtspfleger/innen die Erforderlichkeit von Kontakten im Einzelfall überhaupt beurteilen und insoweit beaufsichtigen können, bedarf es einerseits der Begründung im jeweiligen Einzelfall, die im Bericht an das Familiengericht zukünftig enthalten sein muss (§ 1840 Abs. 1 S. 2 BGB). Andererseits erscheint notwendig, dass die Rechtspfleger/innen auch über die im Jugendamt erarbeiteten fachlichen Kriterien für die Kontaktgestaltung im Bilde sind. Um eine sinnvolle Arbeitsbeziehung im Hinblick auf die persönlich geführte Vormundschaft zu etablieren, empfiehlt sich daher ein **fachlicher Austausch zwischen Familiengericht und Vormundschaft/Pflegschaft** im Jugendamt.

Famliengerichtliche Aufsicht und selbstständige Amtsführung des Vormunds/der Pflegerin

Der Vormund/die Pflegerin führt das Amt – wie sorgeberechtigte Eltern – grundsätzlich selbstständig. Das Jugendamt, ein Verein, aber auch ehrenamtliche Vormünder/Pflegerinnen unterliegen daher zunächst keinen Weisungen des Familiengerichts. Es ist insbesondere nicht zulässig, bereits die Bestellung eines Vormunds/einer Pflegerin mit Auflagen bzw. Weisungen im Hinblick auf die spätere Amtsführung zu verbinden (*Diederichsen*, in: Palandt, BGB, 70. Aufl. 2011, vor § 1793 Rn 1) – bspw. mit künftigen Geboten etwa zu einem wöchentlichen Kontakt während des ersten halben Jahres. Präventive Aufsichtsmaßnahmen sind allenfalls denkbar, wenn die auf Tatsachen begründete Besorgnis besteht, der Vormund/die Pflegerin werde pflichtwidrig handeln (OLG Karlsruhe FamRZ 2006, 507).

Die familiengerichtliche Aufsicht über die Kontaktgestaltung nach § 1837 Abs. 2 S. 2 BGB richtet sich darauf einzuschreiten, wenn Vormund/Pflegerin sich pflichtwidrig verhalten. Das kann der Fall sein, wenn der Vormund/die Pflegerin gegen die gesetzliche Vorgabe zum persönlichen Kontakt nach § 1793 Abs. 1a BGB verstößt bzw., besser ausgedrückt, der Verpflichtung zur gewissenhaften Prüfung der erforderlichen Häufigkeit der Kontakte im Interesse des Kindes/Jugendlichen nicht nachkommt. Ein objektiv pflichtwidriges Verhalten ist hinreichend, Verschulden oder die Gefährdung des Kindeswohls sind keine Voraussetzungen.

Bei der Beurteilung, ob die Kontaktgestaltung durch den Vormund/die Pflegerin pflichtwidrig ist, ist der Grundsatz der selbstständigen Führung der Vormund-/Pflegschaft zu beachten. Das Gericht kann seine Meinung wie in anderen Zweckmäßigkeitsfragen nicht anstelle der des Vormunds/Pflegerin setzen (OLG München FamRZ 2009, 2119) und besitzt Ermessen allein hinsichtlich der Auswahl der Aufsichtsmaßnahme(n) (Wagenitz, in: MünchKommBGB, 5. Aufl. 2008, § 1837 Rn 17, 19). Generell sind Eingriffe in die Amtsführung auf das für das Wohl des Kindes/Jugendlichen Notwendige zu beschränken und daher nur statthaft, wenn wichtigen persönlichen (oder wirtschaftlichen) Interessen des Kindes/Jugendlichen erhebliche Nachteile drohen.

Aufsichtsmaßnahmen des Familiengerichts

Bei einer Amtsvormund-/pflegschaft bzw. Vereinsvormund-/pflegschaft besteht die **Aufsicht des Familiengerichts ausschließlich gegenüber dem Jugendamt oder dem Verein** und nicht gegenüber der Fachkraft, die das Amt wahrnimmt. Dem Jugendamt bzw. dem Verein wird das Verhalten der Fachkraft zugerechnet. Dementsprechend hat das Jugendamt/der Verein bei Aufsichtsmaßnahmen des Familiengerichts insoweit ein Weisungsrecht gegenüber der Fachkraft (insgesamt zu Aufsicht und Weisungsbefugnissen Kunkel, in: Oberloskamp, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 3. Aufl. 2010, § 15 Rn 69 ff).

Handelt ein Vormund/eine Pflegerin pflichtwidrig, indem er/sie bspw. die Kontaktpflichten vernachlässigt und setzt er/sie dies Verhalten auch nach Belehrung durch das Familiengericht fort, hat das Familiengericht mit geeigneten **Ge- und Verboten** einzuschreiten (§ 1837 Abs. 2 BGB).

Das Familiengericht kann einen Einzelvormund nach § 1837 Abs. 3 S. 1 BGB zur Befolgung seiner Anordnungen durch **Festsetzung von Zwangsgeld** anhalten. Gegen einen Verein oder das Jugendamt kann jedoch auch künftig **kein** Zwangsgeld festgesetzt werden (§ 1837 Abs. 3 S. 2 BGB). In der Gesetzesbegründung wird erläutert, dass die Festsetzung eines Zwangsgelds gegen eine staatliche Stelle nicht angezeigt sei. Ebenso wenig sinnvoll sei eine Zwangsgeldfestsetzung gegen den einzelnen Amtsvormund, da dieser häufig Probleme in seiner Anstellungskörperschaft nicht selbstständig abstellen könne (BT-Drucks. 17/367, 8).

Das Gericht habe aber die Möglichkeit, zur Durchsetzung von Ge- und Verboten **Gegenvorstellungen und Dienstaufsichtsbeschwerden** bei der das Jugendamt tragenden Gebietskörperschaft zu erheben oder auf die Schadensersatzpflicht gemäß § 1833 BGB hinzuweisen (BT-Drucks. aaO).

Bei wiederholten oder besonders offensichtlichen Verstößen kann das Familiengericht den Vormund/die Pflegerin außerdem unabhängig von einem Verschulden aus wichtigem Grund oder wegen Zweifeln an seiner Geeignetheit entlassen (§ 1886 BGB). Gegenüber einem Jugendamt oder Verein sind Ge- und Verbote letztlich nur durch eine **Entlassung** durchsetzbar.

Dabei ist zu beachten, dass die Entlassung des Jugendamts oder Vereins nicht nur und nicht *va* wegen Pflichtwidrigkeiten des Vormunds/der Pflegerin infrage kommt. Vielmehr ist das Jugendamt/der Verein generell dann zu entlassen, wenn „dies dem Wohl des Mündels dient und eine andere als Vormund/Pflegerin geeignete Person vorhanden ist“ (§ 1887 Abs. 1 BGB). Die Vorschrift zielt eben auch auf den Fall ab, dass die Entlassung und Bestellung eines Einzelvormunds/ einer -pflegerin möglich ist und insgesamt dem Wohl des Mündels/Pfleglings dient (LG Heilbronn FamRZ 2004, 134). Eine Pflichtwidrigkeit ist also keine notwendige Voraussetzung für die Entlassung.

Aufsichtsmaßnahmen und Zwangsgeldfestsetzung fallen in die Zuständigkeit des/der Rechtspflegers/-in, wenn die Maßnahme, die befolgt werden soll, zu seinen Zuständigkeiten gehört, sonst in die des Richters/der Richterin (Wagenitz § 1837 Rn 28). Das Familiengericht wird von Amts wegen tätig; in der Praxis beruht sein Handeln häufig auf Anregung Dritter. Gegen Aufsichtsmaßnahmen ist eine Beschwerde durch den Vormund/die Pflegerin zulässig (§ 59 Abs. 1 FamFG).

Berichtspflichten des Vormunds/der Pflegerin an das Familiengericht

Um dem Familiengericht eine Aufsicht zu ermöglichen, hat ein Vormund/eine Pflegerin dem Familiengericht bereits nach derzeitiger Rechtslage einmal im Jahr nach – und auf Verlangen nach § 1839 BGB jederzeit – über die **Führung der Vormund-/Pflegschaft** und über die persönlichen Verhältnisse des Mündels/Pfleglings **Auskunft** zu erteilen. Die mit Bericht und Rechnungslegung verbundene Datenübermittlung durch den Vormund/die Pflegerin ist iSd § 68 Abs. 1 SGB VIII erforderlich und somit rechtmäßig.

§ 1840 Abs. 1 BGB nF normiert nun darüber hinaus ausdrücklich, dass der Bericht Angaben zu den persönlichen Kontakten des Vormunds/der Pflegerin mit dem Kind/Jugendlichen zu enthalten hat. In der Gesetzesbegründung heißt es, dass „weitere Vorgaben zum Berichtsinhalt (...) nicht für erforderlich gehalten“ und ins Ermessen des aufsichtsführenden Gerichts gestellt werden.

Der Bericht an das Familiengericht soll entsprechend der Vorschrift des § 1793 Abs. 1 iVm § 1800 BGB nF eine qualifizierte Mitteilung enthalten, aus der nicht nur die Anzahl der Kontakte, sondern auch weitere Angaben hervorgehen, wie

- Zeitpunkte und Dauer der Kontakte;
- Ort bzw. Art und Weise der Kontakte (E-Mail, Telefon, Skype, direkter Kontakt);
- Begründung für die Häufigkeit der Kontakte anhand des Einzelfalls und fachlicher Kriterien (vgl 2.4, 14ff);
- Anlass bzw Ziel und ggf Ergebnis der Kontakte (zB Kennenlernen/Beziehungspflege, Vor- oder Nachbereitung einer Entscheidung oder des Hilfeplangesprächs, Antrag auf eine Hilfe zur Erziehung oder Maßnahme nach § 35a SGB VIII, Gespräch über Lösungsmöglichkeiten für eine Krise usw).

In der Praxis werden teilweise schon Formulare entwickelt, die es den Fachkräften, die die Vormundschaft/Pflegschaft führen, erleichtern sollen, diese Aspekte übersichtlich zu dokumentieren (ein Beispiel für einen Dokumentationsbogen eines Jugendamts kann bei Dr. Nadja Wrede, wrede@dijuf.de angefordert werden).

Das Entgegennehmen von Berichten und Rechnungslegungen fällt wie Aufsichtsmaßnahmen in die Zuständigkeit der Rechtspflege (§ 3 Nr 2a, § 14 RPflG). Es ist möglich, dass Aufsicht bzw Entgegennehmen von Berichten und Rechnungslegungen vor Ort allgemein oder in einem Einzelfall auch durch Richter/innen erfolgen. Derartige Verstöße gegen die funktionale Zuständigkeit sind nicht erheblich, da nach § 8 Abs. 1 RPflG die Wirksamkeit eines Geschäfts nicht davon berührt ist, wenn es der Richter/die Richterin statt des Rechtspflegers/der Rechtspflegerin wahrnimmt.

2.6. Persönlich geführte Vormundschaft, strafrechtliche Verantwortung und Haftung

Mit den nun gesetzlich explizit verankerten Kontaktpflichten des Vormunds/der Pflegerin verbinden sich in der Praxis zuweilen Befürchtungen in Bezug auf den Fall, dass ein unter Vormundschaft/Pflegschaft stehendes Kind körperlichen Schaden erleidet oder sogar zu Tode kommt. Gefragt wird danach, ob sich in einem solchen Fall der Vormund/die Pflegerin strafbar gemacht haben wird, wenn er/sie bspw seltener als monatlich Kontakt mit dem Kind/Jugendlichen hatte oder wenn etwa Anzeichen einer Misshandlung nicht entdeckt wurden.

Zunächst ist dazu festzustellen, dass Fälle, in denen unter Vormundschaft/Pflegschaft stehende Kinder sich in einer das Kindeswohl gefährdenden Situation befinden, selten sind. IdR befinden sich die Kinder entweder in einem Heim oder bei einer Pflegefamilie, **nachdem** ihr Wohl bei den Eltern gefährdet war. Nur selten gibt es die Situation, in der Eltern, denen das Sorgerecht (teilweise) entzogen wurde, ihr Kind in ihrer Obhut behalten können. Eine Gefährdung des Kindes/Jugendlichen in Heim oder Pflegefamilie kommt ebenfalls selten vor; häufiger mag es der Fall sein, dass das Kind/der Jugendliche an seinem neuen Lebensort nicht so gut aufgehoben ist, wie das zu wünschen wäre. Der Fokus der vormundschaftlichen Tätigkeiten ist insofern nicht die Abwendung einer Gefährdung, sondern die Förderung des Wohls von Kindern, die idR schon schwierige und belastende Erfahrungen hinter sich haben.

Die Gesetzesbegründung ist hier insofern verwirrend als sie schon im ersten Satz mit Ausführungen zu Kindesmisshandlung und -vernachlässigung beginnt (BT-Drucks. 17/3617, 1). Das ist darauf zurückzuführen, dass der Fall Kevin in Bremen mit der schockierenden Erkenntnis, dass hier der Vormund weit über 200 Fälle zu betreuen hatte, einen wesentlichen Anlass für diese Reform des Vormundschaftsrechts und ihren Zeitpunkt bot. Das Zentrum der Reform bildet dennoch das Ziel, dass Vormund/Pfleger/in die Pflege und Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder/Jugendlichen fördern und diese daran beteiligen.

Voraussetzungen der Strafbarkeit bei „Unterlassen“

In sehr seltenen Fällen kann es jedoch dazu kommen, dass ein Kind/Jugendlicher unter Vormundschaft/Pflegschaft zu Schaden kommt, entweder durch Andere (etwa die Erziehungspersonen) oder dadurch, dass er/sie sich selbst gefährdet hat. In einem solchen Fall kann ein Vormund/eine Pflegerin strafrechtlich nur unter besonderen Umständen belangt werden.

Den Hintergrund dafür, dass Vormünder/Pfleger/innen überhaupt strafrechtlich belangt werden könnten, bildet die so genannte **Garantenstellung**. Diese besitzt der Vormund/die Pflegerin aufgrund seines Rechts und seiner Pflicht zur elterlichen Sorge ebenso wie zur Sorge berechnigte Eltern (§ 1793 Abs. 1, §§ 1797, 1800, 1626 BGB). Dies gilt auch, wenn nicht ein Einzelvormund, also eine natürliche Person, zum Vormund/zur Pflegerin bestellt wurde, sondern das Jugendamt oder ein Verein. In diesem Fall besitzt die Garantenstellung die Fachkraft des Jugendamts, auf die die Vormundschaft nach § 55 Abs. 2 SGB VIII delegiert wurde, oder der/die Mitarbeiter/in des Vereins, welche/r mit der Führung der Vormundschaft beauftragt wurde. Denn strafrechtliche Verantwortung ist immer individuelle Verantwortung einer natürlichen Person (vgl. insgesamt Hoffmann ZKJ 2007, 389).

Die Garantenstellung des Vormunds/der Pflegerin ist mit Pflichten gegenüber dem Kind/Jugendlichen verbunden. Die Folge ist, dass eine strafrechtliche Verantwortung durch Unterlassen entstehen kann, wenn eine Verletzung von Rechtsgütern des Mündels nicht abgewendet wird (§ 13 Abs. 1 StGB). Als Verletzen einer Garantenpflicht ist nur das Unterlassen einer Handlung anzusehen, die **rechtlich geboten** und **tatsächlich möglich** gewesen wäre. Gerade gegenüber Jugendlichen können Handlungsmöglichkeiten bspw. mangels Befugnis, Zwang auf den Jugendlichen auszuüben, an Grenzen stoßen.

Das Unterlassen muss für die Tatbestandsverwirklichung zudem **ursächlich (kausal)** gewesen sein. Dies ist es, wenn beim Handeln mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Tatbestand nicht verwirklicht worden wäre – bspw. wenn ein Eingreifen gegenüber den das Kind/den Jugendlichen misshandelnden Erwachsenen tatsächlich möglich gewesen wäre. Zudem muss das Unterlassen eine **objektive Sorgfaltspflichtverletzung** darstellen: Die eingetretene Schädigung muss also objektiv voraussehbar und vermeidbar gewesen sein. Hingegen ist nicht erforderlich, dass alle Einzelheiten des Kausalgeschehens absehbar waren.

Strafrechtliche Folge für den Vormund/die Pflegerin treten also nur unter den engen Voraussetzungen ein, dass

- eine rechtlich gebotene und tatsächliche mögliche Handlung unterlassen wurde und
- das Unterlassen dieser Handlung kausal zur eingetretenen Schädigung des Kinds/Jugendlichen geführt hat, die Schädigung also mit an Sicherheit grenzen-

der Wahrscheinlichkeit nicht eingetreten wäre, wenn der Vormund/die Pflegerin die Handlung vorgenommen hätte, und

- dieser Zusammenhang zum Zeitpunkt der unterlassenen Handlung für den Vormund/die Pflegerin hätte erkennbar sein müssen.

Eine strafrechtliche Verantwortung ergibt sich demnach weder allein daraus, dass ein Kind oder ein Jugendlicher eine Schädigung erleidet, noch allein aus einem pflichtwidrigen Verhalten des Vormunds/der Pflegerin. Erforderlich ist vielmehr, dass gerade ein bestimmtes pflichtwidriges Verhalten zu einer bestimmten Schädigung geführt hat. Auch bei pflichtgemäßen Verhalten kann es zu einer Schädigung kommen, die jedoch nicht zu strafrechtlichen Konsequenzen führt.

Beispiele:

- Ein bisher im Heim gut integrierter Jugendlicher reißt überraschend aus und wird bei einem Unfall schwer verletzt. Der Vormund besuchte den Jugendlichen vorher regelmäßig dreimal im Jahr. Neben der Teilnahme an Hilfeplangesprächen sorgte er/sie dabei für Gelegenheiten für Gespräche unter vier Augen. E-Mail- und Telefonkontakt fand bei Bedarf statt, der Jugendliche hatte die Telefonnummer des Vormunds. Es ergibt sich in diesem Fall keine strafrechtliche Verantwortung des Vormunds etwa wegen Unterlassens häufigerer Kontakte, da nicht ersichtlich ist, dass häufigere Kontakte den Unfall des Jugendlichen (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) hätten verhindern können.
- Ein Kleinkind erleidet Schaden durch Übergriffe seitens der Pflegefamilie. Die Pfleger/in hatte Kind und Pflegefamilie besucht, Informationen der beteiligten Fachleute etwa des Pflegekinderdienstes eingeholt und die Akten zur Entwicklung des Kindes, Auswahl der Pflegefamilie etc. gesichtet. Aufgrund ihrer persönlichen Eindrücke und der Informationen hatte sie den Eindruck, dass das Kind in der Pflegefamilie gut aufgehoben war. Sie war zur – von ihr auch dokumentierten – Auffassung gelangt, dass drei oder vier jährliche Kontakte ausreichend sind. In einem solchen Fall kann der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkraft nicht strafrechtlich dafür zur Verantwortung gezogen werden, dass im Nachhinein ersichtlich wurde, dass das Kind hätte aus der Pflegefamilie genommen werden müssen.

Haftungsfragen

Haftungsrechtlich treten durch die Reform des Vormundschaftsrechts keine Neuerungen ein. Im Zusammenhang mit den Neuregelungen zur persönlich geführten Vormundschaft ist vor allem die Haftung gegenüber dem Mündel von Interesse. Nach § 1833 Abs. 1 S. 1 BGB ist ein Vormund/eine Pflegerin dem Mündel für den auf seiner Pflichtverletzung beruhenden Schaden verantwortlich, wenn ihn ein Verschulden trifft, er also vorsätzlich oder fahrlässig handelt. Daneben kann § 823 Abs. 1 BGB Anspruchsgrundlage eines Schadensersatzanspruchs sein, wenn bestimmte absolute Rechtsgü-

ter wie Körper, Leben, Freiheit etc eines Kindes oder Jugendlichen durch das Verhalten des Vormunds/der Pflegerin verletzt werden. Bei bloßen Vermögensschäden kommt eine deliktische Haftung nicht in Betracht.

Haftung des Jugendamts, nicht der Fachkraft

Strafrechtliche Verantwortung und zivilrechtliche Haftung sind zwei mögliche Folgen ein und derselben Pflichtverletzung. Während die strafrechtliche Verantwortung individuelle Verantwortung ist, haftet bei einer Pflichtverletzung durch die Fachkraft allein das Jugendamt – bzw der öffentliche Träger der Jugendhilfe. Dies gilt sowohl für Amtshaftungsansprüche nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG (*Sprau*, in: Palandt, BGB, § 839 Rn 124) als auch für die Haftung eines Vormunds/einer Pflegerin gegenüber einem Minderjährigen nach § 1833 BGB sowie die Haftung gegenüber Dritten für das Verletzen von Aufsichtspflichten nach § 832 BGB (*Wiesner*, in: ders., SGB VIII, 4. Aufl. 2011, § 55 Rn 40). Sofern die Fachkraft nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig handelte, kann bei ihr auch kein Regress genommen werden (Art. 34 S. 2 GG; zu Einzelheiten vgl *Hoffmann*, in: Oberloskamp aaO, § 4 Rn 26).

Wurde ein Verein zum Vormund/Pfleger/in bestellt und bedient er sich einer Fachkraft zur Führung der Vormundschaft/Pflegschaft, haftet er für ein Verschulden dieser Personen nach § 1791a Abs. 3 S. 2, § 31 BGB. Wurde hingegen unmittelbar die Fachkraft zum Vormund/zur Pflegerin bestellt, haftet diese selbst gegenüber dem Kind/Jugendlichen nach § 1833 BGB (zu Einzelheiten vgl *Hoffmann*, in: Oberloskamp aaO, § 4 Rn 26). Der Verein hat jedoch im Rahmen des Verfahrens zur Erlaubniserteilung durch das Landesjugendamt nachzuweisen, dass er für einen hinreichenden Versicherungsschutz seiner Angestellten gesorgt hat (§ 54 Abs. 2 S. 2 SGB VIII).

2.7. Qualifikation und Qualifizierung von (Amts)vormündern und -pfleger/innen

Die Regelungen im neuen Vormundschaftsrecht, die die persönlich geführte Vormundschaft/Pflegschaft betonen, führen auch zur Diskussion über die zukünftig notwendige Qualifikation und Qualifizierung der Amtsvormünder/Pfleger/innen.

In vielen Jugendämtern nahmen die Vormünder/Pfleger/innen bisher immer noch überwiegend Aufgaben der rechtlichen Vertretung wahr. Das kürzlich in Kraft getretene Gesetz rückt jedoch die Zuständigkeit des Vormunds/der Pflegerin für die Wahrnehmung der Personensorge in den Vordergrund, indem die Förderung der Pflege und Erziehung explizit dem Vormund/der Pflegerin zugeordnet wird; die rechtliche Vertretung muss selbstverständlich nach wie vor wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, über welche (sozial)pädagogischen und juristischen Qualifikationen Vormünder/Pfleger/innen zukünftig verfügen sollten bzw wie sie sich weiter qualifizieren können.

Aktuelle bundesweite Zahlen über die Qualifikation der in den Jugendämtern tätigen Vormünder/Pfleger/innen liegen nicht vor. Es ist jedoch zu vermuten, dass die Amtsvormundschaften/-pflegschaften wahrnehmenden Personen in den Jugendämtern in den meisten Regionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch überwiegend Verwaltungsfachkräfte sind. In Nordrhein-Westfalen besitzt ein größerer Anteil der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkräfte eine sozialpädagogische Grundqualifikation (LWL, Ergebnisse der Befragung der Jugendämter 2009/2010. Zur personellen und materiellen Ausstattung der Aufgaben: Amtsvormundschaften, -pflegschaften und Beistandschaften, 5). In den Neuen Bundesländern sind die Qualifikationen erfahrungsgemäß bunter gestreut, mit einem nicht geringen Anteil pädagogischer oder sozialpädagogischer Grundberufe. Einige Jugendämter haben sich aus konzeptionellen Gründen bewusst dazu entschlossen, im Bereich der Vormundschaften/Pflegschaften multiprofessionelle Teams zu bilden (idR Verwaltungsfachkräfte und Sozialpädagoge/innen). Vereine betrauen ganz überwiegend (sozial)pädagogisch ausgebildete Fachkräfte mit vormundschaftlichen/pflegerischen Aufgaben. Juristisches Know-how wird zusätzlich im Verein vorgehalten (so zB bei der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg München). Ehrenamtliche Einzelvormünder und Berufsvormünder gehören unterschiedlichen Berufsgruppen an.

Zu Fragen der (zukünftigen) Grundqualifikation und Qualifizierung findet sich in der Literatur und Diskussion des Gesetzentwurfs insgesamt nur wenig (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 13.09.2011, aaO). Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, dass Vormünder/Pfleger/innen über eine Art Mischqualifikation verfügen sollten, nämlich über Kenntnisse sowohl in den Bereichen Recht und Verwaltung als auch im Feld (Sozial-)Pädagogik, Psychologie. Auf die Notwendigkeit kommunikativer und reflexiver Fähigkeiten wird ebenfalls verwiesen (LWL/LVR, Qualitätsstandards für Vormünder: Arbeits- und Orientierungshilfe „Das Leistungsprofil des Amtsvormunds“, 2010, 10 ff; BAGLJÄ, Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich der Amtsvormundschaften und -pflegschaften, 2004, 7 ff; Petersen, in: Hansbauer, Neue Wege in der Vormundschaft, 2002, 133; Zenz, in: Zitelmann ua, Vormundschaft und Kindeswohl 2004, 184 f). Eine Einzelmeinung ist bisher die Auffassung, zukünftig müssten sozialpädagogische Grundausbildungen Standard in der Vormundschaft/Pflegschaft werden (Sünderhauf, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 6, zu finden unter www.bundestag.de ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen).

Für die Diskussion der Frage, wie Vormünder/Pfleger/innen zukünftig qualifiziert werden müssen bzw über welche Qualifikationen sie verfügen sollten, sind folgende Gesichtspunkte relevant:

- Vormund und Pfleger/in rücken durch den geforderten persönlichen Kontakt **nicht** in Aufgaben der alltäglichen Betreuung und Erziehung ein. Der (regelmäßige) Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Mündel dient nicht pädagogischen oder

sogar therapeutischen Zielen. Vielmehr ist der Kontakt als notwendige Bedingung für eine angemessene Beteiligung des Kindes/Jugendlichen und als Grundlage für Entscheidungen und rechtliche Vertretung zu sehen. Kontakt ist Mittel des Vertrauensaufbaus und der Beteiligung des Kindes/Jugendlichen. Der vertrauensvolle Kontakt zu Vormund/Pflegerin kann und soll es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, Wünsche zu äußern und Pläne zu fassen, die sie ohne die kompetente Unterstützung eines verantwortlichen Erwachsenen gar nicht fassen, geschweige denn realisieren könnten.

Einen solchen Kontakt mit Kindern und Jugendlichen aufzubauen, die häufig viel Schweres durchgemacht haben, es evtl wenig gewohnt sind, Vertrauen zu fassen und Anderen oft auch Schwierigkeiten machen, ist eine große Herausforderung und erfordert von den Fachkräften:

- die Bereitschaft und Fähigkeit zum unvoreingenommen Zuhören und zum Gespräch mit den Kindern/Jugendlichen,
- Respekt vor deren Geschichte und Bewältigungsversuchen,
- Sicherheit im Hinblick auf die eigene Rolle und
- Reflexionsfähigkeit.

Diese Voraussetzungen können im Rahmen von Weiterbildung und Supervision erworben werden. Es erscheint nicht als notwendige Vorbedingung, dass Vormünder/Pfleger/innen – neben den Fachkräften des ASD, Pflegekinderdienstes, Heimerzieher/innen und Therapeut/innen – auch über eine (sozial)pädagogische oder psychologische Grundausbildung verfügen.

- Die jeweiligen Problemstellungen, mit denen Vormünder/Pfleger/innen im Einzelfall befasst sind, sind so **vielfältig** wie die Lebenssituationen der betroffenen Kinder und Jugendlichen: Es kann um den geeigneten und förderlichen Lebensort gehen, um die Schullaufbahn, um Schwangerschaft(sabbruch), die Einwilligung in eine Operation, um lebensverlängernde Maßnahmen, um die Bereitschaft eines Jugendlichen, überhaupt Hilfe in Anspruch zu nehmen, um Therapiebedarf, um Jugendhilfeleistungen, um Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz, um Anmietung oder Kündigung einer Wohnung, um Erbausschlagung oder Verwaltung des Erbes, um Kontakte zu den leiblichen Eltern und Geschwistern, um Kriminalität und Strafverfahren usw.

Die Vielfalt der Problemlagen macht deutlich, dass nicht alle Kenntnisse, die ein Vormund/eine Pflegerin im Einzelfall benötigt, von jeder einzelnen Fachkraft immer schon „vorgehalten“ werden können. Insofern sollte gesichert sein, dass die Vormundschaften/Pflegschaften führenden Fachkräfte auf entsprechende Kenntnisse zugreifen können. Das kann in größeren Jugendämtern durch die Bildung multiprofessioneller Teams, könnte in kleineren Jugendämtern aber auch durch externe Beratungswege oder im Verbund von mehreren Jugendämtern geschehen.

Vormünder/Pfleger/innen sollten allerdings einen Überblick über Problemkonstellationen, mögliche Leistungen und Hilfeangebote bekommen, ohne auf jedem Gebiet schon Experte/Expertin sein zu müssen.

- Vormünder/Pfleger/innen nehmen ihre Vertretungsaufgaben für Kinder und Jugendliche in einem Netzwerk vieler Anderer wahr: ASD, Pflegekinderdienst, Heimerzieher/innen oder Pflegeeltern, Therapeut/inn/en, aber auch leibliche Eltern, Geschwister, weitere Verwandte und ggf die sogenannten Peers spielen eine Rolle. Viele dieser Anderen sind pädagogisch bzw psychologisch ausgebildet und den Kindern und Jugendlichen im Alltagsleben häufig näher als Vormünder und Pflegerinnen selbst. Die zentrale Voraussetzung, um in diesem komplexen Umfeld an der Seite des Kindes/Jugendlichen kompetent zu agieren, sind **Rollensicherheit** und **Kommunikationsfähigkeit**.

Diese können in Weiterbildungen, die sich speziell an die Gruppe der Vormünder/Pfleger/innen richten, erworben werden. Bisher sind allerdings nur wenige solcher Weiterbildungsangebote verfügbar. Entsprechende Weiterbildungen werden bspw angeboten von der Hochschule Münster in Kooperation mit den Landesjugendämtern Westfalen Lippe und Rheinland sowie dem Verein Kinder haben Rechte (www.fh-muenster.de) und vom DIJuF in Kooperation mit der Hochschule Mannheim (www.dijuf.de ► Fachveranstaltungen).

Weiterbildung ist unerlässlich

Insgesamt ist zu sagen, dass das Wahrnehmen vormundschaftlicher Aufgaben eine einheitliche Grundqualifikation nicht erfordert. Für die Fachkräfte in den Jugendämtern, die Vormundschaften/Pflegschaften führen, dürften weiterhin am ehesten Verwaltungsberufe und sozialpädagogische Ausbildungen als Grundberufe infrage kommen. Unabhängig von der jeweiligen Grundqualifikation erscheint es jedoch unerlässlich, dass Vormünder und Pfleger/innen Weiterbildungsmodule besuchen, in denen

- Rolle und Rechtsstellung des Vormunds/der Pflegerin vorgestellt werden und in diesen Punkten Sicherheit gewonnen werden kann,
- Grundlagen für die Beziehungsgestaltung mit dem Kind/Jugendlichen vermittelt werden,
- ein Überblick über mögliche Problemkonstellationen, Lösungswege und Hilfen gegeben wird.

3. Schluss

Die hier vorliegenden Hinweise sind dafür gedacht, der Praxis bei der Diskussion über die Umsetzung des Gesetzes erste orientierende Anhaltspunkte zur Verfügung zu stel-

len. Aus den Erfahrungen in der Praxis wird sich weiterer Klärungsbedarf und werden sich neue Fragen ergeben.

Eine Frage, die sich stellt und in diesen Hinweisen nur am Rande behandelt werden konnte, ist die nach der Rollen- und Aufgabenteilung zwischen Vormündern/Pfleger/innen und Pflegeeltern/Heimerzieher/innen auf der ‚Elternseite‘, Vormündern/Pflegerinnen und ASD/Pflegekinderdienst auf der ‚Helferseite‘. Obwohl sich die Rollen der Beteiligten mit dem neuen Gesetz dem Grunde nach nicht verändern, wird die intensivere Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Vormundschaft/Pflegschaft, wie sie das neue Recht fordert, zu Klärungs- und Absprachebedarf führen.

Eine vertiefende Diskussion wird außerdem nötig sein im Hinblick auf die Kontaktgestaltung und die ihr unterliegenden Kriterien. Weitere Diskussionen und Ideen sind auch zu erwarten im Hinblick auf die Anhörung der Kinder und Jugendlichen vor Bestimmung einer Fachkraft, die die Vormundschaft/Pflegschaft führen soll.

Insgesamt kann man gespannt sein auf die Ideen und Kreativität der Praxis. Das neue Recht bietet die Basis, um einem Ziel näher zu kommen, das aus der Praxis heraus formuliert wurde. Es bahnt Vormündern und Pflegerinnen den Weg, ihren Platz an der Seite der Kinder und Jugendlichen und ihre Entscheidungsverantwortung in der Rolle als Sorgeberechtigte ausfüllen zu können.

Anlage 3: Bundestagsdrucksache 17/3617

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

A. Problem und Ziel

Fälle von Kindesmisshandlungen und Kindesvernachlässigungen mit der Folge schwerster Körperverletzungen bis hin zum Tod der Kinder haben zu umfangreichen Untersuchungen der Begleitumstände geführt. Dabei gibt auch die Praxis in der Amtsvormundschaft Anlass zu Kritik, wie die vom Bundesministerium der Justiz einberufene Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls – § 1666 BGB“ ermittelt hat. Angesichts hoher Fallzahlen kennen die Amtsvormünder ihre Mündel oftmals nur aus dem Kontakt bei der Übernahme der Vormundschaft. Ihrer Verantwortung, insbesondere für die Person und nicht nur für das Vermögen des Mündels zu sorgen, werden die Amtsvormünder damit oftmals nicht gerecht.

Im Betreuungsrecht weist die Evaluation des Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes darauf hin, dass der persönliche Kontakt insbesondere von Berufsbetreuern zu den Betreuten zurückgegangen ist und vom Gericht aufgrund der vereinfachten Abrechnung weniger intensiv überprüft wird.

Ziel des Entwurfs ist es, den persönlichen Kontakt des Vormunds zu dem Mündel und damit die Personensorge für den Mündel zu stärken. Der persönliche Kontakt zwischen Betreuern und Betreuten soll besser dokumentiert und vom Gericht stärker beaufsichtigt werden.

B. Lösung

Der Entwurf sieht vor,

- das Erfordernis des ausreichenden persönlichen Kontakts des Vormunds zu dem Mündel ausdrücklich im Gesetz zu verankern,
- die Pflicht des Vormunds zur Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels im Gesetz stärker hervorzuheben,
- den persönlichen Kontakt des Vormunds zu dem Mündel ausdrücklich in die jährliche Berichtspflicht des Vormunds einzubeziehen,
- den persönlichen Kontakt des Vormunds zu dem Mündel in die Aufsichtspflicht des Familiengerichts über die Amtsführung des Vormunds ausdrücklich einzubeziehen,
- die Fallzahlen in der Amtsvormundschaft auf 50 Vormundschaften je Mitarbeiter zu begrenzen,

- die Regelungen zur Berichtspflicht und zur Aufsichtspflicht des Gerichts auch auf die persönlichen Kontakte zwischen Betreuer und Betreutem sinngemäß anzuwenden,
- den mangelnden persönlichen Kontakt als Grund für die Entlassung eines Betreuers ausdrücklich zu benennen.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Es kann zu einem nicht bezifferbaren Mehrbedarf bei den Kommunen für zusätzliches Personal in der Amtsvormundschaft kommen. Der Bedarf dürfte – abhängig von der Zahl der Mündel je Amtsvormund in der betroffenen Gebietskörperschaft – bis zu doppelt so hoch wie gegenwärtig sein.

E. Sonstige Kosten

Für die Wirtschaft, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, entstehen keine Mehrkosten. Auswirkungen des Gesetzes auf Einzelpreise, auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung eingeführt oder abgeschafft. Eine Berichtspflicht des Vormunds über die persönlichen Verhältnisse des Mündels gegenüber dem Familiengericht besteht bereits. Schon jetzt sollte der Bericht auch über den persönlichen Umgang des Vormunds mit dem Mündel Auskunft geben. Entsprechendes gilt für die Berichtspflicht des Betreuers gegenüber dem Betreuungsgericht über seine persönlichen Kontakte zu dem Betreuten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 4. November 2010

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts-
und Betreuungsrechts

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1
NKRK ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 875. Sitzung am 15. Oktober 2010 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus
Anlage 3 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist
in der als Anlage 4 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage 1

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und
Betreuungsrechts**

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs**

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909, 2003 I S. 738), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1793 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Der Vormund hat mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, wenn nicht im Einzelfall andere Besuchsabstände oder ein anderer Ort erforderlich sind.“

2. Dem § 1800 wird folgender Satz angefügt:

„Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten.“

3. Nach § 1837 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Es hat insbesondere die Einhaltung der erforderlichen persönlichen Kontakte des Vormunds zu dem Mündel zu beaufsichtigen.“

4. Dem § 1840 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Der Bericht hat auch Angaben zu den persönlichen Kontakten des Vormunds zu dem Mündel zu enthalten.“

5. In § 1908b Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „erteilt“ die Wörter „oder den erforderlichen persönlichen Kontakt zum Betreuten nicht gehalten“ eingefügt.

Artikel 2**Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch –
Kinder- und Jugendhilfe**

§ 55 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Vor der Übertragung soll das Jugendamt das Kind oder den Jugendlichen zur Auswahl des Beamten oder Angestellten mündlich anhören, soweit dies nach Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder Jugendlichen möglich ist. Ein vollzeitbeschäftigter Beamter oder Angestellter, der nur mit der Führung von Vormundschaften oder Pflegschaften betraut ist, soll höchstens 50 und bei gleichzeitiger Wahrnehmung anderer Aufgaben entsprechend weniger Vormundschaften oder Pflegschaften führen.“

- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.

2. Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Die Übertragung gehört zu den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung. In dem durch die Übertragung umschriebenen Rahmen ist der Beamte oder Angestellte gesetzlicher Vertreter des Kindes oder Jugendlichen. Er hat den persönlichen Kontakt zu diesem zu halten sowie dessen Pflege und Erziehung nach Maßgabe des § 1793 Absatz 1a und § 1800 des Bürgerlichen Gesetzbuchs persönlich zu fördern und zu gewährleisten.“

Artikel 3**Inkrafttreten**

Artikel 1 Nummer 3 und Artikel 2 dieses Gesetzes treten am ... [einsetzen: ein Kalenderjahr nach dem Tag der Verkündung] in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Tatsächliche und rechtliche Ausgangssituation

In der Vergangenheit haben die wiederkehrenden Fälle von Kindesmisshandlungen und Kindesvernachlässigungen mit Todesfolge oder mit der Folge erheblicher Körperverletzungen gezeigt, dass auch der für die betroffenen Kinder im Einzelfall bestellte Vormund diese nicht vor den aus ihren tatsächlichen Lebensverhältnissen herrührenden Missständen und Gefährdungen geschützt hat. Aufschlussreich sind hierzu insbesondere die umfangreichen Untersuchungen der Begleitumstände im Fall des im Jahre 2006 zu Tode gekommenen Kleinkindes Kevin in Bremen (vgl. „Bericht des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlgefährdung durch das Amt für Soziale Dienste“, Bremische Bürgerschaft, LT-Drs. 16/1381 vom 18. April 2007). Dabei ist der Vormund an Stelle der Eltern zur umfassenden Sorge für die Person und nicht nur für das Vermögen des Mündels verpflichtet, § 1793 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB). Es ist nicht zuletzt personellen Engpässen in den Jugendämtern zuzuschreiben, dass ein Amtsvormund (§ 1791b BGB) zuweilen für über 200 Mündel, so im Fall Kevin, zuständig ist. Unter diesen Bedingungen ist es dem Amtsvormund nicht möglich, sich den einzelnen Mündeln in ausreichendem Umfang jeweils persönlich zuzuwenden. Bei frühzeitig erlangter persönlicher Kenntnis der Lebensumstände des Mündels kann der Amtsvormund aber sehr viel besser Fehlentwicklungen entgegenwirken und erforderliche Maßnahmen im Interesse des Mündels veranlassen.

Bereits das geltende Recht setzt den persönlichen Kontakt des Vormunds zu dem Mündel voraus. Ohne persönlichen Kontakt kann der Vormund, der Einzelvormund wie auch der Amtsvormund, die Pflicht und das Recht, die Pflege und Erziehung des Mündels zu fördern und zu gewährleisten (§§ 1800, 1631 BGB), nicht wahrnehmen. Der Vormund, der nach dem gesetzlichen Leitbild ein Einzelvormund sein soll, kann den Mündel auch in seinen Haushalt aufnehmen, was allerdings in der Praxis eher selten ist. Vielmehr herrscht die Amtsvormundschaft des Jugendamtes vor. Aber selbst bei weitgehender Delegation der Personensorge an Dritte, etwa an eine Pflegefamilie oder an ein Heim, wie es bei der Amtsvormundschaft die Regel ist, bleibt der Vormund verpflichtet, selbst die Ausführung der Personensorge im Interesse des Mündels zu überwachen und erforderlichenfalls neu zu organisieren, wenn dem Mündel Schaden droht oder ein Schaden gar schon eingetreten ist. Es hat sich in der Praxis als nicht ausreichend erwiesen, dass der Amtsvormund die Überwachung der Personensorge allein den Mitarbeitern des Sozialen Dienstes des Jugendamtes überlässt, die in der Praxis im Wesentlichen den Kontakt zum Kind oder Jugendlichen unterhalten. Es ist daher unerlässlich, dass auch der Amtsvormund den Mündel in regelmäßigen Abständen persönlich trifft und sich über dessen Situation informiert. Flankierend müssen, wie auch die Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls – § 1666 BGB“ ermittelt hat, die Fallzah-

len in der Amtsvormundschaft begrenzt werden, damit der Amtsvormund seiner Pflicht zum Kontakt mit dem Mündel nachkommen kann.

Ein regelmäßiger und ausreichend häufiger Kontakt zwischen dem Betreuer und dem Betreuten in der rechtlichen Betreuung Volljähriger, § 1896 BGB, ist erforderlich, um die Wünsche des Betreuten zu ermitteln und die Betreuung zu seinem Wohl führen zu können. Weil die Häufigkeit der persönlichen Kontakte bei Berufsbetreuungen rückläufig ist, hat sich die Frage gestellt, ob im Betreuungsrecht eine entsprechende Regelung zur Häufigkeit der persönlichen Kontakte des Betreuers zu seinem Betreuten, getroffen werden sollte. Diese Frage wurde von der vom Bundesministerium der Justiz einberufenen interdisziplinären Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Betreuungsrechts verneint.

II. Ziel der Änderungsvorschläge

Mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen im BGB soll die Pflicht des Vormunds, sein Amt im persönlichen Kontakt mit dem Mündel zu führen, ausdrücklich im Gesetz hervorgehoben werden, um so eine wirksamere Gewährleistung von Pflege und Erziehung des Mündels durch den Vormund herbeizuführen. Diesem Ziel dient auch die ausdrückliche Klarstellung, dass die Aufsichtspflicht des Familiengerichts über die Tätigkeit des Vormunds dessen persönlichen Kontakt zu dem Mündel umfasst. Im Regelfall ist der persönliche Kontakt einmal monatlich erforderlich. Abhängig von den Umständen des Einzelfalls können jedoch auch kürzere oder längere Besuchsabstände erforderlich sein. Über die Generalverweisung des § 1915 BGB gilt die Regelung auch für den im Kindschaftsrecht besonders wichtigen Fall der Ergänzungspflegschaft, § 1909 BGB.

Mit der Änderung im Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) soll die Fallzahl in der Amtsvormundschaft auf 50 Vormundschaften pro Vormund begrenzt werden.

Die Rechtsfürsorge im Rahmen einer Betreuung ist insoweit nicht mit der Beziehung zwischen Vormund und minderjährigem Mündel vergleichbar; die Einzelfälle bei rechtlichen Betreuungen sind zu verschiedenen, um die Kontakthäufigkeit gesetzlich vorzugeben.

Es ist jedoch auch im Betreuungsrecht angezeigt, dass der erforderliche persönliche Kontakt zwischen Betreuern und Betreuten in der Praxis in der Dokumentation und Aufsicht der Tätigkeit eines Betreuers eine stärkere Beachtung findet.

III. Gesetzgebungszuständigkeit; Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat

Die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes folgt für die Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes (Bürgerliches Recht) und für die Änderung des Sozialgesetzbuches aus Artikel 74

Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes (öffentliche Fürsorge).

Die Änderungen sind gemäß Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes erforderlich, um einheitliche Lebensverhältnisse sicherzustellen. Es ist im Interesse eines möglichst effektiven Kinderschutzes nicht hinzunehmen, wenn die Betreuungssituationen von Kindern so sehr voneinander abweichen könnten, dass sich die derzeitigen Unterschiede in der praktischen Handhabung verfestigen und dadurch das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigt wird. Dem kann nur durch Mindestanforderungen in der Amtsvormundschaft wirksam begegnet werden. Die bundeseinheitliche Begrenzung der Fallhöchstzahl in der Amtsvormundschaft gewährleistet einen hinreichenden, in allen Ländern gleich wirksamen Kinderschutz. Zugleich wird eine Rechtzersplitterung hinsichtlich der Mindestanforderungen in der Amtsvormundschaft vermieden, wobei allerdings die Befugnis der Länder, strengere Regelungen, also zum Beispiel geringere Fallzahlen, festzulegen, unberührt bleibt.

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

IV. Kosten; Preiswirkungen; Nachhaltigkeitsaspekte; Bürokratiekosten

Für die öffentlichen Haushalte sind nicht genau bezifferbare Mehrkosten für zusätzliche Stellen in der Amtsvormundschaft wahrscheinlich. Diese dürften – abhängig von der Zahl der Mündel je Amtsvormund in der betroffenen Gebietskörperschaft – bis zu doppelt so hoch wie die gegenwärtigen Personalausgaben in der Amtsvormundschaft sein.

Für die Wirtschaft, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, entstehen keine Mehrkosten. Auswirkungen des Gesetzes auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Die vorgesehenen Änderungen tragen dazu bei, das Wohl der Mündel und Betreuten besser zu sichern und den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft zu fördern. Damit entsprechen die Wirkungen des Vorhabens einer nachhaltigen Entwicklung.

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung eingeführt oder abgeschafft. Eine Berichtspflicht des Vormunds über die persönlichen Verhältnisse des Mündels gegenüber dem Familiengericht besteht bereits. Schon jetzt sollte der Bericht auch über den persönlichen Umgang des Vormunds mit dem Mündel Auskunft geben. Entsprechendes gilt für die Berichtspflicht des Betreuers gegenüber dem Betreuungsgericht über seine persönlichen Kontakte zu dem Betreuten.

V. Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung

Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs)

Zu Nummer 1 (§ 1793 Absatz 1a – neu – BGB)

Der neue Absatz 1a konkretisiert die Pflicht des Vormunds zum persönlichen Kontakt mit dem Mündel. Der Vormund soll den Mündel in dem erforderlichen Umfang persönlich treffen. Dies soll am üblichen Aufenthaltsort des Mündels erfolgen, vgl. § 278 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Der Vormund soll sich in regelmäßigen Abständen ein genaues Bild von den persönlichen Lebensumständen des Mündels verschaffen. Umfang und Häufigkeit des persönlichen Kontakts richten sich nach den Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt. Im Regelfall hält der Gesetzgeber einen persönlichen Kontakt einmal im Monat für erforderlich; im Einzelfall kann es notwendig sein, den Mündel auch häufiger zu treffen. Wenn nach den besonderen Umständen des Einzelfalls ein weniger häufiger persönlicher Kontakt angezeigt sein sollte, kann der Vormund den Mündel – in dem erforderlichen Umfang – auch entsprechend seltener treffen. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn der Mündel in stabilen Verhältnissen lebt und nach seinem Alter und seiner Persönlichkeitsstruktur in der Lage ist, auf eventuelle Missstände oder Anliegen in geeigneter Weise selbst hinzuweisen. Des Weiteren kann es nach den Umständen des Einzelfalls zweckmäßig sein, den Mündel außerhalb seiner gewöhnlichen Umgebung zu treffen. Ein Kontakt in der gewöhnlichen Umgebung kann kontraproduktiv sein, wenn der Mündel in Anwesenheit der unmittelbaren Pflegepersonen nicht frei reden kann oder will. Treffen von Mündel und Vormund im Rahmen von gemeinsamen Aktivitäten außerhalb der Wohnung des Mündels können ein Vertrauensverhältnis zwischen Mündel und Vormund entstehen lassen oder vertiefen. Die Gefahr von „Alibibesuchen“ kann durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht völlig abgewandt werden. Aus der umfassenden Verantwortung des Vormunds für Person und Vermögen des Mündels heraus ist der Vormund allerdings gehalten, den Mündel so lange zu sehen und dessen Situation zu erörtern, dass dem Vormund die Erfüllung seiner Aufgaben möglich ist. Davon unabhängig dürften jedoch selbst bei einem kurzen Besuch etwaige Anzeichen einer Misshandlung oder Vernachlässigung des Mündels festzustellen sein.

Auf die Pflegschaft ist diese Regelung aufgrund des Verweises in § 1915 BGB entsprechend anwendbar. Bei einer bloßen Vermögenspflegschaft dürfte grundsätzlich eine Abweichung vom Regelfall des § 1793 Absatz 1a – neu – BGB geboten sein.

Zu Nummer 2 (§ 1800 BGB)

§ 1800 BGB nennt nunmehr ausdrücklich auch die Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels als Pflicht des Vormunds, der dieser in eigener Person nachkommen muss. Es reicht nicht, dass er diese Pflicht ausschließlich anderen überlässt – wie etwa den Mitarbeitern des Sozialen Dienstes des Jugendamtes oder den Pflegeeltern, die den Mündel in ihren Haushalt aufgenom-

men haben. Für den Einzelvormund ist die persönliche Aufsicht über die Personensorge für den Mündel selbstverständlich; insoweit verdeutlicht das Gesetz nur den Grundsatz der persönlich zu führenden Vormundschaft. § 55 Absatz 3 Satz 2 – neu – SGB VIII stellt dies auch für den Amtsvormund ausdrücklich klar.

Zu Nummer 3 (§ 1837 Absatz 2 BGB)

Mit dem neu eingefügten Satz 2 wird für das Gericht verdeutlicht, dass sich seine Aufsicht über die Amtsführung des Vormunds insbesondere auch auf die von diesem unterhaltenen Kontakte mit dem Mündel bezieht. Kommt der Vormund der Pflicht zum persönlichen Kontakt nicht in dem erforderlichen Umfang nach, hat das Gericht mit geeigneten Aufsichtsmaßnahmen einzuschreiten.

Ein Zwangsgeld soll auch weiterhin nicht gegen das zum Vormund bestellte Jugendamt oder gar den jeweiligen Amtsvormund persönlich festgesetzt werden. Das Jugendamt ist eine staatliche Stelle. Die Festsetzung eines Zwangsgeldes durch das Gericht ist im Hinblick auf diese Stellung nicht angezeigt. Ein Zwangsgeld gegen den mit der Führung der Vormundschaft beauftragten Mitarbeiter des Jugendamtes ist schon deswegen nicht sinnvoll, weil dieser häufig wegen seiner Stellung in seiner Anstellungskörperschaft Probleme nicht abstellen kann. Das Gericht ist jedoch dem Jugendamt gegenüber berechtigt, Ge- und Verbote zu erteilen und zu deren Durchsetzung Gegenvorstellungen und Dienstaufsichtsbeschwerden bei der das Jugendamt tragenden Gebietskörperschaft zu erheben, auf die Schadenersatzpflicht gemäß § 1833 BGB hinzuweisen oder das Jugendamt als Vormund gemäß § 1887 BGB zu entlassen.

Die Konkretisierung der Aufsichtspflicht gilt über die Verweisung in § 1908i Absatz 1 Satz 1 BGB auch für das Betreuungsrecht. Dem Betreuungsgericht wird damit verdeutlicht, dass sich die Aufsichtspflicht über die Tätigkeit des Betreuers auch auf die Einhaltung des erforderlichen persönlichen Kontakts zum Betreuten bezieht.

Zu Nummer 4 (§ 1840 Absatz 1 BGB)

Mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass auch der persönliche Kontakt des Vormunds zum Mündel in dem jährlichen Bericht für das Gericht enthalten sein muss, soll die Umsetzung der Pflicht zum persönlichen Kontakt und die Aufsicht des Gerichts auch über diesen Aspekt der Amtsführung des Vormunds in der Praxis gestärkt werden. Weitere gesetzliche Vorgaben zum Berichtsinhalt werden nicht für erforderlich erachtet. Insoweit soll es bei dem Ermessen des aufsichtführenden Gerichtes bleiben. Soweit das Gericht es für erforderlich hält, kann es auch Berichte in kürzeren Abständen anordnen.

Über die Verweisung in § 1908i Absatz 1 Satz 1 BGB auf § 1840 BGB gilt die Pflicht zum Bericht über den persönlichen Kontakt zum Mündel in entsprechender Anwendung auch für den Bericht des Betreuers über den persönlichen Kontakt zum Betreuten. Auch Volljährige sollen gemäß § 1897 Absatz 1 BGB im erforderlichen Umfang persönlich betreut werden.

Zu Nummer 5 (§ 1908b BGB)

Die Regelung geht auf einen Vorschlag aus der interdisziplinären Arbeitsgruppe zum Betreuungsrecht zurück. Ein wichtiger Grund für die Entlassung eines Betreuers gemäß § 1908b Absatz 1 BGB wird in der Regel auch dann vorliegen, wenn der Betreuer die im Einzelfall erforderlichen Kontakte zu seinem Betreuten nicht einhält. Die Benennung als weiteres Regelbeispiel soll die Bedeutung des persönlichen Kontakts für die Betreuung herausstellen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe)

Zu Nummer 1

Durch die Einfügung wird eine Verpflichtung zur Anhörung des Mündels/Pfleglings vor Übertragung der Aufgaben des Vormunds/Pflegers auf einen einzelnen Mitarbeiter des Jugendamtes begründet sowie eine Begrenzung der Fallzahlen in der Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft auf 50 Vormundschaften und Pflegschaften je vollzeittätigem Mitarbeiter des Jugendamtes vorgenommen. Die Pflicht zur Anhörung soll die Interessen des Mündels/Pfleglings und seinen Einfluss auf das Verfahren stärken. Sie soll nur dann entfallen, wenn der Mündel/Pflegling aufgrund seines Alters und Entwicklungsstandes nicht zu einer Äußerung imstande ist. Auch in Fällen, in denen die Auswahlmöglichkeiten hinsichtlich der personellen Ressourcen des Jugendamtes begrenzt oder nicht vorhanden sind, soll eine Anhörung des Mündels/Pfleglings stattfinden, um seine Stellung als Subjekt des Verfahrens zu verdeutlichen. Die festgesetzte Fallzahl entspricht einer Empfehlung der Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls – § 1666 BGB“, die sich wiederum bei ihren Untersuchungen auf eine Empfehlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter („Dresdner Erklärung“ in: Der Amtsvormund 2000, S. 437) gestützt hat. Sind den Mitarbeitern weitere Aufgaben übertragen, ist die Anzahl der zu übernehmenden Vormundschaften oder Pflegschaften entsprechend zu reduzieren.

Zu Nummer 2

Nach der Konzeption des BGB wird das Jugendamt als Behörde zum Vormund bestellt. Der Amtsvormund selbst erscheint im BGB nicht. Bei wörtlicher Auslegung der neuen Vorschriften wären die Pflichten zur persönlichen Kontaktaufnahme in § 1793 Absatz 1a – neu – BGB und zur persönlichen und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels in § 1800 Satz 2 – neu – BGB auch erfüllt, wenn statt des bestellten Amtsvormundes ein Mitarbeiter des allgemeinen Sozialen Dienstes des Jugendamtes den Kontakt pflegte oder sich um die Erziehung des Mündels kümmerte. Um eine solche Auslegung zu vermeiden, wird in der neuen Nummer 2 klargestellt, dass der Amtsvormund diese Aufgabe persönlich zu erfüllen hat.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Die Änderungen in § 55 Absatz 2 Satz 2 und 3 SGB VIII – neu – (Fallzahlbegrenzung und Anhörung) sollen erst ein Jahr nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft treten, um den Jugendämtern und deren Trägern ausreichend Zeit zu geben,

sich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Die Pflicht, den Mündel in der Regel einmal im Monat zu treffen, soll bereits am Tag nach der Verkündung des Gesetzes bestehen, Verstöße hiergegen sollen aber mit Rücksicht auf die Personalsituation in manchen Jugendämtern für die Dauer von einem Jahr sanktionslos bleiben.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Gesetzentwurf auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft, die Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger eingeführt, geändert oder aufgehoben. Es entstehen keine neuen Bürokratiekosten für Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger.

Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfungsauftrages daher keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Anlage 3

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 875. Sitzung am 15. Oktober 2010 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zur Eingangsformel

In der Eingangsformel sind nach dem Wort „hat“ die Wörter „mit Zustimmung des Bundesrates“ einzufügen.

Begründung:

Das beabsichtigte Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Eine solche ist im Gesetzentwurf jedoch nicht vorgesehen.

Die Zustimmungsbedürftigkeit ergibt sich aus Artikel 104a Absatz 4 GG. Der Gesetzentwurf begründet in Artikel 2 Nummer 1 (§ 55 Absatz 2 Satz 3 SGB VIII-E) eine Pflicht der Länder zur Erbringung einer „vergleichbaren Dienstleistung gegenüber Dritten“ gemäß Artikel 104a Absatz 4 GG, indem den Jugendämtern ein Vormundschafts-/Pflegschaftsschlüssel von maximal 50 Mündeln je vollzeitbeschäftigtem Beamten oder Angestellten vorgegeben wird.

Wie sich aus den Gesetzesmaterialien zu der im Rahmen der Föderalismusreform eingefügten Regelung des Artikels 104a Absatz 4 GG ergibt, wollte der verfassungsändernde Gesetzgeber in weitem Umfang für die Länder kostenauslösende Bundesgesetze der Zustimmungspflicht unterwerfen. Nach Artikel 104a Absatz 4 GG bedürfen solche Bundesgesetze der Zustimmung des Bundesrates, die Pflichten der Länder zur Erbringung von Geldleistungen, geldwerten Sachleistungen oder vergleichbaren Dienstleistungen gegenüber Dritten begründen und von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt werden, wenn daraus entstehende Kosten von den Ländern zu tragen sind.

Hier kommt die dritte Alternative, die „Begründung der Erbringung von vergleichbaren Dienstleistungen gegenüber Dritten“ in Betracht.

Eine Vergleichbarkeit einer Dienstleistung mit Geld- oder geldwerten Sachleistungen ist dann gegeben, wenn sie unter vergleichbar engen Voraussetzungen wie dies bei Geld- und Sachleistungen der Fall ist, einem Dritten Vorteile gewährt oder sonstige Maßnahmen gegenüber Dritten veranlasst, die zu einer erheblichen Kostenbelastung der Länder führt (vgl. Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes, Einzelbegründung zu Artikel 104a Absatz 4 GG, Bundestagsdrucksache 16/813, S. 18). Zählt daher in diesem weiten Verständnis beispielsweise auch die Bereitstellung von Tagesbetreuungsplätzen (als ein Bündel staatlicher Sach- und Dienstleistungen) zum Anwendungsbereich des Artikels 104a Absatz 4 GG, muss Gleiches auch für die Vormundschaft und Pflegschaft als – staatlich angeordneter – Dienstleistung für die Familien gelten.

Soweit Artikel 104a Absatz 4 GG eine „Begründung“ der Leistungspflicht voraussetzt, entspricht es dem Sinn und Zweck der Regelung, auch eine wesentliche Ausweitung von Leistungsstandards hierunter zu fassen. Die Bundesregierung führt in der Entwurfsbegründung aus, dass es zu einem Mehrbedarf bei den Kommunen für zusätzliches Personal in der Amtsvormundschaft kommen könne, der bis zu doppelt so hoch wie gegenwärtig sei. Legt man hingegen die in der Entwurfsbegründung ebenfalls genannte Zahl von bis zu 200 Vormundschaften je Amtsvormund zugrunde, ergibt sich tatsächlich ein bis zu vierfacher Personalbedarf gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Ein Verständnis dahingehend, dass sich die Zustimmungsbedürftigkeit nur auf die erstmalige Begründung bezieht, widerspricht dem Normzweck des Artikels 104a Absatz 4 GG, die Länder bei kostenauslösenden Bundesgesetzen in Form eines Zustimmungserfordernisses zu beteiligen. Denn der Bund hätte es ansonsten in der Hand, jedwede Ausweitung bestehender Leistungsgesetze einer solchen Mitwirkung der Länder zu entziehen. Der Bund kann sich deshalb nicht darauf berufen, es werde keine Leistungspflicht begründet, weil es Amtsvormundschaften gegenwärtig bereits gibt.

2. Zu Artikel 1 Nummer 1
(§ 1793 Absatz 1a Satz 2, 3 – neu – BGB)

In Artikel 1 Nummer 1 ist § 1793 Absatz 1a Satz 2 durch folgende Sätze zu ersetzen:

„Die Ausgestaltung richtet sich nach den Umständen des Einzelfalles, deren Beurteilung in der fachlichen Eigenverantwortung des Vormundes liegt. Dabei hat der Vormund insbesondere zu beurteilen, ob es erforderlich ist, den Mündel in dessen üblicher Umgebung aufzusuchen.“

Begründung

Durch die Änderungen wird von der statischen Festschreibung einer bestimmten Kontakthäufigkeit abgesehen. Stattdessen wird klargestellt, dass sich die konkrete Ausgestaltung der Kontakte – also Ort, Inhalt und Umfang – nach den Umständen des Einzelfalles richtet. Der anzufügende Satz 3 stellt sicher, dass der Vormund in jedem Einzelfall beurteilt, ob die Umstände, insbesondere die Bedürfnisse des Mündels, einen Kontakt in dessen üblicher Umgebung erforderlich machen. Eine solche Kontaktregelung ist realistisch, angemessen flexibel und trägt somit den Umständen des Einzelfalles Rechnung, deren Beurteilung in der fachlichen Eigenverantwortung des Vormundes bzw. Pflegers liegt. Diese Regelung stellt nicht die Kontrolle und Überwachung zur Abwendung von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung in den Vordergrund, sondern die Intensivierung des persönlichen Kontakts zwischen Vormund

und Mündel zur Verbesserung von dessen Pflege und Erziehung.

3. Zu Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a
(§ 55 Absatz 2 Satz 2a – neu – SGB VIII)

In Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a § 55 Absatz 2 ist nach Satz 2 folgender Satz einzufügen:

„Eine ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung soll umgehend nachgeholt werden.“

Begründung

Der neu einzufügende Satz berücksichtigt, dass eine Anhörung im Einzelfall, wenn schnelles Eingreifen und Handeln eines Vormundes bzw. Pflegers notwendig sind, nicht vor Übertragung erfolgen kann. Für diese Fälle wird klargestellt, dass die Anhörung schnellstmöglich nachgeholt werden soll.

4. Zu Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a
(§ 55 Absatz 2 Satz 3 SGB VIII)

In Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a § 55 Absatz 2 Satz 3 sind die Wörter „soll höchstens 50 und bei gleichzeitiger Wahrnehmung anderer Aufgaben entsprechend weniger Vormundschaften oder Pflegschaften führen.“ durch die Wörter „soll nur so viele Vormundschaften und Pflegschaften führen, dass diese unter besonderer Berücksichtigung des persönlichen Kontakts zu dem Mündel und

der Wahrnehmung anderer Aufgaben verantwortlich ausgeübt werden können.“ zu ersetzen.

Begründung

Die geänderte Formulierung stellt klar, dass Beamte und Angestellte, die mit der Führung von Vormundschaften oder Pflegschaften betraut sind, nur so viele Vormundschaften und Pflegschaften führen sollen, dass diese unter besonderer Berücksichtigung des persönlichen Kontakts zu dem Mündel und der Wahrnehmung anderer Aufgaben verantwortlich ausgeübt werden können. Der Umfang der dem einzelnen Mitarbeiter beim Jugendamt zugewiesenen Vormundschaften und Pflegschaften muss am sozialpädagogisch erforderlichen Maß ausgerichtet sein. In der Regel ist davon auszugehen, dass für einen vollzeitbeschäftigten Beamten oder Angestellten, der ausschließlich mit der Führung von Vormundschaften oder Pflegschaften betraut ist, je nach den Umständen des Einzelfalls ein Orientierungsrahmen von 50 Vormundschaften oder Pflegschaften angemessen ist. Die konkrete Festlegung im Einzelfall muss aber der Organisationshoheit der kommunalen Jugendämter vorbehalten bleiben.

5. Zu Artikel 2 Nummer 1 (§ 55 Absatz 2 SGB VIII)

Der Bundesrat erwartet, dass der Bund die infolge des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts den Kommunen entstehenden finanziellen Mehrbelastungen ausgleicht.

Anlage 4

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Nummer 1 (Eingangsformel)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu.

Das Gesetzesvorhaben ist nicht nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes (GG) zustimmungsbedürftig.

Die Führung der Vormundschaft stellt bereits ihrem Wesen nach keine „vergleichbare Dienstleistung“ im Sinne des Artikels 104a Absatz 4 GG dar. Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder wenn die Eltern weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind. Nach § 1789 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) wird der Vormund von dem Familiengericht durch Verpflichtung zu treuer und gewissenhafter Führung der Vormundschaft bestellt. Entsprechendes gilt für die Anordnung der Pflegschaft. Eine Dienstleistung im Sinne des Artikels 104a Absatz 4 GG scheidet auch deshalb aus, weil die Vormundschaft von Amts wegen angeordnet wird, gerade auch gegen den Willen der Beteiligten durch das Gericht angeordnet werden kann, ein Antrag also nicht erforderlich ist.

Darüber hinaus wird durch das Gesetz, insbesondere die geplante Einführung der Fallzahlobergrenze, der Inhalt der bei der Vormundschaft zu leistenden Tätigkeit nicht verändert. Die Pflichten werden auch nicht im Sinne des Artikels 104a Absatz 4 GG ausgeweitet, sondern lediglich konkretisiert. Die nunmehr festgeschriebenen Pflichten bestehen schon nach geltendem Recht.

Bereits das geltende Recht setzt den persönlichen Kontakt des Vormunds zu dem Mündel voraus. Ohne persönlichen Kontakt kann der Vormund – der Einzelvormund wie auch der Amtsvormund – die Pflicht und das Recht, sich anstelle der eigentlich sorgeberechtigten Eltern umfassend um die Person des Mündels zu kümmern und insoweit dessen Pflege und Erziehung zu fördern und zu gewährleisten (§§ 1800, 1631 BGB), nicht wahrnehmen. Dieser persönliche Kontakt muss auch kontinuierlich sein, um das Entstehen und Bestehenbleiben einer persönlichen Beziehung zwischen Vormund und Mündel zu gewährleisten. Die persönliche Beziehung ist für die sachgerechte Ausübung der Tätigkeit des Vormundes im Interesse seines Mündels unerlässlich.

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben nach § 79 Absatz 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) für eine ausreichende Ausstattung der Jugend- und Landesjugendämter zu sorgen, wozu nach dem Wortlaut der Vorschrift auch eine dem Bedarf entsprechende Ausstattung mit entsprechenden Fachkräften gehört. Damit der Vormund seinen Aufgaben gerecht werden kann, ist es notwendig, dass dieser nicht unangemessen viele Vormundschaften und

Pflegschaften führen muss. Die vorgeschlagene feste Fallzahl entspricht einer Empfehlung der Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls – § 1666 BGB“, die sich wiederum bei ihren Untersuchungen auf eine Empfehlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter („Dresdner Erklärung“ in: Der Amtsvormund 2000, S. 437) gestützt hat. Diese bereits im Jahr 2000 ausgesprochene Empfehlung zur Qualitätssicherung soll nunmehr verbindlich umgesetzt werden, um sicherzustellen, dass die schon nach geltendem Recht notwendigen Qualitätsstandards eingehalten werden.

Zu Nummer 2 (Artikel 1 Nummer 1 – § 1793 Absatz 1a BGB-E)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu.

Zentrales Anliegen der beabsichtigten Reform des Vormundschaftsrechts ist die Stärkung des persönlichen Kontakts zwischen Vormund und Mündel, um den Interessen des Mündels zukünftig besser gerecht werden und der Gefahr von Kindesmisshandlungen und -vernachlässigungen besser begegnen zu können.

Bereits das geltende Recht setzt eine persönliche Beziehung zwischen Vormund und Mündel und damit einhergehend einen regelmäßigen Kontakt zwischen Mündel und Vormund voraus. Wie die in der Vergangenheit bekannt gewordenen Vernachlässigungs- und Misshandlungsfälle jedoch gezeigt haben, wurde dieser persönliche Kontakt in der Praxis zum Teil nicht hinreichend gehalten. Ohne die Festschreibung einer konkreten Regelkontakthäufigkeit ist eine tatsächliche Änderung im Verhalten der Vormünder nicht zu erwarten. Im Regelfall hält die Bundesregierung einen persönlichen Kontakt einmal im Monat für erforderlich. Dass sich eine rein schematische Betrachtungsweise verbietet und Abweichungen hinsichtlich der Häufigkeit (mehr oder weniger) und des Ortes der Kontakte möglich sind, wird durch die von der Bundesregierung vorgeschlagene Formulierung hinreichend deutlich.

Zu Nummer 3 (Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a – § 55 Absatz 2 SGB VIII-E – Anhörung)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates im Grundsatz zu. Sie wird den Vorschlag im weiteren Gesetzgebungsverfahren prüfen und gegebenenfalls einen geeigneten Text erarbeiten.

Zu Nummer 4 (Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a – § 55 Absatz 2 SGB VIII-E – Fallzahlbegrenzung)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu.

Die Festschreibung einer konkreten Fallzahlobergrenze ist ein weiteres zentrales Anliegen der Reform, um den Zweck des Gesetzes – die Stärkung des persönlichen Kontakts

zwischen Vormund und Mündel – zu erreichen. Die hohe Belastung der Amtsvormünder durch eine Vielzahl ihnen anvertrauter Mündel hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es in der Vergangenheit zu Fällen von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung trotz bestehender Amtsvormundschaft gekommen ist.

Die vorgeschlagene Fallzahl entspricht den fachlichen Empfehlungen. Auch der Bundesrat selbst geht in seiner Begründung davon aus, dass „ein Orientierungsrahmen von 50 Vormundschaften oder Pflegschaften angemessen ist“. Ohne die ausdrückliche Festschreibung im Gesetz ist nicht hinreichend sichergestellt, dass die fachlichen Empfehlungen in der Praxis umgesetzt werden.

Zu Nummer 5 (Artikel 2 Nummer 1 – § 55 Absatz 2
SGB VIII – Bereitstellung finanzieller
Mittel)

Eine Regelung, die es dem Bund ermöglicht, die durch die Gesetzesänderung gegebenenfalls einzelnen Kommunen entstehenden finanziellen Mehrbelastungen auszugleichen, existiert nicht. Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (einschließlich der Kommunen als den Ländern zugeordnete Gebietskörperschaften) sind abschließend in Artikel 104a ff. GG geregelt.

Anlage 4: Kommunale Orientierungshilfe



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

KVJS

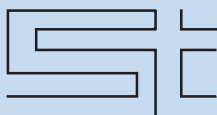
Jugendhilfe – Service

Kommunale Orientierungshilfe

**zur Personalbedarfsbemessung
des Arbeitsbereiches Beistand-
schaften/Amtsvormundschaften
in Baden-Württemberg**



Gemeindeprüfungsanstalt
Baden-Württemberg



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG





Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung	3
2.	Erläuterung der allgemeinen Grundsätze und Vorgehensweise	4
3.	Die vier Arbeitsfelder des Arbeitsgebietes Beistandschaften/ Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft	6
3.1	Beratung und Unterstützung außerhalb von Beistandschaften	6
3.1.1	Beschreibung des Arbeitsfeldes	6
3.1.2	Herangehensweise und Darstellung der Ergebnisse	7
3.2	Beistandschaft	7
3.2.1	Beschreibung des Arbeitsfeldes	7
3.2.2	Herangehensweise und Methode der Personalbedarfsermittlung	8
3.2.3	Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten	8
3.2.4	Darstellung und Erläuterung der Ergebnisse	8
3.3	Beurkundung	8
3.3.1	Beschreibung des Arbeitsfeldes	8
3.3.2	Herangehensweise und Darstellung der Ergebnisse	9
3.4	Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft	9
3.4.1	Beschreibung des Arbeitsfeldes	9
3.4.2	Herangehensweise und Methode der Personalbedarfsermittlung	10
3.4.3	Darstellung und Erläuterung der Ergebnisse	10
4.	Die Darstellung der empfohlenen Personalrichtwerte im Überblick	12
5.	Schlussbemerkung	13
	Die Mitglieder der AG	14

1. Vorbemerkung

Im Juli 2004 wurde die erste „Kommunale Orientierungshilfe zur Personalbemessung des Arbeitsbereiches Beistandschaften/Amtsvormundschaften in Baden-Württemberg“ von Städtetag und Landkreistag, Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg sowie den damaligen beiden Landeswohlfahrtsverbänden Baden und Württemberg-Hohenzollern herausgegeben. In den letzten sieben Jahren diente sie den Stadt- und Landkreisen als Grundlage für die Personalausstattung in diesen Arbeitsfeldern.

Seither haben sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit in diesen Bereichen zum Teil erheblich verändert. Die gravierendsten Veränderungen brachte das im Juli 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts. Es enthält zahlreiche Ausweitungen der Aufgaben und Berichtspflichten des Amtsvormundes (u. a. soll der Vormund das Mündel einmal im Monat in seiner gewohnten Umgebung aufsuchen). Durch diese neuen gesetzlichen Vorgaben wird sich der Zeitaufwand für eine Vormundschaft/Pflegschaft deutlich erhöhen. Im Juli 2012 tritt außerdem eine gesetzliche Fallzahlobergrenze in Kraft,

das heißt ein Vormund soll dann höchstens noch 50 Vormundschaften/Pflegschaften führen (§ 55 Abs. 2 SGB VIII). Auch im Bereich Beistandschaft haben sich in den letzten Jahren die Anforderungen und damit auch der zeitliche Aufwand für eine Beistandschaft deutlich erhöht.

Diese neuen Bestimmungen und Vorgaben erfordern eine Anpassung der Orientierungshilfe an die aktuellen Rahmenbedingungen der Arbeit. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des KVJS-Landesjugendamtes hat diese Aufgabe übernommen. Vertreter/-innen der Jugendämter, der Haupt- und Personalämter, der Gemeindeprüfungsanstalt und der Kommunalen Landesverbände arbeiteten daran mit. Die AG-Mitglieder sind in der beiliegenden Anlage genannt. Der personelle Aufwand für eine zeitgemäße, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Aufgabenerledigung wurde für die Bereiche Beistandschaft und Amtsvormundschaft neu ermittelt und die Erläuterungen aktualisiert. Für die Bereiche Beratung und Beurkundung wurden die Werte der Orientierungshilfe aus dem Jahr 2004 übernommen.



2. Erläuterung der allgemeinen Grundsätze und Vorgehensweise

Ziel dieser Orientierungshilfe ist es, die aufgezeigten Richtgrößen für jedes Kreis- beziehungsweise Stadtjugendamt mit seiner spezifischen Situation anwendbar zu machen. Daher waren die einzelnen Arbeitsfelder des Arbeitsgebietes Beistandschaften/Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft (BAV/BPV, siehe Kapitel 3) separat zu betrachten und zu bewerten. In der Regel sind in den Jugendämtern alle Arbeitsfelder durch dieselbe Arbeitskraft abzudecken. Durch die getrennt dargestellten Richtgrößen können die jeweils unterschiedlichen Anteile der einzelnen Arbeitsfelder am „Mischarbeitsplatz“ zueinander gewichtet werden. Die Orientierungsgrößen bilden den Rahmen, innerhalb dessen entsprechend der individuellen Bedingungen vor Ort der Personalbedarf für die Sachbearbeitung bestimmt werden kann. Dabei fließen zum Beispiel die Qualität der Ausstattung der Arbeitsplätze mit EDV ein und die Unterstützung der Sachbearbeiter/innen durch Zuarbeitung oder Sekretariat. Hierauf wird noch einmal in der Beschreibung der einzelnen Arbeitsfelder verwiesen. Wie in den einzelnen Arbeitsfeldern der Personalbedarf ermittelt wurde, ist jeweils beschrieben.

Grundsätzlich wird bei der Berechnung der mittleren Bearbeitungszeit für einen sogenannten „Musterfall“ die Netto-Jahresarbeitszeit für die Stellenbemessung verwendet, die auch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) zu Grunde legt. Der Personalbedarf ergibt sich daraus, dass die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Gesamtarbeitsminuten durch die jährlich zur Verfügung stehende Arbeitszeit (Jahresarbeitsminuten – JAM) einer Normalarbeitskraft geteilt werden. Nach Abzug der

arbeitsfreien Samstage, der Sonn- und Feiertage, der Urlaubs- und Krankheitstage beträgt die Gesamtnettoarbeitszeit einer Normalarbeitskraft 100 000 JAM (Beamte) beziehungsweise 95 600 JAM (Angestellte). Die Zeiten für die Arbeitsvorbereitung, die Ausfallzeiten und der Zeitaufwand für allgemeine Büroarbeiten wurden nicht im Einzelnen erfasst und untersucht. Für diese sogenannten Verteilzeiten, welche auf die gesamte Arbeitszeit verteilt werden müssen, wurde aufgrund allgemeiner Erfahrungswerte der GPA pauschal ein Zeitbedarf von zehn vom Hundert der Netto-Jahresarbeitszeit angesetzt. Nach Abzug dieser allgemeinen Verteilzeiten ergibt sich für eine vollbeschäftigte Arbeitskraft eine bereinigte Arbeitszeit von rund 90 000 JAM (Beamte) beziehungsweise 86 000 JAM (Angestellte).

Durch die derzeit unterschiedlich lange Wochenarbeitszeit von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg differiert die Netto-Jahresarbeitszeit zwischen Beamten und Angestellten um 4 000 Minuten. Daher wurde bei der Berechnung der Mittleren Bearbeitungszeit der Mittelwert der beiden Netto-Jahresarbeitszeiten verwendet (88 000 JAM).

Die genannten Grundsätze stellen die Grundlage dar, auf der die Richtwerte für die einzelnen Arbeitsfelder gebildet wurden. Bei der individuellen Berechnung des Personalbedarfs sind gegebenenfalls von der Netto-Jahresarbeitszeit abzuziehen:

- mit der Sachbearbeitung in Zusammenhang stehende Tätigkeiten, die dem Grunde nach der Zuarbeit zuzuordnen sind



- zeitliche Inanspruchnahme durch andere Tätigkeiten, wie zum Beispiel Personalrat
- Anteile für die Sachgebietsleitung. Sofern ein/e Sachbearbeiter/in gleich-

zeitig die Leitungsfunktion ausübt, bemisst sich der Zeitanteil, der für Leitungsaufgaben zu veranschlagen ist, an der Leitungsspanne.



3. Die vier Arbeitsfelder des Arbeitsgebietes Beistandschaften/ Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft

Das Arbeitsgebiet Beistandschaft/Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft setzt sich schwerpunktmäßig aus folgenden vier Arbeitsfeldern (siehe Tabelle) zusammen:

3.1 Beratung und Unterstützung außerhalb von Beistandschaften

3.1.1 Beschreibung des Arbeitsfeldes

Mit der Kindschaftsrechtsreform ist die Aufgabe der Beratung und Unterstützung außerhalb von Beistandschaften zum in-

tegralen Bestandteil des Arbeitsgebietes BAV/BPV geworden. Die Zahlen zur quantitativen Bemessung basieren auf der freiwillige Zusatzstatistik (FZS) der Jugendämter Baden Württemberg (vgl. Orientierungshilfe 2004).

Beratung und Unterstützung erhalten nach § 18 SGB VIII Mütter und Väter, die allein für ein Kind zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen. Dies umfasst die Ausübung der Personensorge einschließlich der Geltendmachung von Unterhalts-

<p>A Beratung gem. §§ 18 und 52 a SGB VIII/KJHG</p> <p>Aufgaben und Tätigkeiten: Prävention/Hilfe zur Selbsthilfe Information Vermittlung an andere Stellen/Kooperation Beratung Unterstützung</p>	<p>B Beistandschaft</p> <p>Aufgaben und Tätigkeiten: Beratung Unterstützung Begleitung gesetzliche Vertretung neben dem betreuenden Elternteil einzelfallbezogene Kooperation</p>
<p>C Beurkundung</p> <p>Aufgaben und Tätigkeiten: Auskunftserteilung/Information Belehrung Beurkundung</p>	<p>D Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft</p> <p>Aufgaben und Tätigkeiten: Beratung Unterstützung Begleitung gesetzliche Vertretung anstelle des oder in Ergänzung zum Elternteil Verantwortlichkeit für die und gegebenenfalls Organisation der Betreuung des Pfleglings/Mündels parteiliche Interessenvertretung des Pfleglings/Mündels einzelfallbezogene Kooperation fallübergreifende Kooperation</p>

oder Unterhaltersatzansprüchen des Kindes, eigene Ansprüche von Müttern und Vätern auf Betreuungsunterhalt sowie die Abgabe einer Sorgeerklärung. Junge Volljährige haben bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhalts- und Unterhaltersatzansprüchen.

Die Jugendämter sind verpflichtet, der Mutter, die nicht mit dem Vater verheiratet ist, Beratung und Unterstützung nach § 52a SGB VIII in Form eines persönlichen Gespräches anzubieten. Dabei geht es insbesondere um die Vaterschaftsfeststellung, Unterhaltsansprüche und Fragen der elterlichen Sorge. Die Beratung kann auf Initiative der Mutter auch schon vor der Geburt eines Kindes erfolgen.

3.1.2 Herangehensweise und Darstellung der Ergebnisse

Hier wurden die für die Orientierungshilfe 2004 ermittelten Werte belassen. Es gilt weiterhin die damals ermittelte **mittlere Bearbeitungszeit (mBz) von 20 Minuten je durchgeführter Beratungstätigkeit**.

3.2 Beistandschaft

3.2.1 Beschreibung des Arbeitsfeldes

Ein Elternteil, in dessen Obhut ein minderjähriges Kind lebt, kann das Jugendamt als Beistand zur Feststellung der Vaterschaft und/oder zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen beauftragen.

Der Arbeitsbereich ist geprägt durch die sich häufig ändernden gesetzlichen Regelungen und Rechtsprechung, die zudem immer komplexer werden. Dies erfordert insbesondere eine ständige Aktualisierung und Vertiefung der Fachkenntnisse.

Eine Beistandschaft kann, da sie auf Freiwilligkeit begründet ist, nur in einem permanenten Dialog mit dem berechtigten Elternteil durchgeführt werden. Die einzelnen der Aufgabenerledigung dienenden Schritte müssen ständig rückgekoppelt werden, was einer intensiven Beratung des antragstellenden Elternteils bedarf. Die Konsequenzen und prozessualen Risiken der einzelnen Handlungsschritte müssen abgestimmt, erläutert, begründet und ein kooperativer Arbeits- und Kommunikationsprozess in Gang gesetzt werden. Diese Komplexität des Arbeitsbereiches ist nur dann verantwortungsvoll zu bewältigen, wenn zusätzlich fachliche Qualifikationen in Gesprächsführung, Beratungsmethodik und Konfliktmanagement erworben und umgesetzt werden. Sämtliche Arbeitsschritte erfordern einen vergleichsweise hohen Zeitaufwand.

Seit der Orientierungshilfe 2004 haben sich Änderungen insbesondere aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), der Änderungen im Insolvenzrecht sowie der Rechtsprechung des BGH zum Mehrbedarf des Kindes ergeben (z. B. Kinderbetreuungskosten). Der nunmehr gesetzlich vorgegebene Anwaltszwang führt dazu, dass in vorgerichtlichen Verfahren bereits Anwälte eingeschaltet werden. Wird das Kind von einem Beistand vor Gericht vertreten, benötigt es keinen Anwalt. Der Beistand ist insoweit dem Anwalt gleichgestellt; dies gilt auch für Verfahren vor den Oberlandesgerichten. Die Beteiligtenstellung der Mütter im Abstammungsverfahren und die zusätzlichen Unterhaltsberechnungen zur Ermittlung des Mehrbedarfs wirken sich auf Qualität und Quantität der Aufgabenerfüllung aus und binden zusätzliche personelle Ressourcen.



3.2.2 Herangehensweise und Methode der Personalbedarfsermittlung

Für die Ermittlung des Personalbedarfs wurde eine Unterarbeitsgruppe gebildet. Von den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe wurden gemeinsame Standards für die künftige Sachbearbeitung entwickelt. Diese Standards wurden in die Beschreibung der in der Fallarbeit notwendigen Arbeitsschritte übernommen und damit zur Grundlage des jeweiligen Teilprozesses.

Aus den Einschätzungen zur Bearbeitungshäufigkeit und Bearbeitungsdauer der einzelnen Arbeitsschritte wurden die Soll-Bearbeitungszeiten abgeleitet.

3.2.3 Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten

Den jeweiligen Berechnungen liegen Durchschnittswerte für Bearbeitungszeiten, Häufigkeiten, Ausfallzeiten, Verteilzeiten und so weiter zu Grunde. Diese Werte sollten für die meisten Verwaltungen zutreffend sein. Selbstverständlich ist es bei gravierenden örtlichen Abweichungen möglich, die Berechnungen den unterschiedlichen Gegebenheiten anzupassen.

3.2.4 Darstellung und Erläuterung der Ergebnisse

Die Ermittlung des Zeitbedarfs für den Aufgabenbereich Beistandschaften ergab rechnerisch eine **mittlere Bearbeitungszeit von 425 Minuten pro Beistandschaftsfall und Jahr**.

Unberücksichtigt blieben bei der Erhebung die Zeitwerte, die durch Zuarbeit von Mitarbeitern oder durch Sekretariatskräfte erbracht werden. Dieser Anteil wurde nicht explizit untersucht. In der Praxis stellt sich ein sehr unterschiedliches Bild dar, das neben äußerst unterschiedlichen

Organisationsstrukturen in den Jugendämtern auch durch unterschiedliche Qualitäten in der Zuarbeit geprägt ist. Teilweise werden durch kompetente Zuarbeit Entscheidungen mit vorbereitet, anderenorts beschränkt sich die Zuarbeit auf reine Sekretariatstätigkeiten, die zu einer geringeren Entlastung der Sachbearbeiterin/ des Sachbearbeiters führt. Ebenso zu berücksichtigen ist, dass zentrale Aufgabengebiete der Sachbearbeitung auch durch eine qualifizierte Zuarbeit nicht entlastet werden können (z. B. Beratungs- und Verhandlungsgespräche oder die Wahrnehmung von Gerichtsterminen).

Unter Berücksichtigung der genannten Faktoren ergibt sich für den Arbeitsbereich der Beistandschaft folgende Rahmenzahl:

je 100 Prozent Sachbearbeiter/innenstelle ein Bearbeitungsvolumen von 200 bis 220 Fällen/Jahr.

Die Festlegung einer Fallzahl je Sachbearbeiter/in und Jahr innerhalb dieses Rahmens richtet sich nach den Gegebenheiten der betroffenen Verwaltung. Zu berücksichtigen sind hierbei vor allem die folgenden Faktoren:

- Erfahrung und Qualifikation der Sachbearbeiter/innen
- Unterstützung der Sachbearbeitung durch Sekretariatskräfte/Zuarbeit
- Qualität der EDV-Ausstattung und der Arbeitsplätze
- Organisationsstrukturen

3.3 Beurkundung

3.3.1 Beschreibung des Arbeitsfeldes

Als Urkundspersonen sind die Sachbearbeiter/innen nach wie vor für Belehrung, Prüfung und Beurkundung zuständig.

Der Beurkundungsvorgang beinhaltet die ausführliche („belehrende“) Informationsweitergabe über die Inhalte und Rechtsfolgen einer Beurkundung sowie die ordnungsgemäße und exakte Ausführung der einzelnen gesetzlich vorgegebenen Schritte zur Erstellung des Dokumentes. Die Sachbearbeitung muss in der Lage sein, bei den Klientinnen und Klienten wahrzunehmen, welche Informationen im Zusammenhang mit der Belehrung unverständlich geblieben sind (aus Informationsmangel oder wegen einer Informationsüberfrachtung), ob der Belehrung gefolgt werden kann und/oder ob zwischen Belehrung und Beurkundung eine Reflexionsphase benötigt wird.

3.3.2 Herangehensweise und Darstellung der Ergebnisse

Hier wurden die für die Orientierungshilfe 2004 ermittelten Werte belassen. Es gilt weiterhin die damals ermittelte **mittlere Bearbeitungszeit (mBz) von 40 Minuten je Beurkundungsvorgang**.

3.4 Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft

3.4.1 Beschreibung des Arbeitsfeldes

Als Amtsvormund/Amtspfleger/in übernimmt der Sachbearbeiter/die Sachbearbeiterin anstelle der Eltern eine umfassende rechtliche und persönliche Verantwortung und die Aufgabe der parteilichen Interessenwahrnehmung für das betroffene Kind/Jugendlichen (Mündel). Das verlangt die Erarbeitung und Einnahme klarer Positionen und Durchsetzung beziehungsweise Überprüfung der gesetzten Ziele. Wird für ein Mündel gleichzeitig Hilfe zur Erziehung geleistet, so ist der Vormund als Personensorgeberechtigter im Sinne des § 36 SGB VIII zu be-

trachten und wirkt somit bei der Ausgestaltung der Hilfe und bei der Aufstellung des Hilfeplans mit. Neben rechtlichen Kenntnissen, methodischen Fähigkeiten und pädagogischen Kompetenzen benötigt der Vormund für die Wahrnehmung seiner Aufgaben auch Zeitressourcen, insbesondere zum Aufbau und Pflege einer Beziehung mit dem Mündel und dessen Bezugspersonen.

Durch das Gesetz vom 29.06.2011 zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts wird der Vormund verpflichtet, mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll das Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen. Die Fallzahl für einen Vollzeitsachbearbeiter/eine Vollzeitsachbearbeiterin wurde auf höchstens 50 Vormundschaften vorgeschrieben. Der Vormund ist persönlich verpflichtet, die Förderung der Pflege und Erziehung des Mündels zu gewährleisten.

Die Vormundschaft ist dem Elternrecht angeglichen und deckt die entsprechenden Inhalte ab. Die Rolle des Vormunds und das Verständnis der einzelnen mit dieser Aufgabe betrauten Personen hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. So hat sich die Arbeit der Amtsvormünder vom reinen „Schreibtisch-Vormund“ entfernt und entwickelt sich – spätestens seit Inkrafttreten der Reform im Jahr 2011 – hin zum Vormund, der sich seiner Rolle als Elternersatz stellt.

Der Amtsvormund ist ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Biografie, die Lebenssituation, die Interessen und Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen zu kennen.



Vormundschaftsvereine

Gesetzlich besteht die Möglichkeit der Übertragung von Vormundschaften auf Vormundschaftsvereine (vgl. § 1791a BGB). Bisher gibt es in Baden-Württemberg mit dieser Form der Aufgabenübertragung nur wenig Erfahrung. Wird ein Verein oder eine Einzelperson zum Vormund bestellt, benötigen diese für zahlreiche das Mündel betreffende Rechtsgeschäfte eine Genehmigung des Familiengerichtes. Der Amtsvormund des Jugendamts ist dagegen für nahezu alle Rechtsgeschäfte von diesem Genehmigungsvorbehalt befreit. Dies belegt, dass der Gesetzgeber eine entsprechende Qualifikation des Vormundes in Rechts- und Sachfragen voraussetzt, die bei einer Beauftragung eines Vormundschaftsvereines oder eines seiner Mitglieder sichergestellt sein muss.

Nach der Entscheidung des BGH vom 25.05.2011 (XII ZB 625/10) besitzt nur ein zum Vormund bestelltes Vereinsmitglied einen Aufwandserstattungsanspruch gegenüber der Landesjustizkasse. Ist der Verein selbst zum Vormund oder Pfleger bestellt besteht kein Aufwandserstattungsanspruch.

Laut OLG Celle, Beschluss vom 19.04.2011 – 15 UF 76/10, ist die Amtsvormundschaft im Verhältnis zur Vereinsvormundschaft nicht subsidiär. Demnach besteht für das Familiengericht keine Verpflichtung einen bestehenden Vormundschaftsverein vorrangig zu beauftragen. Ob und in welchem Umfang sich für ein Jugendamt eine Beauftragung rechnet, hängt vom Grad der Refinanzierung der Vereinskosten durch die Justizkasse ab und von der Höhe der Kosten, die vom Jugendamt zusätzlich übernommen werden.

3.4.2 Herangehensweise und Methode der Personalbedarfsermittlung

Für die Ermittlung des Personalbedarfs wurde eine Unterarbeitsgruppe gebildet. Von den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe wurden gemeinsame Standards für die künftige Sachbearbeitung entwickelt. Diese Standards wurden in die Beschreibung der in der Fallarbeit notwendigen Arbeitsschritte übernommen und damit zur Grundlage des jeweiligen Teilprozesses.

Aus den Einschätzungen zur Bearbeitungshäufigkeit und Bearbeitungsdauer der einzelnen Arbeitsschritte wurden die Soll-Bearbeitungszeiten abgeleitet.

3.4.3 Darstellung und Erläuterung der Ergebnisse

Die rechnerische Ermittlung ergab eine mittlere Bearbeitungszeit von 2 018 Minuten pro Vormundschaftsfall und Jahr. Dieser Mittelwert fasst die sehr unterschiedlichen Organisationsformen und Aufgabenverteilungen des Arbeitsfeldes zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst und Vormund der verschiedenen Stadt- und Kreisverwaltungen zusammen.

Um der Unterschiedlichkeit der Aufgabenwahrnehmung in der Praxis gerecht zu werden, verständigte sich die AG auf die Empfehlung einer Rahmenzahl. Danach entspricht **eine 100 Prozent Sachbearbeiter/innenstelle einem Bearbeitungsvolumen von 42 bis 45 Fällen/Jahr.**

Die Festlegung der konkreten Zahl innerhalb des Rahmens richtet sich nach den Gegebenheiten der betroffenen Verwaltung. Zu berücksichtigen sind hierbei vor allem:



- Die Zusammensetzung des Teams, Erfahrung und Qualifikation der Sachbearbeiter/innen
- der Grad der Unterstützung durch Vorgesetzte in der Fallbearbeitung
- die Unterstützung der Sachbearbeitung durch Sekretariatskräfte/Zuarbeit
- die Qualität der EDV Ausstattung der Arbeitsplätze
- die geographischen Gegebenheiten im Stadt-/Landkreis (insbesondere Reisezeiten)



4. Die Darstellung der empfohlenen Personalrichtwerte im Überblick

<p>A Beratung gem. §§ 18 und 52 a SGB VIII/KJHG</p> <p>Mittlere Bearbeitungszeit: 20 Minuten je Beratungseinheit</p> <p>Das entspricht bei 88 000 JAM einer jährlichen Tätigkeitsbelastung von 4 400 Beratungstätigkeiten einer 100 Prozent Sachbearbeiter/innenstelle bei ausschließlicher Wahrnehmung von Beratungs- und Unterstützungsaufgaben außerhalb von Beistandschaften.</p>	<p>B Beistandschaft</p> <p>200 bis 220 Fälle je Sachbearbeiter/in/Jahr</p> <p>bei ausschließlicher Bearbeitung von Beistandschaftsfällen</p> <p>Das entspricht bei 88 000 JAM einer mBz von 6 h 40 min bis 7 h 20 min pro Beistandschaftsfall und Jahr.</p>
<p>C Beurkundung</p> <p>Mittlere Bearbeitungszeit: 40 Minuten je Beurkundungsvorgang</p> <p>Das entspricht bei 88 000 JAM einer jährlichen Tätigkeitsbelastung von 2 200 Beurkundungsvorgängen für eine 100 Prozent Sachbearbeiter/innenstelle, die ausschließlich Beurkundungen durchführt.</p>	<p>D Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft</p> <p>42 bis 45 Fälle je Sachbearbeiter/in/Jahr</p> <p>bei ausschließlicher Bearbeitung von Pflegschafts- und Vormundschaftsfällen</p> <p>Das entspricht bei 88 000 JAM 32 h 35 min bis 34 h 55 min pro geführter Vormundschaft/Amtspflegschaft und Jahr.</p>

Bei vorstehender Übersicht wurde exemplarisch die gemittelte Jahresarbeitszeit von Beamten und Angestellten in Höhe von 88 000 Jahresarbeitsminuten verwendet. Bei der individuellen Berechnung

des Personalbedarfs sind die unterschiedlichen Jahresarbeitszeiten für Beamte (90 000 JAM) und Angestellte (86 000 JAM) zu berücksichtigen.

5. Schlussbemerkung

Mit dieser Orientierungshilfe möchten Landkreistag, Städtetag, das KVJS-Landesjugendamt und die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg den Verwaltungen von Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg eine Verständigungsgrundlage zur Ermittlung und Bemessung des Personalbedarfes für den Arbeitsbereich Beistandschaft/Amtsvormundschaft an die Hand geben. Diese Orientierungshilfe trägt den komple-

xen Anforderungen des Arbeitsgebietes Rechnung und bietet einen nachvollziehbaren überörtlichen Bezugsrahmen zur Bemessung des Personalbedarfes. Dies wurde möglich, weil in der Arbeitsgruppe Fach- und Ressourcenverantwortliche der Stadt- und Landkreise ergebnisorientiert zusammenarbeiteten. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppe sei an dieser Stelle gedankt.



Die Mitglieder der AG

Manfred Großmann	Landkreis Rastatt – Hauptamt
Hannelore Heinrich	Landkreis Konstanz – Hauptamt
Georg Rupp	Landkreis Ravensburg – Haupt- und Schulverwaltung
Martin Reichert	Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Andrea Bührig	Landkreis Calw – Kreisjugendamt
Beate Felger	Landkreis Reutlingen – Kreisjugendamt
Thomas Geiger	Landkreis Konstanz – Kreisjugendamt
Julia Joos	Landkreis Lörrach – Kreisjugendamt
Hans-Peter Kirgis	Rems-Murr-Kreis – Kreisjugendamt
Diethelm Mauthe	Landkreis Esslingen – Kreisjugendamt
Monika Klaiber	Landkreis Tübingen – Kreisjugendamt
Elke Schmitz	Stadtkreis Heilbronn – Jugendamt
Ute Sutter	Ortenaukreis – Kreisjugendamt
Max Vogler	Landkreis Ravensburg – Kreisjugendamt
Waltraud Wolpert	Landkreis Heilbronn – Kreisjugendamt
Silke Zube	Schwarzwald-Baar-Kreis – Kreisjugendamt
Christa Heilemann	Landkreistag Baden-Württemberg
Reinhold Grüner	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg – Landesjugendamt
Heike Korge	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg – Landesjugendamt







April 2012

17

Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Dezernat Jugend – Landesjugendamt

Verantwortlich:
Heike Korge

Gestaltung:
Waltraud Gross

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart

Kontakt:
Telefon 0711 6375-0
Telefax 0711 6375-449

info@kvjs.de
www.kvjs.de

Bestellung/Versand:
Diane Geiger
Telefon 0711 6375-406
Diane.Geiger@kvjs.de



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Postanschrift

Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausadresse

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart (West)

Tel. 0711 63 75-0
www.kvjs.de

Anlage 5: Aufgabenbeschreibung Amtsvormund/Amtspfleger

Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

**Eine Aufgabenbeschreibung zur Entwicklung von
neuen Perspektiven der Aufgabenwahrnehmung
durch den Amtsvormund / die Amtsvormundin bzw.
den Amtspfleger / die Amtspflegerin**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Inhalte der Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft	5
1.1. Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen für den Eintritt einer Vormundschaft / Pflegschaft	5
1.2. Formen und Rangfolgen der Vormundschaften	7
1.3. Die Rolle des Pflegers	8
2. Führung der Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften	9
2.1. Rechtliche Stellung des Amtsvormundes	9
2.2. Aufgaben des Amtsvormundes	10
2.3. Beteiligung des Kindes und Jugendlichen	12
2.4. Zusammenarbeit mit Dritten	14
2.5. Haftung des Amtsvormundes	16
2.6. Spezialisierung des Amtsvormundes	18
3. Qualifikation des Amtsvormundes	20
3.1. Rechtliche Anforderungen	20
3.2. Persönliche Eignung / Anforderung	20
3.3. Anforderungen an die Ausbildung	22
3.4. Kollegiale Beratung, Fort- und Weiterbildung, Supervision	23
4. Zielsetzung	23
4.1. Persönliche Beziehung	23
4.2. Handlungsgrundsätze des Amtsvormundes	24
4.3. Optimierung der Rahmenbedingungen	26
5. Schlussbemerkungen	27

Präambel

*„...die Welt ist im Wandel. Ich spüre es im Wasser.
Ich spüre es in der Erde. Ich rieche es in der Luft.“*

Dieses Zitat aus dem berühmten Werk "Der Herr der Ringe" von J. R. R. Tolkien lässt sich durchaus auch für die Veränderung verwenden, welche spätestens seit Beginn des neuen Jahrtausends in vielen Jugendämtern landauf und landab vonstatten geht. Erlebbar ist seit dieser Zeit die schrittweise Ablösung von der verwaltenden Fallbearbeitung hin zur gestaltenden Beziehungsarbeit.

Durch mehrere dramatische Fälle von Kindesmisshandlung in der jüngeren Vergangenheit wurde der Staat nachdrücklich auf seine grundrechtliche Wächterfunktion hingewiesen. Die höhere Aufmerksamkeit in Sachen Kinderschutz erreichte nun auch die Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft, welche durch die Übernahme der elterlichen Sorge mehr zur Sicherheit seiner Mündel beitragen soll. Durch das Gesetz vom 29.06.2011 zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts werden die Anforderungen an den Amtsvormund / Amtspfleger konkretisiert.

Die Übernahme der gesetzlichen Vertretung für ein Kind bedeutet nicht nur die formale Abarbeitung behördlicher Angelegenheiten, sondern beinhaltet insbesondere die persönliche Beziehung des Vormundes / Pflegers zu seinem Mündel. Der Vormund / Pfleger hat in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit die Fürsorge für sein Mündel durch eine aktiv gestaltende Rolle wahrzunehmen. Partizipation und Kommunikation sind daher wichtige Elemente bei der Entscheidungsfindung mit dem Mündel.

Trotz der gesetzlichen Fallzahlenbegrenzung besteht die Herausforderung, die Arbeitsplätze im Bereich AV / AP so zu gestalten, dass die verantwortungsvolle Ausübung dieser wichtigen Aufgabe möglich ist. Die Vertretung der Kinder und Jugendlichen unter Wahrung der Mündelinteressen einerseits, und die Qualifikation der Mitarbeiter sowie deren Schutz vor Überlastung andererseits, müssen bei der Arbeitsplatzgestaltung berücksichtigt werden.

Die nachfolgende Aufgabenbeschreibung soll dazu dienen, die vielfältigen Inhalte dieses Arbeitsgebietes zu verdeutlichen. Sie soll dazu anregen, Veränderungsprozesse zu beginnen und/oder weiterzuentwickeln. Eine wesentliche Grundlage dieses Papiers stellt die so genannte Dresdner Erklärung aus dem Jahr 2000 dar. Die aus Sicht der Betroffenen dort formulierten Thesen 1 bis 5 sollen an dieser Stelle nochmals verdeutlichen, woraufhin Veränderungsprozesse gegebenenfalls überprüft werden sollten.

These 1

Ich will von meinem Vormund alles (regelmäßige persönliche Kontakte, Zeit zum Reden und für Unternehmungen, Zuwendung, Fürsprache und Schutz)

These 2

Ich, will dass mein Vormund alles weiß und kann

These 3

Ich will meinen Vormund immer behalten (wenn ich ihn mag)

These 4

Ich will, dass mein Vormund seine Entscheidungen mit mir bespricht (vorher oder nachher)

These 5

Ich erwarte, dass mein Vormund sich in mich einfühlt und danach sein Handeln für mich ausrichtet.

Um die Lesbarkeit der Ausführungen zu erleichtern, ist im Folgenden zumeist die männliche Form der Personenbezeichnung gewählt worden. Unabhängig davon beziehen sich die Ausführungen jedoch auf Frauen und Männer.

1. Inhalte der Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft

1.1. Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen für den Eintritt einer Vormundschaft / Pflegschaft

Art. 6 Abs. 2 GG, § 1 Abs. 1 SGB VIII bestimmen "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gesellschaft."

Kommen die Eltern dieser Pflicht nicht oder nicht zum Wohle des Kindes nach, muss der Staat den Schutz der Kinder sicherstellen.

In § 1773 Abs. 1 BGB heißt es: "Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder wenn die Eltern weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind".

Die Vormundschaft ist dem Elternrecht angeglichen und deckt die entsprechenden Inhalte ab. Die Rolle des Amtsvormundes und das Verständnis der einzelnen mit dieser Aufgabe betreuten Personen hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. So hat sich die Arbeit der Amtsvormünder vom reinen "Schreibtisch-Vormund" aus den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts entfernt und entwickelt sich - spätestens seit Inkrafttreten der Reform im Jahr 2011 - hin zum Vormund, der sich seiner Rolle als Elternersatz stellt.

Der Amtsvormund ist ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Biografie, die Lebenssituation, die Interessen und Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen zu kennen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Amtsvormundschaften bisher in der Regel von Mitarbeitern geführt werden, die nicht nur in diesem Aufgabenbereich tätig sind, sondern im Rahmen eines so genannten Mischarbeitsplatzes noch folgende Tätigkeitsfelder abdecken:

- Führung von Beistandschaften nach §§ 1712 ff BGB
- Durchführung von Beratung und Unterstützungstätigkeiten (§§ 18 Abs. 1, 2 und 4, 52 a SGB VIII)
- Beurkundungstätigkeiten (§ 59 SGB VIII)

Diese Tatsache bewirkt für den einzelnen Amtsvormund, dass die Arbeitszeit nicht allein für Tätigkeiten, die im Rahmen der Führung einer Amtsvormundschaft anfallen, zur Verfügung steht. Nachdem die Rolle des Amtsvormundes als Elternersatz immer mehr an Bedeutung gewinnt und in diesem Zusammenhang immer wieder Akutkonfliktsituationen zu bewältigen sind, müssen die betroffenen Mitarbeiter in der Lage sein, Prioritäten in der Reihenfolge ihrer Aufgabenerfüllung zu setzen. Qualitätsabstriche dürfen bei der Führung der Amtsvormundschaften nicht erfolgen.

Mit Inkrafttreten der Vormundschaftsreform entsteht immer mehr die Notwendigkeit, den Bereich Vormundschaft / Pflegschaft von den anderen Bereichen zu trennen. Eine Spezialisierung bietet eine Vielzahl von Vorteilen.

Die Schwierigkeiten in der Führung der Amtsvormundschaft liegen u. a. im Umfeld der Herkunftsfamilie eines Kindes oder Jugendlichen, den gesellschaftspolitischen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und nicht zuletzt in der Tatsache, dass eine Amtsvormundschaft des Jugendamtes grundsätzlich erst dann eintritt, wenn alle anderen Unterstützungsmöglichkeiten für die Familie ausgeschöpft und/oder bereits gescheitert sind.

Das Kind / der Jugendliche erhält z. B. in folgenden Fällen einen Vormund / Pfleger:

Anlass	Rechtsgrundlagen	Folgen
	Vormundschaft § 1773 BGB	
Tod beider Eltern	§§ 1680, 1681 BGB	bestellte Vormundschaft
Tod des allein sorgeberechtigten Elternteils, wenn das Gericht dem anderen Elternteil die Sorge nicht überträgt	§ 1680 BGB	bestellte Vormundschaft
Vollständiger Entzug der elterlichen Sorge	§§ 1666, 1666a, BGB	bestellte Vormundschaft
Anonyme Geburt / Abgabe eines Kindes in einer Babyklappe / Findelkind (unbekannte Eltern)	§ 1773 (2) BGB	bestellte Vormundschaft
<u>Ruhen</u> der elterlichen Sorge bei <u>tatsächlichem Hindernis</u> (Einreise eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings)	§ 1674 BGB	bestellte Vormundschaft
<u>Ruhen</u> der elterlichen Sorge bei <u>rechtlichem Hindernis</u> (Kind einer minderjährigen Mutter)	§ 1673 BGB	gesetzliche Vormundschaft
Abgabe der Einwilligung der Eltern in die Adoption und Zugang der Einwilligung bei Gericht	§§ 1747, 1750 (1), 1751 BGB	gesetzliche Vormundschaft
	(bestellte) Pflegschaft § 1909 BGB	
Rechtliche Verhinderung an der Ausübung von Teilbereichen der elterlichen Sorge z. B. teilweiser Entzug des Sorgerechts	§§ 1666, 1666 a BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat

Interessenkollision	§§ 1629 (2), 1795, 1796, 181 BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat
Verbot des Zuwendenden	§§ 1638, 1803 BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat
Tatsächliche Verhinderung an der Ausübung von Teilbereichen der elterlichen Sorge und Erforderlichkeit der Regelung einer Angelegenheit	§§ 1666, 1666a BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat
Feststellung der Vaterschaft und Regelung der Unterhaltsansprüche vor Geburt eines Kindes	§ 1912 BGB	Pflegschaft für die Leibesfrucht
Regelung des Umgangs eines Kindes oder Jugendlichen ohne Entzug oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	§ 1684 Abs. 3 BGB	Umgangspflegschaft

1.2. Formen und Rangfolgen der Vormundschaften

Aus den gesetzlichen Bestimmungen (§§ 1773 ff BGB und §§ 53 ff SGB VIII) sind folgende Formen der Vormundschaft abzuleiten:

- die Einzelvormundschaft (Bestellung einer natürlichen Person)
- die Vereinsvormundschaft (Bestellung eines rechtsfähigen Vereins)
- die Amtsvormundschaft (Bestellung des Jugendamtes)

Durch den Gesetzgeber ist die Form der Einzelvormundschaft klar als die erste Lösung herausgestellt worden.

Nach § 53 Absatz 1 SGB VIII ist das Jugendamt verpflichtet, dem Familiengericht eine Person oder einen Verein vorzuschlagen, der sich zur Führung der Vormundschaft im Sinne der §§ 1779 ff BGB eignet, also vom Familiengericht als Vormund ausgewählt werden kann.

Es hat zudem selbst geeignete Personen zu gewinnen. (§ 79 Absatz 2 SGB VIII).

Die Einzelvormundschaft ist kein Instrument zur Kosten- und Personaleinsparung im Jugendamt.

Es ist allerdings sehr schwierig, für die anspruchsvollen und umfangreichen Aufgabengebiete der Vormundschaft geeignete und zur Führung bereit Einzelpersonen zu finden. In diesem Zusammenhang müsste in Zukunft intensive Informationsarbeit etwa durch Pressemitteilungen, Verteilen von Flyern oder Anbieten von Informationsveranstaltungen erfolgen. Die Mitarbeiter der Jugendämter sind aufgrund der Arbeitsüberlastung allerdings nicht oder nur in stark eingeschränktem Rahmen in der Lage, diese Arbeit zu leisten. Hier bietet die Reform der Vormundschaft die Chance im Rahmen einer Neuorganisation der Vormundschaften, sich auf diesem Gebiet mehr einzubringen.

In der Praxis bestehen jedoch weit mehr Amtsvormundschaften als Einzel- und Vereinsvormundschaften.

1.3. Die Rolle des Pflegers

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Pflegschaft finden sich in den §§ 1909 bis 1921 BGB; außerdem sind gem. § 1915 BGB die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften anzuwenden, soweit sich nicht aus dem Gesetz etwas anderes ergibt. Das Familiengericht ist zuständig für die Entscheidung über Pflegschaften und deren Wirkungskreise.

Die Pflegschaft umfasst einen oder mehrere Wirkungskreise aus der gesamten Bandbreite der elterlichen Sorge. Sie ist bei den Fällen anzuordnen, in denen ein Fürsorgebedürfnis nicht allgemein, sondern nur für bestimmte personen- und sachbezogene Angelegenheiten besteht. Der Pfleger übt die gesetzliche Vertretung des Kindes oder Jugendlichen somit immer nur für einen klar umrissenen Wirkungskreis aus.

Wegen der hohen Voraussetzungen, die bei einem Entzug der gesamten elterlichen Sorge (§ 1666 BGB) vorliegen müssen und wegen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (§ 1666 a BGB), erfolgt zunächst oft nur ein Teilentzug bestimmter Wirkungskreise und deren Übertragung auf den Pfleger. Dies kann nur für die Abgabe einer einzigen Willenserklärung bis hin zur Ausübung der Personensorge sein.

Wie der Vormund ist auch der Pfleger ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Lebenssituation, die Interessen und Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen zu kennen. Es darf insbesondere der zeitliche Aufwand der Pflegschaften für die Abstimmung mit den leiblichen Eltern nicht unterschätzt werden, da diese weiterhin Teile des Sorgerechts innehaben.

2. Führung der Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

Wenn im Folgenden der Begriff "Amtsvormund" gebraucht wird, treffen die Aussagen in der Regel auch auf den Amtspfleger zu.

2.1. Rechtliche Stellung des Amtsvormundes

Das Jugendamt kann nach § 1791 b BGB zum Amtsvormund bestellt werden, wenn eine geeignete Einzelperson nicht gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass das Jugendamt von den Eltern des Kindes oder Jugendlichen weder benannt noch ausgeschlossen werden kann.

Der Vormund erhält mit der Übertragung der Vormundschaft das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes oder Jugendlichen zu sorgen.

Der Vormund vertritt in allen rechtlichen Angelegenheiten das Mündel und hat sich bei seinen Entscheidungen allein von den Belangen des Mündels leiten zu lassen.

Eine Besonderheit besteht bei der gesetzlichen Amtsvormundschaft nach § 1791 c BGB. Für das Kind einer minderjährigen, nicht verheirateten Mutter tritt sie kraft Gesetzes mit der Geburt ein und endet mit der Volljährigkeit der Mutter. Das Sorgerecht der Mutter ruht nach außen hin aufgrund der Minderjährigkeit (beschränkt geschäftsfähig). Gemäß § 1673 Abs. 2 BGB muss die minderjährige Mutter im Innenverhältnis in alle Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und ihre Meinung hat Vorrang gegenüber der des Amtsvormundes. Ist z. B. gegen den Willen der Mutter Hilfe zur Erziehung fürs Kind erforderlich, muss der Gewährung der Hilfe erst ein Sorgerechtsentzug durch das Familiengericht vorausgehen.

Nach § 55 SGB VIII überträgt das Jugendamt die Aufgaben des Beistands, des Amtspflegers oder Amtsvormundes einzelnen seiner Beamten oder Angestellten. Vor Übertragung der Aufgaben des Vormundes auf einen Mitarbeiter bei der Amtsvormundschaft, soll das Jugendamt den Mündel mündlich anhören. Entscheiden wird das Kind oder der Jugendliche nicht.

In dem durch die Übertragung festgestellten Rahmen ist der einzelne Beamte / Angestellte gesetzlicher Vertreter des Mündels und nicht Vertreter des Jugendamtes. Durch die Übertragung soll eine Annäherung der Amtsvormundschaft an die Einzelvormundschaft erfolgen. An Stelle einer anonymen Amtsführung soll auch der Amtsvormund eine persönliche Beziehung zum Mündel aufbauen. In diesem Rahmen hat der Amtsvormund persönlichen Kontakt zum Mündel zu pflegen und soll in der Regel einmal im Monat mit dem Mündel in dessen üblicher Umgebung zusammentreffen.

Der Amtsvormund ist privatrechtlich tätig und in der Ausübung des Amtes unabhängig. Im Rahmen der Aufgabenausübung ist der Amtsvormund nur begrenzt weisungsgebunden. Die zur Führung der Vormundschaft bestellte Person untersteht der Fachaufsicht des Familiengerichts (§ 1837 BGB) und der Dienstaufsicht und Richtlinienkompetenz des Dienstherrn (Jugendamts- und Behördenleiter). Vorgesetzte sind im Einzelfall berechtigt Weisungen zu erteilen, wenn diese zur Vermeidung rechtswidrigen Handelns oder eines unmittelbar bevorstehenden Schadens erforderlich sind.

Der Amtsvormund vertritt das Mündel in eigener Verantwortung und ist in seinem Beurteilungsspielraum am Kindeswohl ausgerichtet. Hierbei sind selbstverständlich die rechtlichen Vorgaben einzuhalten. Insofern stößt hier die Weisungsbefugnis im Rahmen der Fachaufsicht an Grenzen.

Hier wird deutlich, dass es in Einzelfällen nicht ausbleiben kann, dass Entscheidungen auch entgegen der Interessen der Verwaltung und zu Gunsten des Kindes oder Jugendlichen getroffen werden müssen. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn ein Antrag auf Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 ff SGB VIII vom Jugendhilfeträger abgelehnt wird und der Anspruch dann vom Amtsvormund ggf. gerichtlich durchgesetzt werden muss. Von der Rechtsprechung ist mittlerweile anerkannt, dass es sich in diesen Fällen der Interessenkollision nicht um einen "Insichprozess" im Streitverfahren handelt.

2.2. Aufgaben des Amtsvormundes

Die elterliche Sorge teilt sich in die Personensorge und die Vermögenssorge. Der Amtsvormund übernimmt die Aufgaben, die ihm übertragen wurden, nachdem die Eltern nicht oder nicht mehr zu deren Wahrnehmung in der Lage bzw. berechtigt sind. Insofern hat die Wahrnehmung der Vormundschaft Auswirkungen auf alle Belange des täglichen Lebens des Mündels. Dabei hat der Amtsvormund nicht nur die rechtlichen Interessen des Kindes oder Jugendlichen zu vertreten. Er hat sich auch um dessen persönliche Belange zu kümmern sowie den Mündel persönlich zu fördern und seine Erziehung zu gewährleisten. Diese Aufgabe kann nicht an die Mitarbeiter/innen des Sozialen Dienstes oder die Pflegeperson übertragen werden.

Es sind im Einzelnen beispielhaft folgende Aufgaben wahrzunehmen, die nicht den Mitarbeitern des Sozialen Dienstes oder den Pflegepersonen überlassen werden können:

a) Im Rahmen der Personensorge

- Bestimmung des Aufenthalts
 - Bestimmung von Wohnort und Wohnung (z. B. Abschluss von Mietverträgen)
 - Unterbringung bei Pflegepersonen oder Verwandten, in Einrichtungen der Jugendhilfe usw.
 - Antrag auf Genehmigung einer geschlossenen Unterbringung (§ 1631b BGB)

- Wahrnehmung der Meldepflichten
- Beantragung von Ausweisen
- Entscheidungsbefugnis über die Herausgabe des Kindes oder Jugendlichen
- Regelung des Umgangs
- Sicherstellung des Lebensunterhalts und Versicherungsschutz
 - Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen
 - Regelung aller Rentenangelegenheiten (Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz)
 - Beantragung sonstiger Ansprüche (z. B. Kindergeld, BAföG, BAB)
 - Abschluss von Versicherungsverträgen (z. B. Kranken-, Haftpflichtversicherung)
- Geltendmachung der Unterhaltsansprüche
- Sicherstellung von Pflege und Erziehung
 - Bestimmung der Erziehungsziele
 - Beaufsichtigung der Erziehung durch regelmäßige Kontakte zur Pflegeperson und zum Mündel
 - Teilnahme an Hilfeplangesprächen als Personensorgeberechtigter (§ 36 SGB VIII)
 - Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechts (§ 5 SGB VIII)
 - Beachtung des Selbstbestimmungsrechts des Mündels durch regelmäßige Gespräche und gegenseitige Information zur Vertrauensbildung
 - Einwilligung zur Taufe, Kommunion, Konfirmation usw.
- Sicherstellung der Gesundheitsfürsorge
 - Sorge für die notwendige medizinische Betreuung
 - Regelmäßige Gesundheitsvorsorge
 - Einwilligung zu medizinischen Maßnahmen und Eingriffen (z. B. Operationen, Impfungen, Bluttransfusionen usw.)
 - Veranlassung notwendiger medizinischer Untersuchungen
 - Beantragung medizinischer Hilfsmittel
- Sicherstellung von Schul- und Berufsausbildung
 - Auswahl des Kindergartens und der Schule
 - Entscheidungsfindung zum Schul- und Berufsweg
 - evtl. notwendige persönliche Gespräche mit Betreuern, Lehrern oder Ausbildern
 - Auswahl von Ausbildungsstellen und Abschluss von Ausbildungsverträgen
- Klärung status- und namensrechtlicher Fragen
 - Klärung der Vaterschaft durch Zustimmung zur Anerkennung (§ 1595 Abs. 2 BGB)
 - Vertretung des Mündels im gerichtlichen Feststellungs- oder Anfechtungsverfahren (§§ 1600, 1600 e BGB)
 - Mitwirkung im Adoptionsverfahren (§§ 1746, 1748 BGB)

- Vertretung bei Namensänderung (§§ 1616 ff, 1757 BGB)
- bei ausländischen Mündeln: Asyl-, Aufenthaltsberechtigung, usw.

b) Im Rahmen der Vermögenssorge

- Prüfung, Geltendmachung und Regelung von Erbensprüchen einschließlich der Entscheidung über die Erbausschlagung und die Nachlassinsolvenz
- Anlage eines Vermögensverzeichnisses
- Anlage des Mündelvermögens (mündelsicher)
- ggf. Verwaltung von bebauten/unbebauten Grundstücken
- Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen

2.3. Beteiligung des Kindes und Jugendlichen

Beteiligung ist die Möglichkeit des Mündels, sich mit seinen Rechten und Problemen Gehör zu verschaffen, Meinungen und Wünsche zu Planungs- und Entscheidungsprozessen äußern und im Sinne von Mitbestimmung und Selbstbestimmung etwas zu bewirken.

Die Beteiligung beruht auf regelmäßigen persönlichen Kontakten von Vormund und Mündel

Rechtsgrundlagen für die Beteiligung

Die Verpflichtung des Amtsvormunds zur Beteiligung des Mündels ergibt sich aus:

- den Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz der Rechte der Kinder (KRK):
 - (Artikel 12) Meinungsäußerung und Berücksichtigung entsprechend Alter und Reife / rechtliches Gehör
- dem Grundgesetz (GG):
 - (Artikel 2) Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit
 - (Artikel 3) Gleichheitsgrundsatz
 - (Artikel 5) Meinungsfreiheit
- dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB):
 - (§1626 Abs.2) Beteiligung des Kindes in Fragen der elterlichen Sorge gemäß seinem Entwicklungsstand
 - (§ 1793 Abs 1, Satz 1a) Der Vormund hat mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn im Einzelfall sind kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten.
- dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII):
 - (§ 5) Grundsätzliches Wunsch- und Wahlrecht der Klienten, zwischen den Einrichtungen und Dienstleistungen der verschiedenen Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe

zu äußern. Der Vormund hat das Wunsch- und Wahlrecht in Übereinstimmung mit den Interessen des Kindes wahrzunehmen.

- (§ 8 Abs. 1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand zu beteiligen.
- (§ 8 Abs. 2) Die Jugendämter, damit auch der Vormund, sind verpflichtet ein Mündel auf seine Rechte imungsverfahren, sowie in den Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.
- (§ 9 Nr.2) Daraus ergibt sich bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben, dass die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln zu berücksichtigen, die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien im Auge zu behalten sind.
- (§ 36) Mündel und Vormund sind bei der Gewährung von Hilfe zu Erziehung zu beteiligen. Vor der Inanspruchnahme oder einer beabsichtigten Änderung der Hilfe ist sowohl das Kind oder der Jugendliche wie auch der Vormund entsprechend zu beraten und über mögliche Folgen für die Entwicklung des Mündels zu informieren. Mitwirkung von Vormund und Mündel an der Aufstellung und Fortschreibung des Hilfeplans sind vorgeschrieben.
- (§ 55 Abs.2) Vor der Übertragung der Aufgaben des AP oder des AV soll das Jugendamt das Kind oder den Jugendlichen zur Auswahl des Beamten oder Angestellten mündlich anhören soweit dies durch Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder Jugendlichen möglich ist. Eine ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung ist unverzüglich nachzuholen.

Ziel der Beteiligung

Gemeinsam mit dem Mündel ist die am besten geeignete Hilfe/Perspektive zu finden. Ihm ist jede Unterstützung zu geben, die seine persönliche Entwicklung fördert (§ 1 SGB VIII).

Deshalb ist anzustreben:

- Akzeptanz beim Kind/Jugendlichen
- Ein beteiligtes Mündel fühlt sich ernst genommen und gleichberechtigt behandelt. Dies kann sich positiv auf die Beziehung zwischen Amtsvormund und Mündel und auf dessen Entwicklung auswirken.
- Wissen über Wünsche und Vorstellungen des Mündels
- Dadurch können Widerstände verstanden und Vorstellungen des Amtsvormunds von denen des Mündels unterschieden werden. Das bietet dem Amtsvormund die Chance, seine Rolle und eigene Wertvorstellungen zu hinterfragen.
- Identifikation mit der Hilfe

- Hilfen und Entscheidungen werden besser mitgetragen und akzeptiert, wenn sich das Mündel darin wiederfindet.
- Effizienz der Hilfe
- Findet ein Aushandlungsprozess zwischen Mündel und Fachkräften statt, ergibt sich die Möglichkeit einer verbesserten Orientierung an der Lebenswirklichkeit des Mündels und damit die Chance einer verbesserten Wirksamkeit.

Formen der Beteiligung

Jedes Kind und jeder Jugendliche ist entsprechend seinem Entwicklungsstand zu beteiligen. Vom Mündel gewünschte Personen sind grundsätzlich einzubeziehen.

Die mit der Vormundschaftsreform vorgesehene Anhörung des Mündels vor der Auswahlentscheidung des Vormunds ist jedoch nur als rechtliche Beteiligung zu sehen.

Die Beteiligung des Mündels setzt zwingend voraus, dass es seinen Amtsvormund kennt. Häufige Kontakte bieten die Chance für ein verbessertes Vertrauensverhältnis. Durch persönliche Begegnungen, schriftliche und telefonische Kontakte kann sich der Amtsvormund einen Überblick über Wünsche und Vorstellungen des Mündels verschaffen und die zu treffenden Entscheidungen auf eine stabile Grundlage stellen. Vom Amtsvormund verlangt dies eine entsprechende Grundeinstellung und ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Kommunikationsfähigkeit. Je intensiver das Vertrauensverhältnis ist, desto eher ist es möglich, dass Wünsche und Vorstellungen geäußert werden und Berücksichtigung finden. Kontinuierliche Kontakte des Amtsvormunds mehrfach im Jahr sind deshalb die Mindestanforderung.

Eine Teilnahme am Hilfeplangespräch soll dem Alter und der Reife des Mündels entsprechend erfolgen. Teilhabe des Kindes am Hilfeplanungsprozess zwingt die Fachkräfte zu erhöhter Transparenz.

Neben dieser individuellen Beteiligung des Mündels sind auch Beteiligungsformen wie Seminare, Zukunftswerkstätten oder Ähnliches möglich.

2.4. Zusammenarbeit mit Dritten

Die Zusammenarbeit mit Dritten ist von einer Parteilichkeit für das Mündel getragen. Die Weitergabe von Informationen an Dritte soll sich am Wohl des Mündels orientieren.

- Eltern

Der Amtsvormund sollte die Eltern des Kindes nach Möglichkeit kennen. Durch den Amtsvormund sind die Eltern zeitnah über die Aufgaben und Funktion des Vormundes zu informieren. Als Inhaber der Personensorge bestimmt der Vormund unter Berücksichtigung des § 1684 BGB Umfang und Qualität des Umgangs. Nach § 1686 BGB erhalten

die Eltern Auskunft über die Entwicklung des Kindes. Unter Berücksichtigung des Kindeswohls sind die Eltern zu beteiligen.

- Familiengericht

Das Familiengericht bestellt den Vormund nach § 1791 b Abs. 2 BGB. Nach § 1840 Abs. 1 BGB berichtet der Vormund einmal jährlich über die persönlichen Verhältnisse und legt ggf. die Vermögensrechnung vor. Der Bericht hat auch Angaben zu den persönlichen Kontakten des Vormunds zum Mündel zu enthalten.

Nach § 87 c Abs. 3 SGB VIII hat der Amtsvormund einen Entlassungsantrag zu stellen, wenn sich der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes oder Jugendlichen ändert.

- Sozialer Dienst

Die Zusammenarbeit zwischen Amtsvormündern und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes soll durch eine Kooperationsvereinbarung verbindlich geregelt werden.

Der Amtsvormund ist wie die sorgeberechtigten Eltern zu behandeln und hat Anspruch auf Hilfen zur Erziehung nach § 27 ff SGB VIII. Er ist nach § 36 Abs. 1 SGB VIII über die geeignete Hilfeform bzw. vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen hinzuweisen (§ 36 Abs. 1 SGB VIII).

Der nach § 36 SGB VIII vorgeschriebene Hilfeplan wird vom Sozialen Dienst unter Beteiligung des Amtsvormunds und des Mündels erstellt.

- Wirtschaftliche Jugendhilfe

Bei stationärer Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 SGB VIII wird der Lebensunterhalt des Kindes oder Jugendlichen durch die Jugendhilfe sichergestellt. Die Wirtschaftliche Jugendhilfe erhebt bei den Eltern Kostenbeiträge. Der Amtsvormund hat sicherzustellen, dass dem Mündel zustehende Ansprüche (z. B. OEG-Leistungen, Waisenrente, Schadensersatzansprüche, Berufs- und Ausbildungsbeihilfe, BAföG) geltend gemacht werden.

Die von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe gewährten Leistungen sind vom Amtsvormund zu überprüfen, bei nicht antragsgemäßer Bewilligung ist Widerspruch einzulegen.

- Adoptionsvermittlungsstelle

Das Jugendamt wird gem. § 1751 Abs. 1 BGB Vormund sobald die Eltern oder ein Elternteil gem. § 1747 BGB in die Adoption ihres Kindes eingewilligt haben; dies gilt auch bei Ersetzung der elterlichen Einwilligung (§ 1748 BGB). Der Amtsvormund kooperiert mit der Adoptions-

vermittlungsstelle und stimmt nach Kenntnis der Verhältnisse der vorgesehenen Adoption zu.

- Sonstige

Um das Mündel angemessen vertreten und in seinem Sinne entscheiden zu können, sollte der Amtsvormund die Personen kennen, die aktiv an der Erziehung des Kindes oder Jugendlichen beteiligt sind bzw. kann die Kontaktaufnahme zu weiteren Personen wie zum Beispiel Pflegeeltern, Mitarbeiter von Einrichtungen der Jugendhilfe, Kindergärten, Lehrer/innen, Ausbilder/innen usw. erforderlich sein.

2.5. Haftung des Amtsvormundes

Wird eine Einzelperson oder Verein zum Vormund bestellt, benötigen diese für viele Rechtsgeschäfte für das Mündel eine Genehmigung des Familiengerichtes. Das Jugendamt als Amtsvormund ist für nahezu alle Rechtsgeschäfte von diesem Genehmigungsvorbehalt befreit. Darin zeigt sich, dass der Gesetzgeber eine entsprechende Qualifikation in Rechts- und Sachfragen des Amtsvormundes voraussetzt.

Nachstehende Aufstellung führt den Umfang der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsfreiheit des Amtsvormundes beispielhaft auf:

Rechtsgeschäft	Rechtsgrundlage der Genehmigungs- Aufsichtsbefreiung
Abgabe eines Vermögensverzeichnisses § 1802 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG, § 56 SGB VIII
Verwaltung eines Erbes § 1803 Abs. 2 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Anlage von Mündelvermögen § 1811 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Kauf von Wertpapieren § 1812 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Hinterlegung von Wertpapieren § 1818 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Verfügung über Hypothekenforderungen § 1819 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Umwandlung von Inhaberpapieren § 1820 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Rechtsgeschäfte über Grundstücke und Schiffe, § 1821 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG

Vertragsverhältnisse § 1822 Nr. 1 – 11 und Nr. 13 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Abschluss von Lehr- und Arbeitsverträgen, § 1822 Nr. 6 + 7 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Abschluss von Vergleichen § 1822 Nr. 12 BGB	Von der Aufsicht in vermögensrechtlicher Hinsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Aufnahme eines Erwerbsgeschäftes § 1823 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Überlassung von Gegenständen aus Verträgen, § 1824 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Rechnungslegung § 1854 Abs. 2 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Rechnungsprüfung § 1892 Abs. 1 BGB	Keine Rechnungslegung, die Einreichung einer zusammenfassenden Darstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Vermögensentwicklung ist ausreichend, § 24 LKJHG

Anlässlich der Wahrnehmung der Aufgaben mit Elternersatzfunktion für Kinder und Jugendliche durch die entsprechend bestellten Mitarbeiter des Jugendamtes wird schnell die Frage nach der Verantwortlichkeit für jegliches Handeln des Jugendamtes zu stellen sein. Hier kommt die "Garantenstellung des Jugendamtes als Vormund" zur Sprache. Die strafrechtliche Garantenpflicht der zur Schutzgewährung unmittelbar tätigen Mitarbeiter des Jugendamtes leitet sich aus § 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII ab.

Im Rahmen der Ausübung der Personensorge nach § 1631 Abs. 1 BGB handelt der bestellte Mitarbeiter als gesetzlicher Vertreter des Kindes oder des Jugendlichen. In der Regel werden Aufgaben nicht selbst wahrgenommen, sondern auf Dritte (z: B. Pflegefamilien, Jugendhilfeeinrichtungen) übertragen.

Dem Amtsvormund verbleiben im Rahmen seiner Aufsichtspflicht aber zumindest folgende Aufgaben:

- Teilnahme an Hilfeplangesprächen
- Überwachung der Hilfe und ihre Durchführung an Hand des Hilfeplans
- Mitwirkung bei der Auswahl der Einrichtung oder Pflegefamilie
- Inanspruchnahme der notwendigen Hilfen durch die jeweiligen Fachdienste
- In der Regel monatliche Kontakte mit dem Mündel
- Persönliche Inaugenscheinnahme der Ausführung der Hilfe vor Ort

Die Verletzung dieser Pflichten kann für den Amtsvormund sowohl haftungsrechtliche wie auch strafrechtliche Folgen haben.

Bei unsachgemäßer Wahrnehmung der Amtsvormundschaft durch die nach § 55 Abs. 2 SGB VIII beauftragte Person und damit zusammenhängendem Schadenseintritt werden Schadensersatzpflichten ausgelöst. Die Haftungsansprüche richten sich gegen das Jugendamt.

Bei Pflichtverletzungen gegenüber dem Minderjährigen kommen als Anspruchsgrundlagen sowohl Amtshaftungsansprüche nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG sowie Ansprüche nach den für den Vormund allgemein geltenden Bestimmungen des § 1833 BGB in Betracht.

Bei Schädigung Dritter durch die Pflichtverletzung kommt in der Regel ein reiner Amtshaftungsanspruch in Frage. In Fällen von grob fahrlässigem Verhalten und Vorsatz kann die Behörde (das Jugendamt) auf den einzelnen Mitarbeiter zurückgreifen.

Strafrechtliche Konsequenzen für den einzelnen Mitarbeiter können sich insbesondere aus Unterlassungshandlungen im Sinne des § 13 Strafgesetzbuches (StGB) ergeben.

Eine unsachgemäße Wahrnehmung der Aufgaben durch den Amtsvormund kann nicht nur weitreichende Schadensersatzansprüche auslösen, sondern auch (persönliche) strafrechtliche Konsequenzen für das Jugendamt und den Mitarbeiter nach sich ziehen.

Aus diesen Gründen sollte es nachvollziehbar und im Interesse der Behörde sein, diese Aufgaben nur entsprechend qualifiziertem Personal anzuvertrauen.

2.6. Spezialisierung des Amtsvormundes

Die Wahrnehmung der gesetzlichen und bestellten Amtsvormundschaften ist in den Jugendämtern organisatorisch sehr unterschiedlich geregelt.

Verschiedene Zuständigkeitskonstellationen bzw. die Verbindung mit der Wahrnehmung werden in den Jugendämtern unterschiedlich praktiziert:

- Amtsvormünder, die auch als Beistand und Urkundsperson tätig sind und
- Amtsvormünder, die ausschließlich Vormundschaften und Pflegschaften führen

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Eine Untersuchung von Hansbauer u. a. aus dem Jahr 2004¹ hatte ergeben, dass die am häufigsten vorkommende Organisationsform die Zuständigkeitskombination mit den Aufgaben der Beistandschaft und dem Aufgabengebiet Beurkundungen war. Nur zirka jeder 5. Amtsvormund war ausschließlich mit der Wahrnehmung von Amtsvormundschaften befasst.

¹ Hansbauer, Muttke und Oelerich: Vormundschaften in Deutschland

Ein wesentlicher Unterschied in der Fallherangehensweise besteht darin, dass der Beistand eine Dienstleistung ausführt auf Grund einer freiwilligen Willensäußerung des allein Sorgeberechtigten oder des Elternteils, in dessen Obhut sich das Kind befindet. Der Amtsvormund tritt dagegen als alleiniger Entscheider und Interessenvertreter (kraft Gesetzes oder durch Bestellung des Gerichts) des Kindes auf.

In der Prioritätenliste eines Anforderungsprofils, das in der Fachdiskussion bis hin zu Äußerungen aus dem Bundesjustizministeriums, (Zypries 17.8.9 SZ: Forderung nach gesetzlicher Verankerung eines Kontakts von Vormund zu Mündel) bestätigt wird, steht die Fähigkeit einer längerfristigen, tragfähigen Bindung, die die Basis darstellen soll, um die Erziehung des Mündels zu sichern, in seinem Interesse zu entscheiden und ihm eine Stütze zu sein, an vorderster Stelle. Neben dieser persönlichen Eignung, sollte ein Amtsvormund sozialpädagogische Kenntnisse, Rechtskenntnisse und Wissen um die Funktionsweise von Verwaltungen mitbringen. Diese Kenntnisse sollen ihn in die Lage versetzen, als Interessenvertreter und Entscheider für das Kind zu handeln.

Gelingt es einem Amtsvormund in diesen umfangreichen Aufgabenstellungen, Wissen und Erfahrung anzusammeln, sind die Grenzen einer Spezialisierung erreicht.

Die verschiedenen Zuständigkeitskonstellationen sind unterschiedlich häufig anzutreffen. Einerseits historisch gewachsen - hier ist nicht zuletzt die Kindschaftsreform im Jahr 1998 zu nennen, die wesentlichen Einfluss auf die Ausformung der Zuständigkeiten im Bereich der Amtsvormundschaft hatte - andererseits auch abhängig u. a. von Größe und Strukturen der jeweiligen Verwaltung in den Jugendämtern. Eine Spezialisierung des Amtsvormundes wird sich, je intensiver sich diese gestaltet, auf die gegebene bzw. angestrebte Struktur in seinem Arbeitsbereich, wohl aber auch auf die Struktur im Jugendamt insgesamt auswirken. Mit wachsender Spezialisierung kann sich für den Amtsvormund i. d. R. auch die Gefahr von auftretenden Zielkonflikten minimieren.

Amtsvormundschaften- und Amtspflegschaften als alleinige Aufgabenstellung

In dieser Form ist aus Sicht des Mündels die Idealform der Zuständigkeitsausformung eines Amtsvormundes erreicht. Eine Spezialisierung ermöglicht die Vertiefung von Kenntnissen in folgenden Bereichen:

- Psychologie, Sozialpädagogik und Soziologie
- Gesprächsführung
- Spezielle und umfassende Rechtskenntnisse (z.B. SGB, OEG usw.)
- Jugendhilfeangeboten und deren Inhalte und Qualität

Fazit:

Die Frage der Spezialisierung und mithin die Entscheidung für eine Organisationsform wird sich ausrichten an:

- rechtlichen Vorgaben
- personellen Ressourcen (z. B. kollegiale Vertretung)
- Organisationsstrukturen (Außenstellen)

3. Qualifikation des Amtsvormundes

Es ist unerlässlich, dem Mündel eine qualifizierte, erfahrene Person als Amtsvormund zur Seite zu stellen. Die Mitarbeiter müssen Fachkräfte sein, die eine für diese Aufgaben entsprechende Ausbildung haben, sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen oder aufgrund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen.

3.1. Rechtliche Anforderungen

Im Rahmen der Organisationshoheit bestimmen die öffentlichen Träger der Jugendhilfe eigenständig über die personelle Ausstattung der Jugendämter.

Durch die Neufassung des § 55 Abs. 2 SGB VIII, die zum 05.07.2012 in Kraft treten wird, sind die Träger der Jugendhilfe in ihrer Eigenständigkeit insoweit eingeschränkt, dass vom Gesetzgeber eine Fallzahlbegrenzung festgeschrieben wurde.

Nach § 72 SGB VIII sind hauptberuflich nur Personen zu beschäftigen, "die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder aufgrund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen".

3.2. Persönliche Eignung / Anforderung

Neben den fachlichen und rechtlichen Anforderungen ist auch das Kriterium der "persönlichen Eignung" der zum Amtsvormund bestellten Person als Eignungskriterium zu beachten. Die bestellten Personen müssen durch eine entsprechende Grundeinstellung und persönliche Lebenserfahrung die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben gewährleisten. Dazu gehören insbesondere:

Kooperationsbereitschaft

Im Interesse des Kindes oder Jugendlichen ist es unbedingt notwendig mit Fachkräften, Eltern oder anderen Bezugspersonen des Kindes oder Jugendlichen zusammenzuarbeiten. Nur so ist sichergestellt, dass alle für die Entwicklung und Förderung des Mündels notwendigen Informationen in die Entscheidungsfindung mit einfließen können.

Flexibilität

Handlungsstrategien und Problemlösungskonzepte müssen flexibel an der Persönlichkeit, den Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand des Kindes oder Jugendlichen ausgerichtet sein, bzw. angepasst werden. Hier ist es von besonderer Bedeutung, dass jedes Mündel eine andere Geschichte hat und deshalb auch keine Entscheidungen nach vorgegebenen Mustern getroffen werden können.

Physische und psychische Belastbarkeit

Durch die Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen in schwierigen Lebensverhältnissen kommt es immer wieder zu Frustrationserlebnissen unterschiedlichster Art. Diese müssen vom Amtsvormund ausgehalten und verarbeitet werden. Es müssen trotzdem und immer wieder neue Denk- und Handlungsansätze erarbeitet werden, um die Entwicklung des Mündels zu fördern. Es müssen belastende Situationen ausgehalten und damit umgegangen werden, z. B. massive Anfeindungen Dritter (durch Eltern, Presse, Politik). Der Amtsvormund "muss immer präsent sein". Nachdem die meisten Amtsvormünder neben dieser Tätigkeit auch weitere Aufgabenbereiche abdecken müssen, entsteht durch die Arbeitsbelastung ein erheblicher Druck, der ausgehalten werden muss.

Verantwortungsbereitschaft

Vom Amtsvormund sind als gesetzlichem Vertreter der Kinder oder Jugendlichen Entscheidungen in wichtigen Lebensfragen der Mündel zu treffen. Der Amtsvormund muss sich bewusst sein, dass die Entscheidungen die zukünftige Entwicklung der Kinder oder Jugendlichen erheblich beeinflussen. Dieser Verantwortung muss sich der Amtsvormund bei allen Entscheidungen, die von ihm alleinverantwortlich getroffen werden, immer wieder vor Augen führen, da ansonsten eine verantwortliche Führung der Amtsvormundschaft nicht möglich ist.

Respekt vor der Person des Kindes oder Jugendlichen

Grundsätzlich ist die Wertschätzung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen die Basis zur qualifizierten Führung der Amtsvormundschaft. Der Amtsvormund sollte sich nicht an den Defiziten, sondern an den beim Mündel vorhandenen Kompetenzen orientieren. Stärkung der Persönlichkeit und Gestaltung eines für das jeweilige Mündel entwicklungsfördernden Umfeldes stehen im Vordergrund.

Die Herkunftsfamilie sollte unter Würdigung ihrer Ressourcen und Kompetenzen einbezogen werden.

Entsprechendes und glaubwürdiges (kongruentes) Verhalten

Da die Entscheidungen im Regelfall wichtige Lebensfragen des Mündels betreffen, sind die Kinder oder Jugendlichen entsprechend ihrem Alter und der geistigen Entwicklung an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Entscheidungen sollten offen erfolgen und für alle Beteiligten nachvollziehbar sein.

Kenntnis der persönlichen und fachlichen Grenzen

Der Amtsvormund sollte sich seiner persönlichen und fachlichen Grenzen bewusst sein. Er muss in der Lage sein, sich ggf. Beratung und Hilfestellung zu holen.

3.3. Anforderungen an die Ausbildung

Die personelle Ausstattung der Jugendämter wird durch die öffentlichen Träger der Jugendhilfe bestimmt. Es sollen nach § 72 SGB VIII nur Personen hauptberuflich beschäftigt werden, die sich für diese Aufgaben eignen und eine dieser Aufgaben entsprechende Ausbildung haben. Der Gesetzgeber verwendet ausdrücklich den Begriff der Fachkraft, um die besonderen Anforderungen an die Geeignetheit eines Amtsvormunds hervorzuheben.

Im Vordergrund steht hierbei die Ausbildung mit einem abgeschlossenen Studium im Bereich der Verwaltung oder der Sozialpädagogik. Ein Abschluss in beiden Bereichen wäre optimal.

Fachkenntnisse und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet des Rechts, der Verwaltung, der Pädagogik, Psychologie und Soziologie sind unabdingbar.

Dies gilt ebenso für die Kenntnis von Aufbau- und Ablauforganisationen von Verwaltungen und Gerichten, insbesondere für Familiengerichte.

Besondere Kenntnisse sind im Zivil- und Verwaltungsrecht erforderlich. Hervorzuheben sind dabei die nachstehenden Rechtsbereiche:

- BGB (Familienrecht, Erbrecht, Unterhaltsrecht)
- FamFG
- ZPO
- SGB, besonders die Teile I, VIII, X
- Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, z. B. Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht.

Neben spezifischen Kenntnissen in den aufgeführten Rechtsgebieten, muss ein pädagogisches, psychologisches und soziologisches Grundwissen über die Entwicklung und die Erziehung von jungen Menschen vorhanden sein.

Damit deren Fähigkeiten, Stärken, Begabungen und Interessen erfolgreich erkannt und gefördert werden können, sollen darüber hinaus Kenntnisse

- in der Kommunikationspsychologie
- bei Trennungs- und Verlusterlebnissen von Kindern
- bei sexuellem Missbrauch
- bei Vernachlässigung
- bei Misshandlung von Kindern
- über Schul- und Berufsausbildung

- in ambulanten und stationären erzieherischen und therapeutischen Hilfen für Kinder und Jugendliche

vorhanden sein.

3.4. Kollegiale Beratung, Fort- und Weiterbildung, Supervision

Zur Erarbeitung von Lösungen ist in Einzelfällen die kollegiale Beratung ein wichtiges Element. Durch fachlichen Austausch innerhalb des Kollegenkreises wird sichergestellt, dass die Kompetenzen des Teams zur Geltung kommen und der Amtsvormund nicht zum "Einzelkämpfer" wird. Handlungsmotive und -schritte können gegebenenfalls gemeinsam reflektiert und/oder erarbeitet werden. Jeder Amtsvormund sollte mindestens einmal wöchentlich die Möglichkeit haben, kollegiale Beratung mit mehreren Kollegen in Anspruch zu nehmen. Dies kann auch unter Zuhilfenahme von externer Begleitung geschehen. Die Möglichkeit zur kollegialen Beratung besteht im Anschluss an die wöchentliche Teamsitzung zur Fallverteilung. Die Teilnahme ist verbindlich.

Um die an die Ausbildung und Qualifikation des Amtsvormunds geknüpften Voraussetzungen zu erreichen, zu optimieren und zu aktualisieren, muss der Vormund zur ständigen Fort- und Weiterbildung bereit sein. Soweit nicht vorhanden, müssen Qualifikationen zusätzlich erworben werden. Eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen, die Fragestellungen aus verschiedenen Rechts- und sozialpädagogischen Bereichen, aber auch sonstige spezifische Themen der Vormundschaft zum Inhalt haben, wird vorausgesetzt.

Das Jugendamt ist dafür verantwortlich, den Amtsvormündern die Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen und die notwendigen Geldmittel bereitzustellen. Zur Förderung des Teams sind gemeinsame Fortbildungen mit dem Sozialen Dienst anzustreben.

Durch die Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen in schwierigen Lebensverhältnissen kommt es immer wieder zu Belastungen und Konflikten unterschiedlichster Art, z. B. massive Anfeindungen durch Dritte (durch Eltern, Presse, Politik). Diese müssen vom Amtsvormund ausgehalten und verarbeitet werden. Der Amtsvormund muss immer „präsent“ sein d. h. er kann sich nicht zurücknehmen. Zur Belastungsprophylaxe muss daher Supervision zur Verfügung stehen, einerseits, um dem Amtsvormund oder dem Team eine Möglichkeit zu bieten, mit den Belastungssituationen umzugehen, und andererseits, um immer wieder neue Denk- und Handlungsansätze zum Wohl der Mündel zu entwickeln.

4. Zielsetzung

4.1. Persönliche Beziehung

Die Vormundschaftsreform stellt die Praxis vor große Herausforderungen, da sie sich nicht nur auf die Beziehung zum Mündel sondern auf das gesamte sonstige Beziehungsgeflecht erheblich auswirken kann. Dabei ist

immer abzuwägen inwiefern der monatliche Besuch des Vormunds von Pflegeeltern oder Einrichtungen z. B. als Kontrolle empfunden wird und der angestrebten Zielsetzung eher entgegen wirkt. Entscheidet sich der Vormund im Einzelfall längere Besuchsabstände durchzuführen, muss er sich mit der gegenwärtigen Situation des Mündels intensiv auseinandersetzen, Vor- und Nachteile abwägen und mögliche Auswirkungen aufzeigen, um dies auch gegenüber dem Familiengericht nachvollziehbar begründen zu können.

Für den Vormund sind die Kenntnis der Lebensgeschichte des Mündels und eine grundsätzlich wertschätzende Haltung nicht nur dem Mündel sondern auch den Eltern gegenüber von großer Bedeutung. Damit dies erreicht werden kann, muss sich der Vormund intensiv mit seinem Mündel beschäftigen (Beziehungsarbeit), den Willen und die Wünsche des Kindes ernst nehmen, sich mit ihm auseinandersetzen, ihm bei der Durchsetzung seiner Wünsche zur Seite stehen und ihn unterstützen (Bedürfnisbefriedigung). Der Vormund muss in Krisenzeiten präsent sein und zur Konfliktbewältigung aktiv beitragen.

Weiterhin wird für den Vormund immer wichtiger, sich seiner Rolle bewusst zu sein und sich gegenüber den Aufgaben des Sozialen Dienstes abzugrenzen, damit es nicht zu einer Aufgabenvermischung kommt.

Der Amtsvormund soll für sein Mündel die Kontinuität in den Beziehungen außerhalb des Elternhauses darstellen. Andere Bezugspersonen des Kindes oder Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe sowie die zuständigen Mitarbeiter des Sozialen Dienstes wechseln während des Bestehens einer Amtsvormundschaft, wie Erfahrungswerte zeigen, häufig. Umso wichtiger ist eine dauerhafte, eigenständige und vertrauensvolle Beziehung zwischen Mündel und Vormund.

Bei dauerhaftem Wechsel des Wohnorts des Kindes oder Jugendlichen in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Jugendamts sollte entsprechend den gesetzlichen Regelungen des SGB VIII grundsätzlich eine Abgabe der Amtsvormundschaft erfolgen, da der Amtsvormund für das Mündel vor Ort und damit leicht erreichbar sein muss. Wenn eine Abgabe der Amtsvormundschaft erfolgen sollte, ist es wünschenswert vorher eine Übernahmeanfrage an das künftig zuständige Jugendamt zu richten. Hierbei sollte eine umfassende Information an das örtliche Jugendamt erfolgen. Soweit aufgrund des Entwicklungsstandes und der persönlichen Situation des Mündels ein Erhalt der Beziehung zum bisherigen Vormund wichtig erscheint, soll eine Amtsvormundschaft trotz Wechsels des gewöhnlichen Aufenthalts nach Möglichkeit vom bisherigen Vormund fortgeführt werden.

4.2. Handlungsgrundsätze des Amtsvormunds

Der Vormund handelt parteiisch für das Kind oder den Jugendlichen. Um seine Interessen angemessen vertreten zu können, ist es erforderlich, seine Biografie, Lebenssituation sowie Bedürfnisse und Interessen zu kennen, um Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Daraus resultieren die folgenden Grundsätze:

Der Amtsvormund

- handelt ausschließlich im Interesse seines Mündels und wahrt die ihm zustehenden Rechte
- schafft und erhält ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis
- achtet sein Mündel und bringt ihm Wertschätzung entgegen
- beschafft sich alle notwendigen Kenntnisse über sein Mündel sowie dessen soziale und rechtliche Situation und berücksichtigt die persönliche Biografie seines Mündels
- hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten (§ 1800 BGB)
- pflegt regelmäßige Kontakte zu seinem Mündel (§1793 Abs. 1a BGB)
- steht seinem Mündel als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung
- richtet die Intensität der Beziehungen nach der individuellen Situation seines Mündels aus
- bezieht sein Mündel, aktiv in alle Hilfeplan- und Entscheidungsprozesse ein und prüft, ob der Wille des Mündels mit seinem Wohl vereinbar ist
- wählt eine dem Alter und dem Entwicklungsstand des Mündels entsprechende Gesprächs- und Kommunikationsform und stellt sicher, dass die Entscheidungen und Verwaltungsabläufe durchschaubar und nachvollziehbar für sein Mündel gestaltet werden
- bezieht bei Verständigungs- und/oder Sprachproblemen in Absprache mit dem Mündel eine aus seiner Sicht geeignete Vertrauensperson mit ein
- formuliert Ziele und Notwendigkeiten offen und verständlich
- sichert den Anspruch des Mündels auf Vertrauensschutz
- hält Kontakt zu den Pflegeeltern, Heimen und Fachdiensten, möglichst auch zu Kindergarten, Schule und Ausbildungsstätte, um sich laufend über die Entwicklung seines Mündels zu informieren
- achtet darauf, dass andere Beteiligte die Grundrechte des Kindes nicht verletzen
- erörtert die Bedarfssituation des Mündels mit beteiligten Personen und Stellen. Er kooperiert eng mit den Sozialen Diensten und mit den Mitarbeitern der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und anderen Fachdiensten, um alle für sein Mündel erforderlichen Leistungen und Hilfen realisieren zu können

- wird auch bei innerbehördlichen Interessenkollisionen immer die Mündelinteressen vertreten.

4.3. Optimierung der Rahmenbedingungen

Die gesetzlichen Neuerungen im Bereich der Vormundschaften, die in einem ersten Schritt am 06.07.2011 in Kraft getreten sind und zum 05.07.2012 vollständig in Kraft treten werden, verpflichten die Landkreise und Städte mit eigenem Jugendamt, die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Aufgabenstellung des Vormunds und das neue Rollenverständnis sind im Zusammenwirken mit den anderen Fachdiensten des Jugendamts neu zu definieren.

Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung

Die Amtsvormünder sind auf eine Kooperation mit anderen Aufgabenbereichen innerhalb des Jugendamts angewiesen. Er braucht detaillierte und umfassende Informationen. Insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Sozialen Dienstes ist von erheblicher Bedeutung. Der Soziale Dienst vermittelt in der Regel den Erstkontakt mit der Herkunftsfamilie.

Im Zusammenhang mit dem Erstkontakt zur Herkunftsfamilie und damit auch zum Kind oder Jugendlichen ist zu klären, in welcher Form das Kind oder Jugendliche an der Auswahl der Person des Vormundes beteiligt werden kann, wie dies vom Gesetzgeber ab Juli 2012 vorgeschrieben ist.

An der Schnittstelle Sozialer Dienst / Amtsvormundschaft ist eine klare Trennung der Aufgaben erforderlich, um Interessenkollisionen, Überschneidungen und damit Konflikte zu vermeiden. Eindeutige und unmissverständliche Kooperationsvereinbarungen zwischen der Amtsvormundschaft und dem Sozialen Dienst innerhalb eines Jugendamtes sind unerlässlich. Dabei ist insbesondere dem Umstand Rechnung zu tragen, dass der Vormund, unabhängig von den weiterhin bestehenden Aufgaben des Sozialen Dienstes, die Pflege und Erziehung des Mündels zu fördern und zu gewährleisten hat.

Der Amtsvormund als Inhaber der elterlichen Sorge (§ 7 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII) ist Anspruchsberechtigter für Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII. Er tritt hier als Antragsteller und somit Interessenvertreter des Kindes oder Jugendlichen auf und hat sicherzustellen, dass die Rechte des Kindes oder Jugendlichen gewahrt werden.

Die Aufgabe des Amtsvormunds als Antragsteller für Hilfen zur Erziehung erfordert eine Trennung der Führung der Amtsvormundschaft von der Stelle, die über die Gewährung der Hilfe entscheidet und den Leistungsbescheid zustellt.

Das SGB VIII ist Bestandteil des Sozialgesetzbuches. Aus diesem Grunde sind auch die Vorschriften des SGB I (Sozialgesetzbuch Allgemeiner Teil) und des SGB X (Sozialgesetzbuch Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz) anzuwenden. Nach § 16 SGB X dürfen Personen, die im Verwaltungsverfahren als Beteiligte auftreten, an Entscheidungen in diesem Verfahren nicht beteiligt sein. Der Vormund als Antragsteller auf Hilfen zur Erziehung ist Verfahrensbeteiligter. Damit trifft den Amtsvormund das Mitwirkungsverbot im Sinne der genannten Vorschrift. Rechtlich sind beide Aufgabenbereiche bereits dadurch getrennt, dass die Hilfen zur Erziehung zu den "Leistungen der Jugendhilfe" nach § 2 Abs. 2 SGB VIII und die Vormundschaften zu den "Anderen Aufgaben der Jugendhilfe" nach § 2 Abs. 3 SGB VIII gehören.

Fachlicher Austausch in Teams

Um die beruflichen Aufgaben im Rahmen der Führung einer Amtsvormundschaft verantwortlich erfüllen zu können, ist regelmäßiger fachlicher Austausch zwischen den Amtsvormündern einerseits und den anderen Fachdienste im Jugendamt notwendig.

Regelmäßig wöchentlich sollten Einzelfallbesprechungen mit allen Amtsvormündern stattfinden. Empfehlenswert wäre, in diesen Besprechungen auch die Neufälle zu verteilen.

Durch die immer umfassendere und umfangreichere Betreuung der Mündel ist Selbstevaluation im Rahmen einer Supervision für die Sachbearbeiter unbedingt erforderlich.

Fallzahlbemessung

Mit der Fallzahlbegrenzung nach § 55 Abs. 2 SGB VIII soll angestrebt werden, dass einerseits der Vormund den intensiven Kontakt zu seinem Mündel sicherstellt und andererseits der Vormund seiner Verantwortung zur Pflege und Erziehung gerecht wird.

In der Praxis wird es deutlich, dass es schwierig sein wird bei einer Fallzahl von 50 den Anspruch eine persönliche Beziehung aufzubauen und gleichzeitig Maßnahmen zur Förderung der Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen zu gewährleisten.

5. Schlussbemerkungen

Bei vielen der Jugendämter in Baden-Württemberg erfolgt die Bearbeitung der Amtsvormundschaften im Rahmen sog. Mischarbeitsplätze d. h. es sind neben den Amtsvormundschaften auch weitere Arbeitsgebiete (Beistandschaften, Pflegerschaften, Beurkundungen und Beratungen) wahrzunehmen.

Mit den jetzt in Kraft getretenen gesetzlichen Änderungen und Neuregelungen setzt in den Jugendämtern eine Diskussion darüber ein, ob weiterhin an den Mischarbeitsplätzen festgehalten werden kann. Die inhaltliche Neuausrichtung

der Aufgaben des Amtsvormunds muss mittel- bis langfristig zwangsläufig zu einer Trennung der Aufgaben führen.

In der bisherigen Organisationsform ist die Anzahl der Beistandschaften wesentlich höher als die der Vormundschaften pro Mitarbeiter. Durch das Festhalten an dem bisher vorrangigen Mischarbeitsplatzes führt die hohe Erwartungshaltung der beauftragenden Elternteile einerseits, sowie der erweiterte Verantwortungsbereich für den Amtsvormund zu erheblichen Spannungen bei der alltäglichen Aufgabenbewältigung.

In Städten wie Mannheim gibt es seit 2001 eine spezialisierte Wahrnehmung des Aufgabengebietes Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft. Dies hat sich bewährt. Eine umfangreiche Kenntnis von Einrichtungen der Jugendhilfe, von Pflege- und Erziehungsstellen sowie der sie begleitenden Dienste, hat zu einer erhöhten Kompetenz bei der Auswahl der Hilfen und der Mitwirkung in der Hilfeplanung geführt. Der häufige Kontakt mit den Familiengerichten gibt Sicherheit im Auftreten und eine verbesserte Akzeptanz. Die Konzentration auf Amtsvormundschaften, unbelastet von anderen Aufgaben, führt dazu, dem vom Gesetzgeber vorgegebenen neuen Rollenverständnis eines Amtsvormunds gerecht zu werden.

Die Zuteilung der Amtsvormundschaften auf die einzelnen Mitarbeiter erfolgt nach unterschiedlichen Grundsätzen, wobei zunehmend festzustellen ist, dass die Jugendämter das reine Buchstabenprinzip bzw. das reine Regionalprinzip verlassen und neue Verteilungsgrundsätze anwenden. Dabei sollte auf die Eigenheiten des Einzelfalls, eine Spezialisierung und die Fallbelastung der Mitarbeiter geachtet werden.

Die Führung der Amtsvormundschaften ist eine Pflichtaufgabe der örtlichen Jugendämter nach § 2 Abs. 3 SGB VIII. Die Ausgestaltung dieser Pflichtaufgabe unterliegt der Entwicklung von Standards, die in den bisherigen Ausführungen beschrieben werden.

Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt eine Zunahme an Eingriffen in die elterliche Sorge. Dieser Entwicklung hat der Gesetzgeber mit den jetzt in Kraft getretenen Änderungen und Neuerungen im Vormundtschaftswesen Rechnung getragen. Jetzt gilt den Arbeitsbereich der Amtsvormundschaften in den Jugendämtern mit ausreichend Personal auszustatten.

In den Jugendämtern in denen die Vormundschaften bisher ausschließlich von Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes wahrgenommen wurden, ist die Ergänzung des Teams der Vormünder durch sozialpädagogische Fachkräfte empfehlenswert.

Mit der Reform des Vormundschaftsrechts sind langgelegte Forderungen und Rahmenbedingungen geschaffen worden, die es nun in der Praxis mit Leben zu erfüllen gilt. Allerdings ist zu hoffen, dass diesem ersten Schritt weitere gesetzgeberische Schritte folgen werden.

Diese Aufgabenbeschreibung wurde von der Landesarbeitsgruppe Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften (AG AV/AP BaWÜ) erstellt. Die Arbeitsgruppe wurde auf Anregung des Facharbeitskreises der Fachbereichs- bzw. Sachgebietsleiter/innen BPV bzw. BAV der Stadt- und Kreisjugendämter in Baden-Württemberg gebildet.

Der Landesarbeitsgruppe Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften Baden-Württemberg gehören an:

Claudia Brendle	Stadt Villingen-Schwenningen
Klaus Budeck	Stadt Mannheim
Susanne Cope-Link	Stadt Heilbronn
Irmgard Hader	Landratsamt Biberach
Hans Peter Kirgis	Landratsamt Rems-Murr-Kreis in Waiblingen
Diethelm Mauthe	Landratsamt Esslingen
Beate Mitschke	Landratsamt Ostalbkreis in Aalen
Peter Nied	Landeshauptstadt Stuttgart
Monika Peinel	Stadt Ulm

Anlage 6: Fachliche Standards

Hinweise zur Arbeits- und Orientierungshilfe "Leistungsprofil des Amtsvormunds", Fördern und Gewährleisten von Pflege und Erziehung des Mündels, § 1800 Satz 3 BGB und § 55 Abs. 3 SGB VIII

Fachliche Standards zum gesetzlichen Auftrag nach § 1800 S. 2 BGB nF,
§ 55 Absatz 3 SGB VIII nF

Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten.

Die oben genannten Aufgaben sind nicht delegierbar, d.h. sie sind vom Vormund höchstpersönlich wahrzunehmen. Dieses kann nur bedeuten, dass der Vormund die „Aufsicht“ führt, einzelne Aufgaben im Rahmen des Alltagsgeschäfts an Dritte delegiert.

Bestimmte Entscheidungen müssen vom Vormund getroffen werden. Die Abgrenzungsmöglichkeiten sind in den Vorschriften §§ 1687, 1688 BGB zu finden. Die grundsätzliche Abklärung ist abhängig von der individuellen Fallgestaltung. Der erste Schritt zur Einschätzung ist, dass der Vormund sein Mündel kennenlernt.

Um das Mündel persönlich zu fördern, bedarf es grundsätzlich der monatlichen Besuche in der üblichen Umgebung des Mündels. Bei Einzelfällen mit längeren Besuchsabständen wird auf die Hinweise zur Arbeits- und Orientierungshilfe „Beteiligung des Mündels“ (Mündelkontakte § 1793 BGB) verwiesen.

Der Besuchskontakt kann - individuell orientiert an dem Bedarf des Kindes - im Kindergarten, der Schule, bei stationären Aufenthalten in der Klinik oder einer Kurmaßnahme, bei Hilfeplangesprächen oder bei diagnostischen Therapiegesprächen stattfinden. Das Zusammenwirken zwischen Vormund und seinem Mündel wird durch die Beziehung geprägt.

Die Konstellationen in der Fallgestaltung sind unterschiedlich. Der aktuelle Bedarf ist festzustellen. Dieser wird sich im Laufe der Mündelbegleitung verändern. Das setzt voraus, dass der Vormund in die fortwährende Hilfeplanung (§ 36 SGB VIII) zwingend einzubinden ist. Entscheidungen über den Lebensmittelpunkt eines Mündels sind vom Vormund zu treffen. Dies umfasst auch die Prüfung der Konzeption der Einrichtung oder des Profils der Pflegeeltern. Der Vormund muss die Einrichtung kennen und die Pflegeeltern kennen lernen.

In der folgenden nicht abschließenden Aufstellung werden die Bereiche aufgeführt, in denen der Vormund durch Wahrnehmung seiner Aufgaben seiner Verpflichtung der persönlichen Förderung und Gewährleistung i. S. der § 1800 S.2 BGB n F, § 55 Abs. 3 SGB VIII nachkommt.

Auf die Qualitätsstandards für Vormünder der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen wird ebenfalls verwiesen.

	Zu klären ist:	In die Wege zu leiten sind:
Aufenthalt	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Aufenthalt im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme, bei Pflegeeltern oder in einer Wohnung ✓ Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Anmeldung/Ummeldung ✓ Vermisstenmeldung ✓ Genehmigung von Mietverträgen/Verträge mit Energieversorgern ✓ Kinderausweis/Kinderreisepass/Personalausweis/Ausweispapiere ggf. über die jeweiligen Botschaften / Konsulate ✓ Asylantrag / Einbürgerung ✓ Begleitung bei Anhörungen
Status	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Mutterschaft ✓ Vaterschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Freiwillige Anerkennung oder gerichtliche Klärung ✓ Beratung über Sorgeerklärung bei gesetzlicher Amtsvormundschaft
Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Krankenversicherungsschutz ✓ Grundsätzlicher gesundheitlicher Status des Mündels (U-Heft-Check) ✓ Impfstatus entsprechend der Ständigen Impfkommision ✓ Bedarf an zusätzlichen Therapien <ul style="list-style-type: none"> - Frühförderung - Psychotherapie / psychiatrischer Hintergrund - Trauma- bzw. Trauerbewältigung ✓ Einnahme von besonderen Medikamenten ✓ Zahnstatus ✓ Operationen / kosmetische Eingriffe, Piercing und 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Vorstellung bei diagnostischen Einrichtungen ✓ Vorstellung bei Therapeuten mit Teilnahme an Erst- und Abschlussgespräch ✓ notwendige Psychiatrieaufenthalte ✓ Operationseinwilligungen nach Rücksprache mit dem behandelnden Arzt ✓ Prüfung und Einwilligung bei besonderen Medikamenten (z.B. Ritalin)

	<ul style="list-style-type: none"> √ √ Tätowierungen √ lebensverlängernde Maßnahmen √ Schwangerschaftsverhütung und -abbruch 	
Kindergarten, Schule und Betreuung	<ul style="list-style-type: none"> √ Kindertagesstätte/ konfessioneller oder staatlicher Regelkindergarten, Integrativ-kindergarten, Sonderkindergarten √ Schulsituation/- konfessionelle, private oder staatliche Schule, Regelschule, weiterführende Schule, Förderschule, Internat √ Integrationshelfer √ Tagespflege/offene Ganztagschule 	<ul style="list-style-type: none"> √ tatsächlicher Schulbesuch √ Teilnahme an Krisengesprächen (KITA/ Schule) / Klassenkonferenzen √ Unterzeichnung von Zeugnissen mit juristischer Relevanz (Nichtversetzung) √ Berufsfindung √ Berufsberatung √ sonderpädagogischer Förderbedarf
Berufliche Förderung	<ul style="list-style-type: none"> √ über die Regelschulzeit hinausgehender Schulbesuch √ berufsvorbereitende und Orientierungsmaßnahmen √ Berufsfindung √ Berufsberatung √ Ausbildung 	<ul style="list-style-type: none"> √ Ausbildungsvertragsunterzeichnung √ BAB-Antrag
Finanzieller Hintergrund	<ul style="list-style-type: none"> √ Einkommen wie Rentenbezug, ALG II, Ausbildungsvergütung, Eingliederungshilfe, BAFöG, BAB, Kindergeld √ Jugendhilfeleistung √ Unterhaltsansprüche √ OEG √ Vermögens-/ Erbangelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> √ Beantragung von Sozialleistungen (Jugendhilfe, Renten, Eingliederungshilfe etc.) √ Geltendmachung von Schadensersatz bzw. Schmerzensgeldansprüchen √ Vermögenssicherung und –verwaltung √ Erbannahme oder –ausschlagung √ Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen

		√ Kontoeröffnung
Konfessioneller Hintergrund	<ul style="list-style-type: none"> √ Religionszugehörigkeit √ √ Teilhabe an konfessionellen Gegebenheiten wie Taufe, Kommunion, Konfirmation usw. 	√ Familiengerichtliche Genehmigung zur Taufe
Freizeit- / Ferienaktivitäten, Hobbies	<ul style="list-style-type: none"> √ Freizeitgestaltung √ sportliche Aktivitäten √ musikalische/ kreative Aktivitäten √ Teilnahme an Ferienfreizeiten √ Urlaubsfahrten 	√ Abklärung, Genehmigung und Vertragsunterzeichnung
Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> √ Biographie √ Kontakte zu Familienmitgliedern und Bezugspersonen √ Versicherungen √ rechtliche Vertretung bei Gerichten und sonstigen Behörden √ Namensführung 	<ul style="list-style-type: none"> √ Biographiearbeit / Herkunftsklärung √ Regelung von Umgangskontakten √ Abschluss von Versicherungen √ Erstattung von Strafanzeigen und Initiierung von Nebenklagen √ anwaltliche Vertretung / Verfahrensbeistand √ Persönlichkeitsrechte, z. B. Recht am eigenen Bild

Anlage 7: Hinweise zur Kontakthäufigkeit

Hinweise zur Arbeits- und Orientierungshilfe „Beteiligung des Mündels“ mit Blick auf § 1793 BGB - Kontakthäufigkeit:

§ 1793 Abs. 1a BGB:

„Der Vormund hat mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn, im Einzelfall sind kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten.“

Bei der Bemessung der Kontakte ist nach dem Wortlaut des Gesetzes damit grundsätzlich der gesetzliche Regelfall anzusetzen. Im begründeten Einzel- bzw. Ausnahmefalles sind Sachverhalte denkbar, in denen der Vormund (ggf. nach Rücksprache mit anderen fallverantwortlichen Fachkräften) bei bestimmten Sachverhalten weniger Besuchskontakte fachlich verantworten bzw. befürworten kann.

Für eine Einschätzung, in welchen Einzelfällen (zeitweise) **längere oder kürzere** Besuchsabstände nach dem gesetzlich eröffneten Ermessen gem. § 1793 Abs. 1 a BGB aufgrund der konkreten Sachlage/Fallgestaltung in Betracht kommen könnten, stellt diese Arbeitshilfe einen Ermittlungsbogen zur Verfügung. Hierbei sind Indikatoren aufgenommen, die eine fachliche Beurteilung zu einem gesetzlich möglichen Ausnahmefall geben können. Sie soll zudem die Dokumentation der fachlichen Entscheidungsfindung erleichtern.

Es bleibt **ausschließlich** bei der Verantwortung bzw. persönlichen Einschätzung des Vormundes, im Einzelfall hierzu eine fachliche Einschätzung vorzunehmen. Diese gilt auch vorrangig gegenüber der Leitung des Jugendamtes, der es insoweit nicht möglich ist, außer generellen Vorgaben fachliche Weisungen im Einzelfall z.B. zu den Besuchskontakten oder -frequenzen zu erteilen (s. auch Kinkel, Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Nr. 6/2011, S. 204 ff) **Ferner können außer den im Bewertungsbogen aufgenommenen Kriterien natürlich auch andere Umstände des Einzelfalls andere Besuchsfrequenzen und ein Abweichen vom gesetzlichen Regelfall begründen.**

Unabhängig von der neuen gesetzlichen Regelung in § 1793 Abs. 1a BGB und fachlichen Kriterien wird ein weiteres wichtiges Entscheidungskriterium im Einzelfall der Wunsch des Mündels nach mehr oder weniger Kontakten zum Vormund sein. Eine Berücksichtigung dieses Wunsches kann in einem Bewertungsbogen nur als genereller Indikator (7. Wunsch des Mündels) ohne eine Bewertung mit aufgenommen werden, da die Umstände des Einzelfalles hier maßgeblich für die Gewichtung sein müssen.

Die angegebenen Bewertungspunkte sollen Anhaltspunkte darstellen - ob diese für die Umstände des Einzelfalles zutreffen, ist kritisch abzuschätzen. Ferner sollte eine Beurteilung von Risikofaktoren und der Besuchsfrequenz immer dann (wenigstens) aktualisiert werden, wenn sich Umstände, Sachverhalte oder Lebensverhältnisse des Mündels ändern.

Einschätzung der erforderlichen Besuchskontakte gem. § 1793 BGB

1. Alter:	Punkte / Summen	
<input type="checkbox"/> 0 - 6 Jahre (5 Punkte)	5	
<input type="checkbox"/> 6 – 15 Jahre (4 Punkte)	4	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> 16 – 18 Jahre (3 Punkte)	3	
2. Wirkungskreis:		
<input type="checkbox"/> gesetzliche Amtsvormundschaft	3	
<input type="checkbox"/> bestellte Amtsvormundschaft	5	
<input type="checkbox"/> bestellte Personensorgerechtspflegschaft	5	
<input type="checkbox"/> bestellte Pflegschaften / Ergänzungspflegschaften		
<input type="checkbox"/> Aufenthalt / Gesundheit / Hilfen zur Erziehung	5	
<input type="checkbox"/> Vermögen / Unterhalt	1	
<input type="checkbox"/> Schule / Kindergarten	2	
<input type="checkbox"/> § 1909 BGB (Genehmigung Erbe)	0	
<input type="checkbox"/> Umgang	3	
<input type="checkbox"/> Zeugnisverweigerung	2	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	—	
3. Aufenthaltsort:		
<input type="checkbox"/> Herkunftsfamilie	5	
<input type="checkbox"/> Herkunftsfamilie i.V.m. § 1909, Unterh., Zeugnisverw, Vermögen	0	
<input type="checkbox"/> Bereitschaftspflege	2	
<input type="checkbox"/> Dauerpflege	3	
<input type="checkbox"/> Diagnosegruppe / Clearing	3	
<input type="checkbox"/> Einrichtung	3	
<input type="checkbox"/> Erziehungsstelle (Familie)	3	
<input type="checkbox"/> Eigener Haushalt	5	
<input type="checkbox"/> Verwandtenpflege	4	
<input type="checkbox"/> Auslandsprojekt	1	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	—	
4. Krisen / Besonderheiten des Kindes (Mehrfachnennung möglich):		
<input type="checkbox"/> Psychische Erkrankung des Kindes	3	
<input type="checkbox"/> Suchterkrankung / -gefährdung des Kindes	3	
<input type="checkbox"/> Gewalt in der Herkunftsfamilie	3	
<input type="checkbox"/> Häufiger Wechsel von Hilfeart oder –ort	3	
<input type="checkbox"/> Behinderung des Kindes	2	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Umgang mit Eltern / Bezugspersonen	2	
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	—	
5. Einbindung in Hilfen (Mehrfachnennung möglich):		
<input type="checkbox"/> Sozialpädagogische Familienhilfe	-1	
<input type="checkbox"/> Erziehungsbeistandschaft	-1	
<input type="checkbox"/> Familienentlastende Hilfen	-1	
<input type="checkbox"/> Therapie	-1	
<input type="checkbox"/> Tagesgruppe für das Kind	-1	
<input type="checkbox"/> Besondere Absprachen mit Kindergarten / Schule	-1	
<input type="checkbox"/> Besondere Angebote für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge	-1	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	-1	
6. Neufall:		
<input type="checkbox"/> Extra-Punkte für ca. 6 Monate	5	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Neufall i.V.m. § 1909, Unterh., Zeugnisverw, Vermögen	0	<input type="checkbox"/>
7. Kontaktwunsch (+) oder Kontaktablehnung (-) des Mündels	—	<input type="checkbox"/>

über 24 Punkte = Mehr als 12 Kontakte
15 - 24 Punkte = 6 - 12 Kontakte
0 - 14 Punkte = weniger als 6 Kontakte jährlich

Von der so errechneten Punktzahl wird abgewichen, weil:

Datum / Unterschrift

Anlage 8: Neckar-Odenwald-Kreis – Unser Landkreis – Lage

Anlage 9: Tabelle (Gebiet, Bevölkerung) Landkreis

Neckar-Odenwald-Kreis

Fläche, Bevölkerung

- Indikatoren
- Landesdaten
- Regionaldaten**
- Analysen/Aufsätze
- Pressemitteilungen
- Erläuterungen
- Veröffentlichungen
- Links

Andere Themen:







- Bildung, Kultur
- Gesundheit, Soziales, Rechtspflege
- Wahlen
- Volkswirtschaft, Branchen (URS), Konjunktur, Preise
- Erwerbstätigkeit
- Landwirtschaft
- Industrie, Handwerk, Bauen und Wohnen
- Dienstleistungen
- Öffentl. Finanzen, öffentl. Dienst
- Umwelt, Verkehr, Energie

Übersichts- und Vergleichsdaten I (Gebiet, Bevölkerung)			
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis			
Markungsfläche 2011 in qkm	1126,28	in % des Landes	3,16
Bevölkerung 2011 und zwar	146158	in % des Landes	1,36
Kinder unter 6 Jahren	6811	je 1000 Einwohner	47
Kinder unter 7 Jahren	8108	je 1000 Einwohner	55
Kinder/Jugendliche unter 18 J.	25099	je 1000 Einwohner	172
65jährige und ältere	28887	je 1000 Einwohner	198
75jährige und ältere	13925	je 1000 Einwohner	95
Frauen	72966	je 1000 Einwohner	499
Ausländer	9345	je 1000 Einwohner	64
darunter unter 18 Jahren	1038	je 1000 Einwohner	7
Lebendgeborene	1053	je 1000 Einwohner	7
Geburtenüberschuß/-defizit	-451	je 1000 Einwohner	-3
Zugezogene	7729	je 1000 Einwohner	53
Wanderungsgewinn/-verlust	-399	je 1000 Einwohner	-3

Neue Abfrage Drucken

**Anlage 10: Flyer: Setzen Sie Spuren im Leben eines Kindes –
werden Sie Vormund!**

Kinder und Jugendliche wünschen sich einen Vormund

-  der sich Zeit für sie nimmt.
-  der ihnen zuhört und etwas mit ihnen unternimmt.
-  zu dem sie Vertrauen haben und der sie versteht.
-  auf den sie sich jederzeit verlassen können.
-  der sie an Entscheidungen beteiligt.
-  der ihre Bindung zur Herkunftsfamilie würdigt.

Mehr erfahren Sie hier
www.kinderschutzbund-nok.de

Ihre Ansprechpartner

NECKAR-ODENWALD  KREIS
Fachbereich 4 Kreisjugendamt
Amtsvormundschaft
Astrid Leonhardt
Telefon 06261 842010
astrid.leonhardt@neckar-odenwald-kreis.de

 **die lobby für kinder**
Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis
Deutscher Kinderschutzbund e.V.
Kreisverband Neckar-Odenwald
Vorsitzende Susanne Heering
Telefon 06261 842400
susanne.heering@neckar-odenwald-kreis.de

Mehr erfahren Sie hier
www.kinderschutzbund-nok.de



die lobby für kinder
Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis



Setzen Sie Spuren
im Leben eines Kindes -
werden Sie Vormund!



Fakten

Im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes des Neckar-Odenwald-Kreises leben zahlreiche Kinder und Jugendliche, deren Eltern die elterliche Sorge teilweise oder ganz entzogen wurde.





Häufig haben sie in ihren Familien Gewalt, Vernachlässigung oder emotionale Instabilität durch Drogen- und/oder Alkoholmissbrauch oder psychische Erkrankungen der Eltern erlebt. Der überwiegende Teil der Kinder ist in Wohngruppen oder Heimen untergebracht. Diese Kinder und Jugendlichen brauchen einen Menschen, der sich in besonderem Maße um sie kümmert und Kontakt hält.

Im Zusammenwirken mit Fachkräften der Jugendhilfe sorgt der Vormund für

-  Kontinuität im Leben des Kindes
-  schulische Betreuung
-  medizinische Versorgung
-  rechtliche Vertretung
-  eine Neuordnung der Lebensverhältnisse
-  und - wenn möglich - Kontakt zur Herkunftsfamilie



Werden Sie Vormund für ein Kind oder einen Jugendlichen!

Sie sollten die Bereitschaft mitbringen...

-  einen Teil ihrer Freizeit für die Belange eines Kindes zur Verfügung zu stellen.
-  sich mit Kindern mit einer bewegten Vergangenheit auseinanderzusetzen.
-  mit Fachkräften, Behörden und eventuell der Herkunftsfamilie zu kooperieren.
-  sich rechtzeitig bei Problemen Hilfe zu holen.






Darüber hinaus ist es wichtig, dass ihre Tätigkeit als Vormund in ihrem persönlichen Umfeld akzeptiert wird.

Nicht mitbringen müssen Sie...

-  Vorkenntnisse in Rechtsfragen
-  besondere pädagogische Kenntnisse

Wir lassen Sie mit dieser Aufgabe als Vormund nicht allein

Wir bereiten Sie vor und begleiten Sie

-  durch Einführung und Schulung
-  durch Erfahrungsaustausch
-  bei Informationsveranstaltungen zu Schwerpunktthemen
-  durch Supervision
-  durch persönliche Beratung und Unterstützung durch Neckar-Odenwald-Kreis Fachbereich 4 Kreisjugendamt Amtsvormundschaft



Mehr erfahren Sie hier
www.kinderschutzbund-nok.de

Anlage 11: Standards der Zusammenarbeit

Standards der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsbereichen Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften und dem Allgemeinen Sozialen Dienst im Neckar-Odenwald-Kreis

1. Rollenabgrenzung:

Der Soziale Dienst informiert und berät im Rahmen von Vermittlung und Begleitung von Hilfen zur Erziehung die Personensorgeberechtigten (Amtsvormund / Amtspfleger) über die Hilfemöglichkeiten, klärt den Bedarf sowie welche Hilfe notwendig und am geeignetsten ist, beachtet das Wunsch – und Wahlrecht, initiiert das Genehmigungsverfahren und begleitet die Hilfen im Rahmen der Hilfeplanung.

Der Amtsvormund / Amtspfleger nimmt die Stelle des bisherigen Personensorgeberechtigten ein und ist deshalb in allen Verfahren den Eltern gleichzustellen. Bei allen Fragen, Themenbereichen und Tätigkeiten, bei denen in der Regel die Eltern gehört und hinzugezogen werden, ist anstelle der Eltern der Amtsvormund oder Amtspfleger zu informieren und zu beteiligen.

Der Vormund / Pfleger hält von sich aus Kontakt zu seinem Mündel (in der Regel 1x monatlich), steht als Ansprechpartner zur Verfügung und pflegt Kontakte mit allen Beteiligten, wie z.B. Schule, Heim, Pflegeeltern, um seine Aufgabe im Interesse des Mündels auszuüben.

2. Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren:

Der Allgemeine Soziale Dienst ruft in Kindschaftssachen das Familiengericht an. Aus datenschutzrechtlichen Gründen erfolgt keine Vorabinformation des ASD an den Fachbereich Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft. Ist eine sofortige Information aus fachlichen Gründen sinnvoll (z.B. weil eine sofortige Entscheidung der Amtsvormundschaft nach Erlass einer einstweiligen Anordnung des Familiengerichts notwendig ist), stellt der ASD den Fall der Fachgebietsleitung des Fachgebietes Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft anonymisiert vor.

Wird das Jugendamt zum Vormund oder Pfleger bestellt, geht das Original des Familiengerichtsbeschlusses an die AV / AP, die Kopie verbleibt in den Unterlagen des ASD. Die AV / AP erhält außerdem vom ASD den Schriftverkehr an das Familiengericht im Kontext des familiengerichtlichen Verfahrens. Der Vorschlag, während des Gerichtsverfahrens, das Jugendamt zum Vormund / Pfleger zu bestellen bzw. deren Bereitschaft dazu zu signalisieren, unterbleibt.

Ist vonseiten der Amtsvormundschaft ein Einzelvormund angedacht, wird der ASD bereits vor der Kontaktaufnahme mit dem Familiengericht darüber informiert. In dieser Phase klären AV und ASD, ob als Einzelvormund z.B. eine sozialpädagogische Fachkraft erforderlich ist. Die AV / AP überprüft im Einzelfall nach den vorliegenden Unterlagen, wen sie als Einzelvormund dem Gericht vorschlägt. Bei Bedarf klärt AV / AP mit dem ASD, ob im Umfeld des Kindes eine geeignete Person vorhanden ist.

Berichte über die persönlichen und finanziellen Verhältnisse des Mündels werden von den Mitarbeiter/innen der AV / AP erstellt.

3. Hilfen zur Erziehung:

Beantragt der Amtsvormund / Amtspfleger ggf. Hilfe Dritter (z.B. Hilfen zur Erziehung), erfolgt eine enge Kooperation mit dem ASD bzw. mit der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Bei möglicherweise entstehenden Interessenskollisionen hat für den Vormund das Mündelinteresse Vorrang.

Die beantragte Hilfe wird zunächst durch die zuständige sozialpädagogische Fachkraft auf deren pädagogische Notwendigkeit geprüft und je nach beantragter Hilfeart nach den Verfahrensstandards des Jugendamtes weiter verfahren. An notwendigen Unterbringungs-Teams wird die AV / AP beteiligt.

Nach Installation von Hilfen zur Erziehung ist der ASD für die Organisation und Terminierung der Hilfeplangespräche verantwortlich. Die AV / AP nimmt an den Hilfeplangesprächen teil. Termine hierfür sind rechtzeitig unter den Beteiligten abzustimmen.

Ist aufgrund einer Krisensituation ein außerordentliches Hilfeplangespräch erforderlich, ist dies zeitnah zu terminieren.

4. Entscheidungen des Amtsvormunds / Amtspflegers:

Ist ein Amtsvormund oder Amtspfleger bestellt, so entscheidet dieser über sämtliche Angelegenheiten, die von seinem jeweiligen Wirkungskreis abgedeckt sind. Dazu zählt insbesondere die Entscheidung über den Aufenthalt des Mündels. Der AV / AP kann für diese Entscheidung die fachliche Einschätzung des ASD erfragen.

5. Beratung und Unterstützung von Vormündern und Pflegern:

Die Aufgabe der Beratung und Unterstützung von Einzelpersonen, die als Vormund oder Pfleger bestellt wurden, wird von der AV / AP wahrgenommen.

Die oben genannten Standards gelten im Einzelfall auch für den Pflegekinderbereich.

Mosbach, den 27.04.2011

Astrid Leonhardt

Paul Kraft

Anhang: Einzelvormundschaften

Einzelvormundschaften:

Im Gespräch mit dem Pflegekinderdienst und dem Allgemeinen Sozialen Dienst wurden zum Thema Einzelvormundschaften folgende Punkte zusammengetragen:

1. Alle Pflegeeltern bzw. alle Einrichtungen, deren Kinder unter Amtsvormundschaft stehen, werden durch die Fachkräfte des sozialpädagogischen Bereiches über die konzeptionellen Veränderungen informiert.
2. Werden vonseiten der Amtsvormundschaft Kinder für eine Einzelvormundschaft beim Amtsgericht vorgeschlagen, soll bereits **vor der Kontaktaufnahme** mit dem Amtsgericht (Nennung des Einzelvormundes) der Pflegekinderdienst bzw. der Allgemeine Soziale Dienst verständigt werden. In dieser Phase soll gemeinsam geklärt werden, ob als Einzelvormund eine „sozialpädagogische Fachkraft“ erforderlich ist (Klärung, welche Eignungskriterien für den Einzelvormund erforderlich sind etc.).
3. **Nach Bestellung:**
 - Information an die Pflegeeltern bzw. die Einrichtung, dass Einzelvormund bestellt ist.
 - Kontaktaufnahme des Einzelvormunds, um weitere Schritte zu klären.
 - Vor Hilfeplangespräch Informationsaustausch mit EV u. gemeinsame Abstimmung der weiteren Hilfeplanung.
 - Anwesenheit beim Hilfeplangespräch und Übermittlung des Entwicklungsberichtes.
 - Intensive Information durch ASD, PKD an den EV.
 - Rechtliche Vertretung für das Kind.
 - Kontaktaufnahme durch den EV zur Einrichtung, den Pflegeeltern und dem Kind, um Gesamtbild zu bekommen und dies auch einschätzen zu können.
 - „Alltagsgeschäft“ bleibt bei der Einrichtung bzw. den Pflegeeltern.
4. **Krisensituationen:**
 - Abstimmung der Interventionen mit der sozialpädagogischen Fachkraft des Jugendamtes (gemeinsam an einem Strang ziehen).
 - Sowohl EV als auch Jugendamt informieren sich bei Krisen gegenseitig.

Anlage 12: Zeitungsausschnitt: Ehrenamtliche
sollen Lücke schließen

Ehrenamtliche sollen Lücke schließen

Vormundschaftliche Betreuer für Kinder gesucht – Kooperation von Kinderschutzbund und Jugendamt

Neckar-Odenwald-Kreis. Wenn Kinder oder Jugendliche durch den Tod der Eltern oder aus anderen Gründen nicht mehr unter elterlicher Sorgestehen, erhalten sie einen Vormund. Ein Vormund wird aber auch dann eingesetzt, wenn zum Beispiel der Familienstand des Kindes, etwa bei Findelkindern oder anonymen Geburten, nicht zu ermitteln ist.

Gesetzliche Änderungen und fehlende staatliche Mittel führten zu einer dramatischen Unterversorgung bei der vormundschaftlichen Betreuung betroffener Kinder durch Amtsvormünder. Diese Lücke soll nun durch ehrenamtliche Vormünder geschlossen werden. Der Bedarf im Neckar-Odenwald-Kreis wird auf 50 vormundschaftliche Betreuer geschätzt. Der Deutsche Kinderschutzbund Neckar-Odenwald-Kreis und das Kreisjugendamt haben deshalb zu deren Ausbildung eine Kooperation gestartet.

Ein Vormund übernimmt die persönliche und rechtliche Vertretung ei-

nes Kindes oder minderjährigen Jugendlichen. Seine Tätigkeit ist vergleichbar mit den Aufgaben, die normalerweise die Eltern für ihr Kind wahrnehmen. Zwar soll ein Vormund die persönlichen Aufgabenbereiche von Eltern nicht ersetzen. Aber auch er muss dafür Sorge tragen, dass das Kindeswohl und die Kindesinteressen gewahrt werden.

Sich als Vormund für ein Kind oder einen Jugendlichen einzusetzen, ist daher ein ganz besonderes Ehrenamt. Es erfordert einen herausragenden persönlichen Einsatz, schließlich geht es darum, sich für Kinder stark zu machen, deren Eltern – aus welchen Gründen auch immer – diese Aufgabe nicht selbst übernehmen können. Die ehrenamtliche Vormundschaft setzt ein Zeichen des Engagements für die Zukunft unserer Kinder.

Von ehrenamtlichen Vormündern wird u. a. erwartet, dass sie einen Teil ihrer Freizeit den Belangen eines Kindes zur Verfügung stellen, sich mit der schwie-

rigen Lebenslage und oftmals bewegten Vergangenheit eines Kindes auseinandersetzen und bereit sind, zum Wohle des Kindes mit Fachkräften, Behörden und evtl. mit der Herkunftsfamilie zu kooperieren. Nicht erwartet werden Vorkenntnisse in Rechtsfragen, besondere pädagogische Kenntnisse und die Aufnahme eines Kindes in ihren Haushalt.

Lebenserfahrene Menschen mit Einfühlungs- und Durchsetzungsvermögen, die sich vorstellen können, die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen, sind zur Teilnahme an der ersten Informationsveranstaltung für ehrenamtliche Vormünder im Landratsamt Mosbach, Gebäude IV, Großer Sitzungssaal, am Donnerstag, 29. März eingeladen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

① **Info:** Weitere Auskünfte erteilt Susanne Heering, Tel.: (0 62 61) 84 24 00, oder per E-Mail: Susanne.Heering@Neckar-Odenwald-Kreis.de.

RNZ MOS 5.3.2012

Anlage 13: Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft



die lobby für kinder

Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis

Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft

☐ Ich bin grundsätzlich bereit eine ehrenamtliche Vormundschaft zu übernehmen. Hierzu bin ich mit einer Weitergabe meiner Kontaktdaten an das Kreisjugendamt Amtsvormundschaften einverstanden.

☐ Ich möchte zunächst die angebotenen Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Vormundschaft besuchen und dann entscheiden, ob die Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft für mich in Frage kommt.

Meine Kontaktdaten sind:

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Ich möchte mich hiermit für folgende Fortbildungsveranstaltung verbindlich anmelden:

☐ Einführung in die Aufgaben eines Vormundes, Donnerstag 26. April, 19.00 Uhr, Kreismedienzentrum

☐ Rechtliche Grundlagen der Vormundschaft, Dienstag 15. Mai, 19.00 Uhr, Kreismedienzentrum

☐ Einfühlsame Kommunikation vss. im Juni

☐ Umgang, Kooperation und Gespräche mit Institutionen vss. im Juli

Datum, Unterschrift